

# KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind  
Österreich

4 · 2009

## THEMA

Steuerreform 2009: Spenden für Gemeinden nur bedingt absetzbar ▶ 24

## PRAXIS

Katastrophenmanagement: Wie die Kommunikation krisenfest wird ▶ 56

## CHRONIK

Vorarlberg: Verein „Nahversorgung“ sichert dörfliche Lebensqualität ▶ 80



## THEMA

### Schwellenwerte: Lokale Wirtschaft kann aufatmen

Die Bundesregierung folgt einer Forderung des Gemeindebundes und erhöht die Schwellenwerte – freihändige Vergaben bis 100.000 Euro sind möglich.

DVR: 0930 423



# Verbraucht bis zu 40 % weniger als ein Traktor: der Unimog U 400.

Vergleichen lohnt sich. Denn der Unimog macht sich als professioneller Geräteträger und Zugmaschine schon an der Zapfsäule bezahlt: mit bis zu 40 % weniger Kraftstoffverbrauch und bis zu 40 % weniger Emissionen als ein Traktor. Laut DLG-Vergleichsstudie beträgt die Kraftstoffersparnis dabei durchschnittlich 13 Liter pro Betriebsstunde. Sichern Sie sich Ihren persönlichen Vorführtermin bei Ihrem Mercedes-Benz Unimog-Partner. [www.mercedes-benz.at/unimog](http://www.mercedes-benz.at/unimog)



## Mercedes-Benz



### Pappas

Pappas Gruppe. Das Beste erfahren.  
[www.pappas.at](http://www.pappas.at)

Georg Pappas Automobil AG Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog,  
5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34; 2355 Wiener Neudorf, Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Postfach 126,  
Hotline: 0800/727 727

Gemeinden haben Schlüsselrolle zur Konjunkturbelebung

# Hirnschmalz ist gefragt

Noch hat die Wirtschaftskrise die öffentliche Hand bei weitem noch nicht in voller Härte erfasst. Noch gibt es bei den Ertragsanteilen österreichweit für die Gemeinden ein kleines Plus, auch wenn es für einzelne Gemeinden und Bundesländer schon aufgrund der Bevölkerungsrückgänge Einbrüche gibt. Und noch spüren wir die Folgen der zunehmenden Arbeitslosigkeit bei den Sozialhilfekosten nicht im vollen Ausmaß, obwohl schon alle Gemeinden unter der drückenden Last stöhnen. Die Nagelprobe für die Gemeinden wird in der zweiten Hälfte des heurigen Jahres und im kommenden Jahr sein, wenn die wirtschaftlichen Einbrüche konkret bei den Mindereinnahmen und explosionsartig steigenden Ausgaben für den Erhalt des sozialen Standards mit voller Härte deutlich werden.

Und gleichzeitig werden die Kommunen zur Ankurbelung des Wirtschaftsmotors aufgefordert, weil sie als kleinste, aber wichtigste und bürgernächste Einrichtung die Möglichkeit haben, mit ihren Investitionen den Arbeitsmarkt zu beleben. Genau aus diesem Grund haben wir eine Vereinfachung des Auftragsverfahrens gefordert. Nicht etwa, weil wir uns lästige Konkurrenz vom Hals schaffen oder befreundete Firmen mit Aufträgen eindecken wollen, sondern weil wir bürokratische und unnütze Hindernisse aus dem Weg räumen müssen, um rasch und einfach investieren zu können.

Es hat sich nämlich in vergangener Zeit aufgrund eines überaus komplizierten und für Kleingemeinden kaum handhabbaren Vergabegesetz ein Zustand entwickelt, der mit Wettbewerb überhaupt nichts mehr zu tun hat. Sogar bei Aufträgen, die bisher niemanden interessierten, sind Spezialisten auf die Idee gekommen, die Vergabe zu

hinterfragen und damit zu verzögern. Dies ging sogar so weit, dass sich gewisse Anwälte spezialisierten, um einerseits Vergaben durchzuführen, andererseits zu beeinspruchen. Die Folge ist bekannt: Die Aufträge verzögerten sich, viel Geld und Energie musste in die rechtskonforme Abwicklung gesteckt werden, und so mancher heimischer Betrieb musste sich mit einer Konkurrenz herumschlagen, die weder qualitativ noch organisatorisch vergleichbar war.

Aus diesem Grund sind wir dem Bundeskanzler dankbar, dass er rasch die Möglichkeit geschaffen hat, jene Grenzen bei der Vergabe auszunützen, wie sie unsere deutschen Nachbarn haben. Nicht mehr oder weniger wollten wir. Und all jenen, die meinen, jetzt sei den „Schiebereien“ in den Gemeinden Tür und Tor geöffnet, sei ins Stammbuch geschrieben, dass sie die Regeln des Gemeindelebens beherzigen wollen, nämlich, dass es kein besseres Kontrollsystem als in kleinen Gemeinden gibt. Da achtet der Kontroll- oder Überprüfungsausschuss, da schaut die Konkurrenz den beauftragten Firmen genau auf die Finger, und schließlich sind die Prüfer der Gemeindeaufsicht des Landes genau bedacht, dass auch nicht ein Cent unwirtschaftlich verwendet wird.

Statt plumper Verdächtigungen würden wir uns auch von den Menschen, die stets den Gemeinden gegenüber kritisch eingestellt sind, Hirnschmalz und Ideen erwarten, wie wir gemeinsam möglichst rasch eine Trendumkehr in der wirtschaftlichen Entwicklung schaffen. Misstrauen trägt genau so wenig dazu bei wie Neid.

*Helmut Mödlhammer*



Helmut Mödlhammer  
Präsident des Österreichischen  
Gemeindebundes

Statt plumper Verdächtigungen würden wir uns auch von den Menschen, die stets den Gemeinden gegenüber kritisch eingestellt sind, Hirnschmalz und Ideen erwarten, wie wir gemeinsam möglichst rasch eine Trendumkehr in der wirtschaftlichen Entwicklung schaffen.





## THEMEN

## Gemeindebund

- 8 Erhöhung der Schwellenwerte: Gemeinden und lokale Wirtschaft können aufatmen
- 14 Größter Klimaschutzwettbewerb für Gemeinden startet wieder: Hohe Preisgelder zu gewinnen
- 16 Rudolf Hundstorfer, der Vollprofi im Sozialministerium: Pensionsregelung für Kommunalpolitiker überfällig
- 17 Außenminister Michael Spindelegger: Bürgermeister für Europas wichtigste Meinungsbildner
- 19 Humanitäres Aufenthaltsrecht: Neuregelung verhindert Antragsmarathon
- 23 Macht Kommunalpolitik krank? Erstes Gesundheitsseminar für Österreichs KommunalpolitikerInnen
- 24 56. Österreichischer Gemeindetag: Lech am Arlberg bietet ein beeindruckendes Rahmenprogramm

## Recht &amp; Verwaltung

- 12 Landesverwaltungsgerichtshöfe auf dem Prüfstand: Ist die Gemeindeautonomie in Gefahr?
- 18 Alarmsignale bei Gemeinden: Akademische Ausbildung für Kindergärtnerinnen gefordert?
- 20 Fremdsprachen im Gemeindeamt: In Österreich ist die Amtssprache Deutsch, es sei denn ...

## Finanzen

- 17 Die Absetzbarkeit von Spenden im Steuerreformgesetz 2009: Spenden an bestimmte Vereine absetzbar

## Europapolitik

- 29 Treffen der Kommunalverbände in Rheine in Nordrhein-Westfalen: Drei Problemkreise diskutiert
- 30 Danuta Hübner: EU-Kommissarin und Österreich-Fan
- 32 AdR ruft auf: Debatte über Europa in jeder Gemeinde
- 33 Aus dem europäischen Parlament: In unserem Europa steht der Mensch im Mittelpunkt



## Impressum

## Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,  
Löwelstraße 6, 1010 Wien

## Medieninhaber:

Österreichischer  
Kommunal-Verlag GmbH.,  
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,  
Tel. 01/532 23 88,  
Fax 01/532 23 77,  
E-Mail:  
[kommunalverlag@kommunal.at](mailto:kommunalverlag@kommunal.at)

## Geschäftsführung:

Walter Zipper  
Mag. Michael Zipper

[www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)

## Redaktion:

Mag. Hans Braun – DW 16 (Leitung)  
[hans.braun@kommunal.at](mailto:hans.braun@kommunal.at)  
Mag. Helmut Reindl – DW 15  
[helmut.reindl@kommunal.at](mailto:helmut.reindl@kommunal.at)  
Natalie Pillwatsch – DW 37  
[natalie.pillwatsch@kommunal.at](mailto:natalie.pillwatsch@kommunal.at)  
Tel.: 01/ 532 23 88

## Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88  
Mag. Alexander Palaschke – DW 14  
[alexander.palaschke@kommunal.at](mailto:alexander.palaschke@kommunal.at)  
Mag. Sabine Brüggemann – DW 12  
[sabine.brueggemann@kommunal.at](mailto:sabine.brueggemann@kommunal.at)  
Patrizia Poropatits – DW 30  
[patrizia.poropatits@kommunal.at](mailto:patrizia.poropatits@kommunal.at)

## Grafik:

Ernst Horvath  
[ernst.horvath@kommunal.at](mailto:ernst.horvath@kommunal.at)

## Fotos:

[www.bilderbox.at](http://www.bilderbox.at)  
[www.photos.com](http://www.photos.com)

## Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter  
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)  
Mag. Dr. Elisabeth Dearing  
(Bundeskantleramt)  
Mag. Nicolaus Drimmel  
(Österreichischer Gemeindebund)  
Dr. Gustav Fischer  
(BM für Land- und Forstwirtschaft,  
Umwelt und Wasserwirtschaft)

Mag. Michael Girardi  
(BM für Inneres)

Mag. Petra Hafner (BM für  
Unterricht, Kunst und Kultur)

Dr. Robert Hink (Generalsekretär des  
Österreichischen Gemeindebundes),  
Dr. Clemes Hüffel (BM für  
Wissenschaft und Forschung)

Daniel Kosak (Pressereferent des  
Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Susanne Metzger (BM für  
Verkehr, Innovation und Technik)

Bgm. Helmut Mödlhammer  
(Präsident des Österreichischen  
Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl  
(BM für Wirtschaft & Arbeit)

Eduard Olbrich (BM für Soziales  
und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali  
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des  
Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer  
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider  
(Landesgeschäftsführer des GVW der VP-NÖ)

Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für europ.  
und internationale Angelegenheiten)  
Mag. Michael Zipper (Geschäftsführer)  
Walter Zipper (Geschäftsführer)

## Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel

Persönlich gezeichnete Artikel  
fallen unter die Verantwortlichkeit  
des Autors und müssen sich nicht  
unbedingt mit der Meinung von  
KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter  
der Bezeichnung „Service“ laufende  
Artikel sind bezahlte Informationen  
und fallen nicht in die Verantwortlichkeit  
der Redaktion.



Druckauflage: 34.057  
(Jahresdurchschnitt 2008)

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen des DUO Reinigungsservice GmbH, der EVVA-Werke GesmbH & Co KG, der Unibind Austria GmbH, der OÖ Akademie für Umwelt und Natur Öffentlichkeitsarbeit, der Pro-Intex Inh. Roman Socher und der Regaltechnik.at bei.

## PRAXIS

### Das kommunale Auszeichnungswesen

- 44 Ehrennadeln und Medaillen für Bürgermeister und Gemeinderäte

### Katastrophenmanagement

- 56 Herr Bürgermeister, wie konnte das passieren? Über die Rolle der Medien und die professionelle Vorbereitung auf Krisen  
60 Katastrophenschutz in der Praxis: Es beginnt mit der ersten kleinen Hangrutschung

### Kommunaler Frühjahrsputz

- 70 Einbeziehung der Bürger alles andere als nur „billige Arbeitskräfte“ suchen

## CHRONIK

- 80 Vorarlberg: Verein „Nahversorgung“ sichert dörfliche Lebensqualität  
83 Fünf neue NÖ-Wassergemeinden ausgezeichnet  
84 KfV-Verkehrssicherheit: Lebensretter Kindersitz  
86 Aus den Bundesländern  
90 Info-Mix  
92 Service & Vorschau



## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Mit der vorliegenden April-Ausgabe kann KOMMUNAL einmal mehr die hohen Ansprüche erfüllen, die an ein Fachmagazin gestellt werden: nämlich kompetente Fachinformationen aus erster Hand lesbar aufzubereiten und damit den kommunalen Entscheidungsträgern das zu liefern, was sie im Rahmen ihrer täglichen Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger wirklich brauchen. KOMMUNAL-Autoren sind anerkannte Fachleute mit Kompetenz, wie drei Beispiele aus dieser Ausgabe dokumentieren: Die Vergaberechts-Expertin Katharina Hahn schreibt über die Erhöhung der Schwellenwerte, Sektionschef Theodor Siegl vom Unterrichts-



Walter Zimmer  
Geschäftsführer

ministerium beschäftigt sich mit der Ausbildung der Kindergartenpädagoginnen und Alexander Klingenbrunner, sicherheitspolitischer Referent im Bundeskanzleramt, geht der Frage auf den Grund, was bei der Verwendung von Fremdsprachen im Gemeindeamt zu beachten ist. Diese Kraft der Kompetenz werden wir nie aus den Augen verlieren und sind stolz darauf, immer wieder anerkannte Experten gewinnen zu können.

So wie die Bürgermeister den Bürgern am nächsten sind, sind wir als KOMMUNAL den kom-

munalen Entscheidungsträgern am nächsten. Damit wir auch weiterhin immer am Ball bleiben, führen wir derzeit gerade eine große Leserbefragung durch und laden Sie herzlich ein, an dieser Onlinebefragung auf [www.dialogumfrage.at](http://www.dialogumfrage.at) teilzunehmen. Wir machen nicht eine Zeitschrift für uns selbst, sondern für Sie und für alle, die die Gemeindepolitik in diesem Land vorantreiben wollen. Ihre Meinung ist uns wichtig und gleichzeitig Auftrag, Ihr KOMMUNAL ständig weiter zu entwickeln. Ihr KOMMUNAL will weiterhin dafür sorgen, dass Sie immer die berühmte Nasenlänge voraus sind!

W. Zimmer

**FH:** Studium für Führungskräfte auf Gemeindeebene

## Für die kommunalen Manager von morgen

Mit dem Studium „Wirtschaft und Recht der öffentlichen Verwaltung“ bietet die FH Wr. Neustadt eine neue Möglichkeit an, sich juristisches und wirtschaftliches Know-how anzueignen. Schwerpunkt der Studienrichtung bilden moderne Management-Methoden für Bund, Länder und Gemeinden. Das neue Studium soll den massiven Wandel im öffentlichen Sektor berücksichtigen. Die Verwaltung wird immer strenger, die Herausforderungen für Mitarbeiter immer

größer. Viele Aufgaben, die lange Zeit in öffentlicher Hand waren, werden nun in private Gesellschaften ausgelagert. Gleichzeitig verändern sich auch die Rahmenbedingungen für private Unternehmen, die in Geschäftsbeziehungen mit Bund, Ländern und Gemeinden stehen. Das Bachelorstudium dauert drei Jahre und richtet sich an alle Nicht-Akademiker, die an einer praxisnahen Ausbildung interessiert sind. Der Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebun-



Der Lehrgang an der FH Wr. Neustadt soll vor allem wirtschaftliches und juristisches Know-how vermitteln.

des, LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl, sieht in dem neuen Studium eine große Chance für die Gemeinden und die kommunalen Manager in Ostösterreich: „Für engagierte Mitarbeiter in Gemeinden gibt es damit eine praktische Möglichkeit, neben dem Beruf eine hoch qualifizierte akademische

Ausbildung zu absolvieren.“ Die FH Wr. Neustadt kooperiert bei diesem Studium auch mit der NÖ Kommunakademie, die gerade im Bereich Recht der öffentlichen Verwaltung mit ihren praxiserfahrenen Referenten mitwirkt. Nähere Informationen im Internet auf [www.fhwn.ac.at](http://www.fhwn.ac.at)

**Finanzen:** Befristete Unternehmensbeihilfen von bis zu 500.000 Euro bewilligt

## EU-Kommission gibt grünes Licht für Beihilfen



Pro Unternehmen können bis zu 500.000 Euro Förderung locker gemacht werden.

Die EU-Kommission hat eine Beihilferegulierung genehmigt, mit der Österreich der derzeitigen Wirtschaftskrise begegnen will. 2009 und 2010 dürfen Beihilfen bis zu 500.000 Euro an Unternehmen vergeben werden, die aufgrund der derzeitigen Kreditklemme Finanzierungsprobleme haben. Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes erklärte in diesem Zusammenhang: „Diese Beihilferegulierung wird

den von der derzeitigen Kreditklemme betroffenen Unternehmen in Österreich helfen, ihre Schwierigkeiten zu überwinden, ohne dass dabei der Wettbewerb übermäßig verzerrt wird.“ Die Beihilferegulierung ist Teil der mit insgesamt 300 Mio. Euro dotierten österreichischen Rahmenregelung für Beihilfenmaßnahmen zur Bekämpfung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise.

**Gemeindebund:** TV-Aktion

## Gemeindequiz im ORF

Gemeinsam mit dem ORF plant der Gemeindebund eine große Fernsehaktion. In der Vorabendsendung „Frühlingszeit“ des ORF sollen pro Sendung zwei Gemeinden in einem Kurzfilm vorgestellt werden, danach können Anrufer an einem kleinen Quiz zu diesen Gemeinden teilnehmen. In den Kurzfilmen sollen unter dem Arbeitstitel „So schön ist Österreich“ die wichtigsten sichtbaren und verborgenen Schätze der jeweiligen Gemeinde gezeigt werden. Jede Gemeinde, die an dieser Aktion teilnehmen will, hat für ihren Werbefilm einen Kostenbeitrag von nur rund 1000 Euro zu leisten. Die Aktion soll über ein ganzes Jahr laufen, nur 500 Gemeinden können daran teilnehmen. Bei Interesse schreiben Sie unter dem Betreff „ORF-Gemeindenspiel“ an [office@gemeindebund.gv.at](mailto:office@gemeindebund.gv.at)

**Müll-Entsorgung:** Tarife bis zu 35 Prozent angehoben

## Preiseinbrüche verteuern Entsorgung

Seit Oktober 2008 sind in Folge der internationalen Wirtschaftskrise die Altstoffmärkte dramatisch verfallen. Preiseinbrüche von bis zu 90 Prozent etwa für Altpapier, Kunststoffe und Metalle betreffen auch Österreichs größtes Verpackungssammel- und Verwertungssystem, die ARA Altstoff

Recycling Austria AG. Zahlungen zur Verwertung von Kunststoffabfällen verschärfen die Situation weiter. Erstmals seit 1994 sieht sich die ARA gezwungen, eine unterjährige Tarifierhöhung bekanntzugeben. (Quelle: [www.europaticker.de](http://www.europaticker.de)). KOMMUNAL berichtet im Mai detailliert.

**Katastrophenhilfe**

## EU will Auswirkungen mildern

Die Europäische Kommission geht gegen Auswirkungen von Katastrophen vor. Im Mittelpunkt geplanter Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene stehen Bereiche, in denen ein gemeinsames Vorgehen wirksamer ist als Einzelmaßnahmen der Mitgliedstaaten. Details auf <http://ec.europa.eu>



**Polizei:** Innenministerin Fekter will 1000 Ausbildungsplätze und 2000 Fahrzeuge

## Fekter startet Polizei-Offensive

„Es ist meine Aufgabe als Innenministerin, dafür zu sorgen, dass die Polizei die Rahmenbedingungen erhält, die sie braucht, um die Menschen in Österreich bestmöglich vor Kriminalität jeder Art zu schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, investieren wir weiterhin konsequent in unsere Sicherheit“, erklärt Innenministerin Maria Fekter zur Personal- und Modernisierungsoffensive der Polizei in Österreich. „Dadurch stehen der Polizei ab heuer 1000 Ausbildungsplätze pro Jahr zur Verfügung –



Mit der Offensive möchte Innenministerin Maria Fekter gewährleisten, dass Österreich weiterhin ein sicherer Staat bleibt.

das sind deutlich mehr als zuvor. Durch die Schaffung eines Personalpools zum Ausgleich von Karenzen und Zuteilungen schaffen wir zusätzlich die Voraussetzung für ein flexibler einsetzbares Personal. Die Beamten werden dort ein-

gesetzt, wo sie gebraucht werden.“ Zusätzlich werden heuer rund 2000 neue Polizeifahrzeuge österreichweit an unsere Polizistinnen und Polizisten ausgeliefert, so die Innenministerin.

**Gemeindebund:** Fach- und Bildungsreise nach Stockholm

## Im Herbst ruft das Königreich Schweden

Vom 15. bis 17. Oktober 2009 können Österreichs Bürgermeister/innen – gemeinsam mit Spitzenvertretern des Gemeindebundes – auf eine Fach- und Bildungsreise in die schwedische Hauptstadt Stockholm reisen. „Das wird die insgesamt sechste Bürgermeisterreise des Gemeindebundes in eine europäische Hauptstadt“, erklärt Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Robert Hink. Die bisherigen Reisen führten nach Berlin, Lissabon, Ljubljana, Paris und (im Mai 2009) nach Prag. Im Herbst ist Stockholm an der Reihe, weil Schweden im zweiten Halbjahr 2009 die EU-Ratspräsidentschaft inne hat. Die Kosten für die Reise sind mit 780 Euro (120 Euro Einzelzimmerzuschlag) moderat. Bei den Quartieren handelt es sich um 4-Sterne-Hotels, und das kommunale und politische

Programm ist – ebenso wie das touristische – gewohnt hochwertig. Kommunalvertreter/innen können sich ab sofort für diese Fach- und Bildungsreise bei Petra Stossier per E-Mail unter [petra.stossier@gemeindebund.gv.at](mailto:petra.stossier@gemeindebund.gv.at) anmelden.

**Tagung:** Bad Aussee

## Kommunale Sommergespräche

Auch heuer treffen wieder prominente Wirtschaftsexperten, Politiker und Bürgermeister bei den „Kommunalen Sommergesprächen“ des Gemeindebundes in Bad Aussee, dem geografischen Mittelpunkt Österreichs, zusammen. Tagungsthema ist „Mehr Staat, weniger Privat?“. [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)

## Thermische Sanierung Auch Gemeinden wollen Förderung

Die Förderung zur thermischen Sanierung für KMU und Private entwickelt sich zum Renner. Aber auch die Gemeinden brauchen diese Unterstützung. „Immerhin verwalten die Kommunen mehr als 60.000 Gebäude. Hier könnte man gewaltige Effekte für die Beschäftigung und gleichzeitig auch für den Klimaschutz erzielen“, so der Gemeindebund. Mit Hinweis auf vorgezogene Investitionen der Bundesimmobiliengesellschaft wird auch eine Konzentration auf Projekte im ländlichen Raum eingefordert.



Die „Earth Hour“ ließ auch die ägyptische Sphinx im Dunkeln.

**Aktion:** Bei der „Earth Hour“ ging weltweit das Licht aus

## Eine Stunde Dunkelheit als Lichtblick fürs Klima

Am 28. März 2009 ging für das Weltklima in Haushalten, öffentlichen Gebäuden und Unternehmen weltweit für eine Stunde das Licht aus. Die vom WWF organisierte diesjährige Earth Hour ist die größte Aktion für das Weltklima aller Zeiten. In Österreich beteiligten sich unter anderem Innsbruck, St. Pölten, Eisenstadt, Klagenfurt und Salzburg an der Aktion. Ziel der Earth Hour 2009 war die Teilnahme von mehr als einer Milliarde Menschen in mehr als tausend Kommu-

nen der Welt – dieses Ziel wurde übertroffen, rund 2712 Städte haben sich zur Teilnahme angemeldet. Die Earth Hour begann am 28. März 2009 auf den neuseeländischen Chatham-Inseln und bewegte sich dann im Laufe des Tages entsprechend der Zeitverschiebung über den gesamten Planeten. Letzte Station war Las Vegas, wo in mehreren großen Spielcasinos das Licht abgedreht wurde. Weitere Informationen zur Earth Hour 2009 unter [www.earthhour.org](http://www.earthhour.org)

Endlich: Erhöhung der Schwellenwerte im Vergaberecht

# Aufatmen bei den Gemeinden und der lokalen Wirtschaft

Die Gemeinden können sich freuen, dass künftig die Schwellenwerte für freihändige Vergaben im Baubereich von 40.000 auf 100.000 Euro angehoben werden. Bei den „nicht offenen Verfahren“ wird der Wert, unter dem nicht ausgeschrieben werden muss, von 120.000 auf eine Million Euro erhöht. Damit können die Gemeinden die lokale Wirtschaft noch besser unterstützen.

Dr. Katharina Hahn

Der Europäische Rat und die Europäische Kommission hielten im Dezember 2008 fest, dass der „Ausnahmecharakter der aktuellen Wirtschaftslage“, wie in den Vergaberichtlinien und im Bundesvergabegesetz (BVerG) 2006 vorgesehen, die Möglichkeit eröffnet, öffentliche Aufträge rascher zu vergeben. Dies gilt jedenfalls für Liefer- und Dienstleistungsaufträge ab einem geschätzten Auftragswert von 206.000 Euro bzw 412.000 Euro<sup>1</sup> und für Bauaufträge ab 5,150.000 Euro.

Die Beschleunigung von und der vereinfachte Zugang zu Vergabeverfahren sollen die Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze sichern.

Nach Ansicht der Europäischen Kommission würden beschleunigte Vergabeverfahren eine rasche Ausführung großer öffentlicher Investitionsprojekte nach sich ziehen und damit letztlich die Volkswirtschaften unterstützen.

Die Beschleunigung von und der vereinfachte Zugang zu Vergabeverfahren sollen daher die Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze sichern.

In Umsetzung des Art 38 Abs 8

Die Zulässigkeit der Wahl des nicht offenen Verfahrens ohne vorherige Bekanntmachung soll für Bauleistungen bis zu einer Million Euro vorgesehen werden.

Richtlinie 2004/18/EG sieht § 63 BVerG 2006 für das nicht offene Verfahren und das Verhandlungsverfahren jeweils mit vorheriger Bekanntmachung und im Oberschwellenbereich verkürzte Teilnahme- und Angebotsfristen infolge Dringlichkeit (beschleunigte Verfahren) vor: Beim nicht offenen Verfahren oder Verhandlungsverfahren jeweils mit vorheriger Bekanntmachung kann die Mindestfrist für den Eingang der Teilnahmeanträge von 37 auf mindestens 15 oder – bei Verwendung von und elektronischem Versand des Standardformulars für die Bekanntmachung<sup>2</sup> – zehn Tage reduziert werden. Die Angebotsfrist bei Durchführung eines nicht offenen Verfahrens mit vorheriger Bekanntmachung kann von mindestens 40 Tagen auf mindestens zehn Tage minimiert werden. Der Beginn ist jeweils vom Tag der Absendung der Bekanntmachung oder Aufforderung zur Angebotsabgabe zu berechnen.

Die Fristen im Oberschwellenbereich<sup>3</sup> für das normale und das beschleunigte offene, nicht offene Verfahren wie auch das Ver-

handlungsverfahren mit vorheriger Bekanntmachung lassen sich tabellarisch wie auf Seite 11 gezeigt darstellen<sup>4</sup>.

## Erleichterungen im Unterschwellenbereich in Deutschland

Bei Beschaffungen unterhalb der angeführten Schwellenwerte (Unterschwellenbereich) besteht allerdings ein weit größerer Spielraum der einzelnen Mitgliedstaaten.

Deutschland ergriff bereits im Jänner 2009 entsprechende Maßnahmen zur Vereinfachung des Vergaberechts. Im „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes“ wurde für Bundesbeschaffungen für die Jahre 2009 und 2010 der leichtere Rückgriff auf Verfahren, die weniger verwaltungs- und zeitaufwendig sind, vorgesehen: Bauleistungen bis zu einem Auftragswert von einer Million können im Wege einer beschränkten Ausschreibung und bis zu 100.000 Euro freihändig vergeben werden. Für Dienst- und Lieferleistungen sind die freihändige Vergabe und die beschränkte Ausschreibung bis zu 100.000 Euro vorgesehen.

Neben einer ex post Veröffentlichungspflicht ab dem Erreichen bestimmter Schwellenwerte wurde auch auf eine Lockerung des Eignungsnachweises hingewiesen. Die



Dr. Katharina Hahn ist Vergaberechts-  
expertin bei KWR  
Rechtsanwälte.





Nutzung von Präqualifizierungssystemen und die Abgabe von Eigenerklärungen sollen den Aufwand der Eignungsprüfung minimieren.

### Der Unterschwellenbereich in Österreich

Ende März 2009 wurde nunmehr auch für Österreich eine Änderung der Schwellenwerte für die Vergabe von Aufträgen im Unterschwellenbereich angekündigt<sup>5</sup>. So soll etwa der Schwellenwert für Direktvergaben von 40.000 Euro<sup>6</sup> beziehungsweise 60.000 Euro<sup>7</sup> auf 100.000 Euro angehoben werden. Die Zulässigkeit der Wahl des nicht offenen Verfahrens ohne vorherige Bekanntmachung soll für Bauleistungen bis zu einer Million (derzeit 120.000 Euro) und für Liefer- und Dienstleistungsaufträge bis zu 100.000 Euro (derzeit 80.000 Euro) vorgesehen werden. Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung sollen für Bau-, Liefer- und Dienstleistungen bis 100.000 zugelassen werden. Die Erhöhung soll bis Ende 2010 gelten. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich um den Stand der Diskussionen Anfang April 2009 handelt.

Um rasch eine Vereinfachung zu erreichen, soll die Anhebung mittels Verordnung des Bundeskanzlers<sup>8</sup> bei Zustimmung der Länder Anfang Mai und nicht (erst) mit der geplanten Novelle des BVergG 2006 erfolgen. Zu beachten sind freilich weiterhin die im BVergG 2006 normierten Regelungen bei Durchführung

Die Einladung zur Angebotsabgabe darf nur an befugte, leistungsfähige und zuverlässige Unternehmer erfolgen. Der Auftraggeber hat die Eignung vorab zu prüfen und festzuhalten.

von Direktvergaben, nicht offenen Verfahren und Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung:

Bei der Direktvergabe wird eine Leistung formfrei unmittelbar von einem ausgewählten Unternehmer gegen Entgelt bezogen. Zulässig ist allerdings das Einholen unverbindlicher Preisauskünfte. Sofern der Dokumentationsaufwand wirtschaftlich vertretbar ist, sind der Gegenstand und der Wert des Auftrages sowie der Name des Auftragnehmers festzuhalten<sup>9</sup>.

Die maßgeblichen Gründe für die

Durchführung eines nicht offenen Verfahrens oder Verhandlungsverfahrens ohne vorherige Bekanntmachung sind schriftlich festzuhalten<sup>10</sup>.

Die Einladung zur Angebotsabgabe im Rahme derartiger Verfahren darf nur an befugte, leistungsfähige und zuverlässige Unternehmer erfolgen. Der Auftraggeber hat die Eignung vorab zu prüfen und festzuhalten. Prinzipiell ist die Anzahl der einzuladenden Unternehmer entsprechend der Leistung zu wählen, jedenfalls sind aber beim nicht offenen Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung mindestens fünf, beim Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung mindestens drei Unternehmer einzuladen. Zudem hat die Auswahl der aufzufordernden Unternehmer in nicht diskriminierender Weise stattzufinden.

Die aufzufordernden Unternehmer sind so häufig wie möglich zu wechseln. Nach Möglichkeit sind insbesondere kleine und mittlere Unternehmer zu beteiligen<sup>11</sup>. Bei Durchführung eines nicht offenen Verfahrens besteht ein absolutes Verhandlungsverbot<sup>12</sup>.

In diesem Zusammenhang ist abschließend darauf hinzuweisen, dass im Rahmen der Novelle 2009 beabsichtigt ist, den Nachweis der Eignung interessierter Unternehmer zu erleichtern.



## Kommentar

Foto: Kainerstorfer



Bundeskanzler Werner Faymann

Bürgermeister sind Partner

### Gemeinden haben zentrale Funktion

Die österreichische Bundesregierung hat entschieden und frühzeitig mit zwei Konjunkturpaketen und einer Steuerreform auf die verschlechterte Wirtschaftslage reagiert und unterstützt damit Haushalte und Unternehmen 2009 und 2010 mit knapp sechs Milliarden Euro. Insbesondere vorgezogene Infrastrukturprojekte, wie zum Beispiel Aus- oder Umbau von Bahnhöfen, die Sanierung von Justizgebäuden, aber auch die Unterstützung von thermischen Sanierungsmaßnahmen kommen auch den Gemeinden unmittelbar zugute. In Zusammenarbeit mit den Ländern sollen Investitionen in Pflichtschulgebäude, Kindergärten sowie Kanalisierung, Umwelt- und Hochwasserschutz forciert und damit die lokale Wirtschaft und damit lokale Arbeitsplätze unterstützt werden.

Uns ist die zentrale Funktion von Städten und Gemeinden sehr bewusst. Weil wir rasch und zielgerichtet handeln möchten, sehen wir in den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern die geeigneten PartnerInnen, um jüngst beschlossene Erleichterungen für die öffentliche Auftragsvergabe – die Anhebung des Grenzwertes für die freie Vergabe von Bau- und Infrastrukturaufträgen von 40.000 auf 100.000 Euro und die Erweiterung der „nicht-offenen Verfahren“ von 120.000 auf eine Million Euro – zu realisieren.

Die Vorlage einer Eigenerklärung als Eignungsnachweis soll genügen<sup>13</sup>.

Damit soll auch § 78 BVergG 2006 entfallen. Nach dieser Bestimmung können öffentliche Auftraggeber derzeit im Unterschwellenbereich bei der Vergabe von Bauaufträgen, deren geschätzter Auftragswert 120.000 Euro nicht erreicht, und bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen, deren geschätzter Auftragswert 80.000 Euro nicht erreicht, von einem Eignungsnachweis absehen, sofern auf Grund einer Einschätzung des Auftraggebers kein Zweifel am Vorliegen der Eignung des Bieters besteht<sup>14</sup>. Zusammenfassend werden die Anhebung der Schwellenwerte und damit die raschere Vergabe gerade für Gemeindebeschaffungen von Bedeutung sein.

- 1 Für Auftraggeber gemäß Anhang V BVergG 2006 ab einem geschätzten Auftragswert von 133.000 Euro.
- 2 Vgl dazu im Detail § 63 BVergG 2006.
- 3 In der Tabelle werden lediglich Fristen für Beschaffungen öffentlicher Auftraggeber angeführt.
- 4 Vgl zu einer ausführlichen tabellarischen Darstellung auch für Sektorenauftraggeber in Sachs/Hahnl, „Das neue Bundesvergabericht – Leitfaden für Länder und Gemeinden“ (RFG Schriftenreihe), 39 ff.
- 5 Vgl etwa Die Presse vom 24. 3. 2009, „Faymann will Freivergabe-Grenze für Bauaufträge anheben“.
- 6 Vgl § 41 Abs 2 Z 1 BVergG 2006.
- 7 Vgl § 201 Abs 2 BVergG 2006.
- 8 Vgl zur Verordnungsermächtigung §§ 18, 186 BVergG 2006..
- 9 Vgl §§ 41 f BVergG 2006.
- 10 §§ 36, 42 Abs 1 BVergG 2006.
- 11 § 102 BVergG 2006.
- 12 § 104 Abs 2 BVergG 2006.
- 13 Vgl Entwurf BVergG Novelle vom 23. 10. 2008, abrufbar unter [www.bka.gv.at/site/5102/default.aspx](http://www.bka.gv.at/site/5102/default.aspx)
- 14 Für den Sektorenbereich siehe § 235 BVergG 2006.

## Vergaberecht

Erhöhung der Schwellenwerte – Neidpegel steigt

### Missbrauchsgefahr gering: Bürgermeister sind keine Idioten

„Es geht vor allem darum, die lokale Wirtschaft zu unterstützen“, so Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. „In der Krise wollen Gemeinden ihren Beitrag zur lokalen Wertschöpfung leisten und die Wirtschaft schnell und zielgerichtet unterstützen. Die bisher sehr niedrigen Schwellenwerte waren dabei ein echtes Problem, weil die Ausschreibungen ja auch viel Zeit in Anspruch nehmen.“ „Ich freue mich auch, dass die Bundesregierung die wichtige Rolle der Gemeinden bei der Bekämpfung der Krise sieht. Nun müssen natürlich weitere Schritte in Form direkter Hilfen für die Gemeinden folgen“, meinte Mödlhammer. In der Ausgabe des „Rechtspanoramas“ der Tageszeitung „Die Presse“ in der Osterwoche wurde die Anhebung der Schwellenwerte heftig kritisiert und als Populismus bezeichnet (Andreas Nemeč, Geschäftsführer der Bundesbeschaffung

GmbH: „Ein Schlupfloch wie ein Scheunentor“; siehe auch [www.gemeindebund.gv.at](http://www.gemeindebund.gv.at)). Vor allem echauffiert sich Nemeč darüber, dass Bürgermeister jetzt Aufträge an befreundete Baufirmen zuschanzen würden. Dieser Kritik, dass damit Bürgermeister befreundeten Unternehmen die Geschäfte zuschanzen könnten, lässt sich mit einem Argument leicht begegnen: Bürgermeister sind keine Idioten. Sie wissen sehr genau, dass die Vergabe von Aufträgen durch die Gemeinde, die Medien, die Bevölkerung die Länder und deren Prüforganen etc. sehr genau beobachtet wird. Dass derartige „Querschüsse“ von der Bundesbeschaffung, die ja auch von der Abwicklung der (teils sehr komplizierten) Vergabeverfahren lebt und sich ergo über die Anhebung der Schwellenwerte nicht freut, ist allerdings mehr als verständlich. [www.gemeindebund.gv.at](http://www.gemeindebund.gv.at)

Offenes Verfahren	Fristen	Beginn / Berechnung
<b>Angebotsfrist</b>		
a) Normales Verfahren		
	<b>mind. 52 Tage</b>	Mit dem Tag der Absendung der Bekanntmachung oder in der Bekanntmachung genannter anderer Tag
▶ Verkürzung bei Verwendung elektronischer Medien (§ 62 Abs 1)	<b>um 7 Tage auf mind. 45 Tage</b>	
▶ Verkürzung bei Verwendung elektronischer Medien (§ 62 Abs 2)	<b>um 5 Tage auf mind. 47 Tage</b>	
▶ Verkürzung bei Verwendung elektronischer Medien (§ 62 Abs 1 und 2)	<b>um 12 Tage auf mind. 40 Tage</b>	
b) Beschleunigte Verfahren		
nach Vorinformation	<b>22 Tage</b>	
Verkürzung bei Verwendung elektronischer Medien	<b>um 7 Tage auf mind. 15 Tage</b>	

Nicht offenes Verfahren mit vorheriger Bekanntmachung	Fristen	Beginn / Berechnung
<b>Teilnahmefrist</b>		
a) Normales Verfahren		
	<b>mind. 37 Tage</b>	Mit dem Tag der Absendung der Bekanntmachung
▶ Verkürzung bei Verwendung elektronischer Medien (§ 62 Abs 1)	<b>um 7 Tage auf mind. 30 Tage</b>	
▶ Verkürzung bei Verwendung elektronischer Medien (§ 62 Abs 2)	<b>um 5 Tage auf mind. 32 Tage</b>	
▶ Verkürzung bei Verwendung elektronischer Medien (§ 62 Abs 1 und 2)	<b>um 12 Tage auf mind. 25 Tage</b>	
b) Beschleunigte Verfahren		
bei Dringlichkeit	<b>mind. 15 Tage</b>	Mit dem Tag der Absendung der Bekanntmachung
<b>Angebotsfrist</b>		
a) Normales Verfahren		
	<b>mind. 40 Tage</b>	Mit dem Tag der Absendung der Aufforderung zur Abgabe von Angeboten
b) Beschleunigte Verfahren		
nach Vorinformation	<b>22 Tage</b>	Mit dem Tag der Absendung der Aufforderung zur Abgabe von Angeboten
bei Dringlichkeit	<b>mind. 10 Tage</b>	Mit dem Tag der Absendung der Aufforderung zur Abgabe von Angeboten

Verhandlungsverfahren mit Vorheriger Bekanntmachung	Fristen	Beginn / Berechnung
<b>Teilnahmefrist</b>		
a) Normales Verfahren		
nach Vorinformation	<b>mind. 37 Tage</b>	Mit dem Tag der Absendung der Bekanntmachung
▶ Verkürzung bei Verwendung elektronischer Medien (§ 62 Abs 1)	<b>um 7 Tage auf mind. 30 Tage</b>	
b) Beschleunigte Verfahren		
bei Dringlichkeit	<b>mind. 15 Tage</b>	Mit dem Tag der Absendung der Bekanntmachung
Angebotsfrist	<b>Keine</b>	



Enquete in St. Pölten: Landesverwaltungsgerichtshöfe auf dem Prüfstand

# Ist die Gemeindeautonomie in Gefahr?

Im Rahmen einer Fachtagung Anfang März in St. Pölten wurde die Diskussion um die Landesverwaltungsgerichtsbarkeit aus der Sicht der Länder und Gemeinden erneut eröffnet. Befürchtet wird, dass es durch die geplante Einführung von Landesverwaltungsgerichtshöfen längere, kostenintensive und komplizierte Verfahren geben wird. KOMMUNAL zeigt, dass auch die Autonomie der Gemeinden gefährdet sein könnte.

Mag. Helmut Reindl

Anlass der Diskussion war die geplante Staats- und Verwaltungsreform, in der die Einführung von Landesverwaltungsgerichtshöfen vorgesehen ist. Diese sollen Berufungsinstanz gegen Bescheide der staatlichen Behörden und der Gemeinden sein. Der niederösterreichische Landtagspräsident Hans Penz wies bei der Enquete einerseits auf die Vorteile hin, die derartige Landesverwaltungsgerichte

Das ist eine Demontage der kommunalen Selbstverwaltung! Und einer solchen werden wir als Interessensvertretung der österreichischen Gemeinden nicht zustimmen.

Helmut Mödlhammer über die Einführung von Landesverwaltungsgerichtshöfen

laut Befürwortern mit sich bringen: Die Verfahren würden beschleunigt, der Bundes-Verwaltungsgerichtshof würde entlastet und der Service für

die Bürger könnte verbessert werden. „Die bisherigen Pläne sind aber noch sehr unausgereift und würden zu einem Autonomieverlust der Länder und Gemeinden führen. Die Gemeinden haben das Recht, Entscheidungen selbst zu treffen und nicht von der Entscheidung anderer Institutionen abhängig zu sein“, so Penz auch kritisch. Univ.-Prof. Christoph Grabenwarter, Mitglied des Verfassungsgerichtshofes, wies darauf hin, dass die Landeshauptleutekonferenz bereits vor gut zehn Jahren die Errichtung von Landesverwaltungsgerichten gefordert hat und dass man auch im Österreich-Konvent über die Notwendigkeit derartiger Gerichte grundsätzlich einig war. „Die Einführung einer Landesverwaltungsgerichtsbarkeit ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft des Rechtsstaates“, meinte Grabenwarter. Das Rechtsgefüge sei in Schieflage geraten. Ein weiteres Zuwarten sei nicht mehr möglich. Allerdings müsste die berechtigte Kritik an den vorliegenden Entwürfen eingearbeitet werden. Der frühere Tiroler Landeshauptmann und heutige Landtagspräsident Herwig Van Staa sprach sich grundsätzlich für die Errichtung von Landesverwaltungsgerichtshöfen aus. Sie sollten aber nur kassatorische Entscheidungsbefugnisse haben, also Bescheide aufheben können, aber nicht selbst entscheiden.

## „Aushöhlung der Gemeindeautonomie“

Gemeinbundpräsident Helmut Mödlhammer und GVV-Präsident Alfred Riedl hingegen kritisierten, dass bei Beschluss der derzeit vorliegenden Entwürfe der innergemeindliche Instanzenzug abgeschafft würde: „Das



Gemeinbund-Chef Helmut Mödlhammer und Tirols Landtagspräsident Herwig Van Staa hielten Impulsreferate, NÖ Landtagspräsident Hans Penz initiierte die Fachtagung, und Christoph Grabenwarter, Mitglied des Verfassungsgerichtshofes, informierte über die verfassungsrechtliche Bedeutung einer Landesverwaltungsgerichtsbarkeit.

bedeutet eine beispiellose Aushöhlung der Gemeindeautonomie!“ Die inhaltliche Entscheidungsbefugnis der Gemeindeorgane müsse gewährleistet werden. Riedl wies speziell auf die Gefahr hin, dass mit der Einführung der Landesverwaltungsgerichte – selbst wenn diese nur kassatorisch entscheiden – und der geplanten Abschaffung der Vorstellung auch der Verlust der Serviceleistungen durch die Aufsichtsbehörde einhergeht.

„Ein Richter eines Landesverwaltungsgerichtes wird unsere Gemeinden wohl kaum beraten“, so Riedl.

### Verlust der Bürgernähe

Den Verlust einer gewissen „Menschlichkeit“ befürchtet auch Helmut Mödlhammer: „Die Menschlichkeit, dass man Kompromisse findet, dass man hier die Spielregeln, auch den Verwaltungsrahmen so bedienen kann und aussetzen kann, ist nicht mehr gegeben.“ Der Gemeindebundpräsident betont, dass das Vertrauen der BürgerInnen in die kommunale Ebene am höchsten sei. Dieses Vertrauen nehme jedoch ab, je größer die Einheiten würden. In den kleinen Einheiten seien die Entscheidungen nachvollziehbar. „Weil sie umsetzbar sind und weil sie auch mit entsprechenden Kompromissen versehen sind“, so Mödlhammer. Zur diesbezüglichen Qualität der Bürgermeister bringt der Gemeindebundpräsident ein Beispiel aus seiner persönlichen Erfahrung: „Es sind rund 5000 Bescheide, die ich als Bürgermeister zu verantworten habe. In meinen 23 Jahren als Bürgermeister habe ich nicht einmal zwanzig Einsprüche erlebt. Nur einer ging an das Höchstgericht weiter. Dafür ist dieser eine Fall zwölf Mal an das Höchstgericht getragen worden, und das Verfahren hat 19 Jahre gedauert. Und hat dann so geendet, wie der Bürgermeister in der ersten Instanz entschieden hat“, veranschaulicht Mödlhammer. Er warnt vor der Gefahr, dass es eine einzige Rechtsmittelinstanz in der Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches geben werde, nämlich die Bürgermeisterentscheidung,



Der Expertenentwurf zur Einführung der Landesverwaltungsgerichtsbarkeit auf kommunaler Ebene stößt bei den Gemeinden größtenteils immer noch auf Kritik.

und alle Entscheidungen dann sofort bei Gericht landen würden. „Das kann von uns als Interessensvertretung nicht nur wegen unserer eigenen Kompetenz, sondern auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger

nicht akzeptiert werden“, so Mödlhammer. Der von Dr. Franz Fiedler, dem Vorsitzenden des Österreich-Konvents, gestaltete Entwurf zur Landesverwaltungsgerichtsbarkeit stößt in seiner jetzigen Form bei Mödlhammer auf Kritik: „Die vorgeschlagene Konstruktion gleicht den eigenen Wirkungsbereich



Konträre Ansichten alter Bekannter: Tirols Landtagspräsident Herwig Van Staa (re.) diskutiert mit Robert Hink, Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes.

der Gemeinde sehr stark der staatlichen Verwaltung an. Zwar bleiben auch weiterhin Weisungen von staatlichen Organen an Gemeindeorgane unzulässig, die Möglichkeit, dass Landesverwaltungsgerichte in zweiter Instanz meritorisch über Gemeindebescheide entscheiden, stellt aber im Ergebnis ein zumindest gleich starkes Bedrohungspotenzial für die Gemeindefreiheit im eigenen Wirkungsbereich dar wie eine unmittelbare Weisungsbefugnis“, so der Gemeindebund-Chef. Es bestehe die Möglichkeit einer modernen Landesverwaltungsgerichtsbarkeit, die die Gemeindeautonomie wahrt, so Mödlhammer. „Die Landesverwaltungsgerichte sollen die rechtlich einwandfreie Handhabung der Gemeindeaufsicht kontrollieren und auch gewährleisten. Dazu stehen wir auch“, stellt Mödlhammer weiters klar. „Aber wir lassen uns gewisse Rechte auch nicht nehmen. Die Gemeindeautonomie ist eine der zentralen Wertentscheidungen des österreichischen Verfas-

Eine moderne Landesverwaltungsgerichtsbarkeit muss und kann die Gemeindeautonomie wahren. Aber es kann nicht so sein, dass wir inhaltlich in der Entscheidung eingeschränkt werden.

Helmut Mödlhammer über mögliche Konzepte von Landesverwaltungsgerichtshöfen



sungsrechts. Sie lässt sich in einem wohlverstandenen dezentralen verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzsystem ohne weiteres gewährleisten.“ Dass durch dieses Modell künftig Kosten erspart und die Verfahren beschleunigt würden, bezeichnet Mödlhammer als „populistisch“, da es in der Praxis anders aussehe. So wurde etwa die Asylgerichtsbarkeit auch vom Tiroler Landtagspräsident Herwig Van Staa als Negativbeispiel angeführt. Hier würden Verfahren besonders lange dauern. „Das zur Diskussion stehende Modell ist mit dem Wesen der Selbstverwaltung einer Gemeinde völlig unvereinbar“, betont Mödlhammer abschließend.

Hohe Preisgelder für die besten Projekte zum Klimaschutz

# Größter Klimaschutz-Wettbewerb für Gemeinden startet wieder

In einer Kooperation zwischen Gemeindebund, Verbund-Konzern und Lebensministerium startet der größte Klimaschutz-Preis für Gemeinden. Neben der Kronen Zeitung sind diesmal auch die Kleine Zeitung, die OÖN und die Salzburger Nachrichten mit dabei. Den Gewinnern winken hohe Preisgelder und noch höhere mediale Aufmerksamkeit.

Nicht weniger als 80 Einsendungen bei der ersten Aktion im Vorjahr machen sicher – Österreichs Gemeinden sind Vorreiter darin, Strom und Wärmeenergie möglichst sparsam zu nützen bzw. verstärkt auf erneuerbare Ener-

giequellen umzusteigen. Daher suchen Verbund, Lebensministerium und Gemeindebund auch heuer wieder die interessantesten Projekte im großen Wettbewerb um die „Klimaschutz-Gemeinde 2009“. Sie werden mit einer Tafel ausgezeichnet, und zusätzlich gibt's Preisgelder in der Gesamthöhe von 90.000 Euro zur Unterstützung ihrer Initiativen. Damit alle Gemeinden faire Chancen haben, wird der Preis heuer nach drei Bevölkerungsgrößen (bis 1500, 1500 bis 5000, über 5000 Einwohner bzw. Gemeindeverbände/Energierregionen) vergeben. Seit dem 16. April 2009 sind Einreichungen unter [www.kommunalnet.at/klimaschutz-gemeinde](http://www.kommunalnet.at/klimaschutz-gemeinde) bzw. über die Homepage des Gemeindebundes möglich. „Gerade in der Krise ist es wichtig, dass die Gemeinden zeigen, was sie können“, so Gemeindebund-Chef Mödlhammer. „Seit Jahren gibt es jede Menge

toller Projekte in unseren Gemeinden, wir sind hier die Vorreiter.“ Erstmals können auch Projekte von Schulen, Kindergärten oder anderen Einrichtungen eingereicht werden. Voraussetzung ist, dass sie die Unterstützung der Gemeinde haben und von ihr eingereicht werden. „Aus unserer Sicht ist Klimaschutz kein Modethema“, stellt Mödlhammer klar. „Dieser Bereich wird uns noch über viele Jahre beschäftigen und nicht zuletzt auch ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor werden. Denn Klimaschutzmaßnahmen schlagen sich im Normalfall auch positiv in den laufenden Kosten der Gemeinden nieder und entlasten damit im Idealfall dauerhaft die Gemeindebudgets.“

## Steuern in Richtung Energieautarkie

Wolfgang Anzengruber, neuer Vorstandsvorsitzender des Verbund-Konzerns: „Wir müssen Versorgungssicherheit, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit in einem umfassenden Prozess gemeinsam engagiert angehen.“ Maßnahmen für erneuerbare Energie und Energieeffizienz seien gerade jetzt ein wichtiger Impuls für die Wirtschaft und bringen uns zudem der Erreichung unserer Klimaziele näher. Dies bekräftigt auch Umweltminister Niki Berlakovich. „Mein Ziel ist es, Österreich unabhängiger von fossilen Energieträgern wie Öl und Gas zu machen und in Richtung Energieautarkie für Österreich zu steuern. Die Gemeinden sind dabei wichtige Partner und Vorbilder bei der Nutzung erneuerbarer Energie.“ Denn gerade diese sind die wichtigsten Ansprechstellen für Betriebe und Bürger; sie können







Oben: 2008 ging das Siegerprojekt „Energieeffizienz“ in die kleine Gemeinde Großschönau im Waldviertel, wo Europas erstes Passivhausdorf entstand. Mit dem Ergebnis, dass die Wohnqualität der Bewohner deutlich gesteigert, die Umwelt dauerhaft geschont und ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen für Bürger und Gemeinde erwirtschaftet wurde.



Der 2008er-Siegespreis in der Kategorie „Bewusstseinsbildung“ ging ins oberösterreichische Munderfing. Gemeinsam mit der Energiewerkstatt GmbH wird hier das Projekt „Energiebaukasten Munderfing“ in sechs Modulen umgesetzt und soll die Kommune in 30 Jahren zur Unabhängigkeit in Sachen Energie führen.

Das Siegerprojekt „Erneuerbare Energie“ 2008: Güssing und sein Biomassekraftwerk. Bereits 1990 hat der Güssinger Gemeinderat eine mutige Entscheidung getroffen und sich damit europaweit zum Vorzeige-Ort gemacht: 100-prozentiger Ausstieg aus der herkömmlichen fossilen Energieversorgung. Güssing hat sich damals auf seine Chance besonnen, etwa auf den kaum genutzten Wald, der 40 Prozent der Fläche in der Umgebung ausmachte.



auf die örtlichen Potenziale (z. B. Abwärmeangebot eines Gewerbebetriebes, Energiebedarf in neuen Siedlungsgebieten usw.) schnell reagieren und innovative Ideen unterstützen. Darum fordert Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer alle Kommunen zum Mitmachen auf! „Es gibt viele hervorragende Projekte in unseren Gemeinden, die wichtige Beiträge zum Klimaschutz leisten. Keines davon ist zu groß oder zu klein, um eingereicht zu werden. Das ist ihre Chance, ihre Bemühungen an eine große Öffentlichkeit zu bringen!“

Im Vorjahr wurden im Rahmen einer glanzvollen Gala im Wiener Konzerthaus die Gemeinden Munderfing (OÖ), Güssing (Bgl.) und Großschönau (NÖ)

Ziel ist, Österreich unabhängiger von fossilen Energieträgern wie Öl und Gas zu machen und in Richtung Energieautarkie für Österreich zu steuern. Dabei sind die Gemeinden wichtige Partner und Vorbilder.

in den damaligen drei Kategorien ausgezeichnet. Auch die jeweils zweit- und drittplatzierten Gemeinden erhielten Preisgelder. „Ich lade wirklich alle Vertreter unserer Gemeinden ein, hier einzureichen“, so Mödlhammer. „Durch die Partnerschaft mit führenden Medien – diesmal auch in den Bundesländern – ist eine hohe Aufmerksamkeit garantiert. Lassen Sie uns zeigen, was die Gemeinden alles tun, um unser Klima zu schützen.“

## Fact-Box

# Wer, was, wie und bis wann

### WER?

Teilnehmen können alle Gemeinden Österreichs sowie Projekte interkommunaler Zusammenarbeit. Pro Gemeinde bzw. Region darf ein Projekt eingereicht werden. Es gelten Projekte, die von der Gemeinde initiiert wurden bzw. mit ihrer Beteiligung stattfinden (auch aus Schulen, Kindergärten etc.). Auch bereits ausgezeichnete Projekte können eingereicht werden, mit Ausnahme der drei Sieger des Wettbewerbs „Klimaschutzgemeinde 2008“.

### WAS?

Projekte im Bereich erneuerbare Energie und Energieeffizienz (d. h. Erzeugung, Verbrauch bzw. Einsparung von Strom und Wärme) sowie auch Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung dazu. Es gelten bereits abgeschlossene Projekte (Abschluss nach 1. 1. 2007); Projekte in Umsetzung; Konzepte mit Aussicht auf Umsetzung bis 31. 12. 2010.

### KRITERIEN?

Innovationsgrad, dauerhafte Energie- und Kosteneffizienz, Energie- und Emissionseinsparungen, Einbettung in ein Energiekonzept, Vorbildwirkung.

### WANN?

Einreichfrist ist 16. 4. 2009 bis 14. 6. 2009 über ein Online-Formular auf [www.kommunalnet.at/klimaschutzgemeinde](http://www.kommunalnet.at/klimaschutzgemeinde)

### DAHINTER STECKEN?

Hinter der „Klimaaktiven Gemeinde“ stecken der Österreichische Gemeindebund, das Lebensministerium und der Verbund.





Foto: Gemeindebund/Kosak

„Kommt rein und schauts euch das kleinste Ministerbüro Österreichs an“, begrüßt Hundstorfer seine Gäste Robert Hink, Helmut Mödlhammer und (leider nicht im Bild) Alfred Riedl launig. Und wirklich: Mit rund 15 Quadratmetern ist das Büro des Sozialministers kaum vergleichbar mit den Prunkräumen anderer Minister. „Das passt eben zu meinem Ressort. Die Probleme sind riesig, die Räume dafür klein.“

Rudolf Hundstorfer: Ein Vollprofi im Sozialministerium

# Pensionsregelung für Kommunalpolitiker ist überfällig

Höchst komplexe Themen standen im Mittelpunkt des Antrittsbesuches der Gemeindebund-Spitzen bei Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Die soziale Situation der Gemeindepolitiker war ebenso ein Thema wie die Explosion der Sozialausgaben in den Gemeindebudgets.

Mit offenen Armen wurden die Gemeindebund-Vertreter, an der Spitze Präsident Helmut Mödlhammer, begleitet von seinem Vizepräsidenten Bgm. Alfred Riedl und „General“ Robert Hink, vom Sozialminister empfangen. In seiner Funktion als langjähriger Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten verfügte Rudolf Hundstorfer über reichhaltige Erfahrung im kommunalen Bereich.

Die Atmosphäre war höchst freundschaftlich, die Themen hingegen ernst. Die Einführung der Mindestsicherung ist eines dieser heißen Eisen. „Ich fürchte, dass wir de facto erst Mitte 2010 soweit sein werden“, sagt Hundstorfer. Der technische Aufwand und die nötigen Vorbereitungen seien enorm und würden zumindest ein dreiviertel Jahr in Anspruch nehmen. „Bei der Verein-

barung mit den Ländern werden wir aber nichts mehr antasten. Wir hoffen auch, dass wir früher oder später die Kärntner an Bord holen können.“

## Sozialfall Bürgermeister

Ein für Gemeindevertreter brennendes Problem wird dann von Mödlhammer zur Sprache gebracht. „Die soziale Absicherung der Bürgermeister/innen und Gemeindevertreter/innen ist ein wirklich ernstes Problem“, erklärt der Präsident dem Minister. „Wenn es nicht bald gelingt,

diese Absicherung zu verbessern, dann laufen wir sehenden Auges in ein massives demokratiepolitisches Problem hinein. Dann werden wir nämlich keine Kandidaten für das Bürgermeisteramt mehr finden.“ Das Problem betreffe im übrigen nicht nur die Ortschefs, sondern auch deren Stellvertreter, die Ortsvorsteher sowie geschäftsführende Stadt- und Gemeinderäte. „Wir haben eine lange Liste von Menschen, die Gefahr laufen, zu Sozialfällen zu werden, nachdem sie viele Jahre ihres Lebens der Kommunalpolitik geopfert haben“, so Mödlhammer. „Noch größer ist nur noch die Anzahl derer, die sagen: ‚Unter diesen Umständen tu ich mir ein kommunales Amt bestimmt nicht an‘.“

Bei den jüngsten Gemeinderatswahlen in Salzburg habe es schon 23 Gemeinden gegeben, in der nur noch ein Kandidat zur Wahl stand. „Neben der Tatsache, dass aus dem Amt des Bürgermeisters heraus kein Pensionsanspruch erwächst, gibt es noch ein weiteres Problem“, weiß Mödlhammer.

Ich fürchte, dass wir de facto erst Mitte 2010 soweit sein werden.

Minister Rudolf Hundstorfer zur Mindestsicherung für Bürgermeister





„Wenn jemand in seinem Zivilberuf in Pension geht, dann legt er im Normalfall auch das Amt zurück, weil er sonst über der Zuverdienstgrenze liegt und seine Pension verlieren würde. Das sind abenteuerliche Zustände; mich wundert es nicht, dass wir politische Nachwuchsprobleme in der Kommunalpolitik haben.“

## Regierung überlegt Änderungen

Der Sozialminister zeigt sich gut vorbereitet: „Ich kenne das Problem“, lässt er wissen. „Und im Regierungsprogramm ist auch vorgesehen, dass es zumindest im Bereich der Zuverdienstgrenze für Kommunalpolitiker, die im Zivilberuf in Pension gehen, zu Änderungen kommen soll. Ich kann mir vorstellen, dass wir das im Rahmen einer ASVG-Novelle im Herbst ansprechen werden.“ Der Gemeindebund zeigt sich damit aber noch nicht ganz zufrieden. Man müsse beide Problemfelder rasch lösen und erarbeite gerade ein eigenes Pensionsmodell für Kommunalpolitiker.

Das dritte heiße Thema beim Sozialminister ist (leider) ein „Dauerbrenner“: Die explosionsartigen Steigerungen bei den Sozialkosten der Gemeinden. „Wir reden hier von prozentuellen Jahreszuwächsen, die im zweistelligen Bereich liegen“, so die Gemeindebund-Vertreter. „Die Tatsache, dass in der letzten Zeit Dinge wie der Regress abgeschafft wurden, bringt viele Gemeinden an den Rand der finanziellen Belastbarkeit.“ Mödlhammer sprach sich in diesem Zusammenhang auch für verstärkte Anreize zum Abschluss privater Pflegeversicherungen aus. „Dauerhaft wird die Gesellschaft die Pflegekosten nicht allein übernehmen können. Ich kann mir vorstellen, dass die steuerliche Absetzbarkeit von Pflegeversicherungen das Problem zumindest teilweise entschärfen kann“, so Mödlhammer.

Mehr zu diesen Themen sowie Details zur Wirtschaftskrise und der Lehrlingsbeschäftigung sowie mehr Fotos auf [www.gemeindebund.gv.at](http://www.gemeindebund.gv.at)

Foto: Gemeindebund/Kosak



Außenminister Spindelegger und Gemeindebund-Chef Mödlhammer fanden viele gemeinsame Themen und waren sich auch einig, dass die Europareisen des Gemeindebundes eine Erfolgsgeschichte sind.

## Gemeindebund bei Außenminister Spindelegger Bürgermeister für Europa wichtigste Meinungsbildner

Der Gemeindebund setzte seine Serie der Ministerbesuche bei Außenminister Dr. Michael Spindelegger fort (*über die Visiten bei den Ministern Pröll und Stöger siehe auch KOMMUNAL 3/2009*). Beim Außenminister gab es eine Fülle von Themen mit kommunalem Bezug. „Hunderte Gemeindevandatare haben inzwischen Brüssel und die EU-Rathauptstädte besucht und dort ein hochkarätiges kommunales Programm genossen“, berichtete Mödlhammer. Spindelegger zeigte sich beeindruckt: „Die Bürgermeister sind enorm wichtige Kommunikatoren zu den Menschen“, so Spindelegger. „Wenn die nicht von Europa überzeugt sind, dann wird es auch nicht gelingen, bei der Bevölkerung dafür mehr Akzeptanz zu schaffen.“ Spontan sagte der Außenminister zu, die Patronanz für diese Reisen zu übernehmen.

Operativ vereinbarten die Gemeindevertreter mit dem Außenminister eine enge Kooperation in der Informationsarbeit zu den Gemeinden hin. „Es ist wichtig, dass die Gemeindevertreter sehr direkte und unverfälschte Informationen bekommen“, so Spindelegger. „Wir werden hier Kommunalnet.at und die Fachzeitschrift

KOMMUNAL in Zukunft noch stärker nutzen.“

Mödlhammer unterstrich auch die Anstrengungen, die der Gemeindebund auf europäischer Ebene setzt. Die Gemeinden bräuchten – ebenso wie die Menschen – seriöse, verständliche und sehr konkrete Informationen. Derzeit arbeite man im Gemeindebund an einer Publikation eines Förderleitfadens für die Gemeinden aller Bundesländer.

Spindelegger sprach noch die Frage nach einer verpflichtenden Auszeichnung EU-geförderter Projekte an. „Das wäre ganz wichtig“, so Mödlhammer. „Damit die Menschen sehen können, was alles mit Hilfe der EU finanziert wurde.“ Am Ende des Gesprächs zeigte sich der Außenminister beeindruckt über die Vielfalt der kommunalen Themen. „Ich weiß das schon aus meiner Heimatgemeinde in Niederösterreich: Am Ende des Tages landen die meisten wichtigen Aufgaben bei den Gemeinden.“

KOMMUNAL bringt in seiner Mai-Ausgabe ein ausführliches Interview mit Außenminister Michael Spindelegger. Themen werden unter anderem die „Zuhör-Tour“ des Ministers sein sowie die Rolle der Gemeinden im neuen Europa.



Forderung nach „Akademischen KindergärtnerInnen“ verschreckt Gemeinden

# In Österreichs Gemeinden schrillen die Alarmglocken

Die Ausbildung von Kindergartenpädagoginnen ist seit Anfang März ein Aufreger unter den Gemeinden. Im Raum steht eine Forderung, die Ausbildung zur Kindergartenpädagogin an Hochschulen oder Universitäten zu verlegen. KOMMUNAL hat sich mit dieser Materie auseinandergesetzt, die für die Gemeinden viel Sprengstoff enthält.

Mag. Hans Braun

„Die Bundesregierung plane in einem ersten Schritt, dass die Kindergartenausbildung an die pädagogischen Hochschulen kommt und damit praktisch der Pflichtschullehrerausbildung gleichgestellt wird. Bessere Ausbildung“, so Raphaela Keller vom Dachverband der Kindergartenpädagoginnen, müsse dann auch bessere Bezahlung bedeuten: „Wenn ich von 1250 Euro brutto Anfangsgehalt ausgehe, dann müssten da mindestens 500 dazu.“

Und die Kindergärtnerinnen, so Keller in einem Interview für das Ö1-Mittagsjournal von Anfang März, bräuchten deutlich mehr Vorbereitungsstunden. Die Aufregung unter den Lehrern über die geplante Ausweitung ihrer Unterrichtszeit von rund 20 auf 22 Stunden in der Klasse versteht sie nur bedingt: „Wenn ich es vergleiche, welche Arbeitsbedingungen unsere Kindergartenpädagoginnen haben, kommt es nicht gut rüber. Bei uns müssen



Abteilungsleiterin Maria Dippelreiter und Sektionschef Theodor Siegl im Gespräch mit dem Autor.

Leute mit einer 40-Stunden-Anstellung teilweise auch 40 Stunden Kinderdienst machen.“ Zudem fordern die Kindergartenpädagoginnen, Kleingruppen von 15 Kindern pro zwei (ausgebildeten) Kindergartenpädagoginnen einzusetzen. Derzeit sind es eher 25 Kinder pro Kindergärtnerin.

Weitere konkrete Forderungen und Ziele: Mehr Platz für die Kinder, zusätzliche muttersprachliche Betreuer etwa für Migran-

tenkinder sowie eine verbesserte und akademische Ausbildung für Kindergärtnerinnen. (Quelle: Österreichischer Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen. Auf [www.oedkh.at](http://www.oedkh.at) steht das Interview als mp3-Tondatei zum Hören oder Downloaden.)

## Was das Ministerium sagt

KOMMUNAL konfrontierte den zuständigen Beamten im Unterrichtsministerium, Theodor Siegl, Leiter der Sektion II „Berufsbildendes Schulwesen“, mit diesen Fragen. Auf den Einwand des Autors, dass bei diesen Forderungen der Kindergärtnerinnen in den Gemeinden – die ja im weitesten Sinn für die Kindergärten zuständig sind und ergo auch die Kosten zu tragen haben – wahrscheinlich „ein paar Alarmglocken“ schrillen, meinte Siegl kurz und bündig: „Na hoffentlich!“

Er widerspricht auch der Aussage, dass die Bundesregierung in einem ersten Schritt die Installation der universitären Ausbildung vorhabe. „Es ist in keinsten Weise im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur ein bildungspolitischer Auftrag formuliert worden, die Ausbildung zur Kindergartenpädagogin beziehungsweise zum Kindergartenpädagogen nicht mehr an einer berufsbildenden Schule, das heißt in der Sekundarstufe 2 in den Altersstufen 14 bis 19 in fünf Jahren, sondern ersatzlos an einer pädagogischen Hochschule oder Universität durchzuführen.“

Auf der Seite 193 des Regierungsabkommens der laufenden Periode heißt es, wie Siegl weiter ausführt, eindeutig, dass „aufbauend und ergänzend“ zu den Bildungsanstalten (und nicht: diese ersetzend) Entwick-

Es ist in keinsten Weise formuliert worden, die Ausbildung zur Kindergartenpädagogin beziehungsweise zum Kindergartenpädagogen nicht mehr an einer berufsbildenden Schule, sondern ersatzlos an einer pädagogischen Hochschule oder Universität durchzuführen.

Theodor Siegl, Leiter der Sektion II „Berufsbildendes Schulwesen“ im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur



lungen auch im Zusammenhang mit der pädagogischen Hochschule diskutiert werden soll.

„Und zu diesem Behufe wurde von den beiden zuständigen Ministern Claudia Schmied und Johannes Hahn eine externe Expertenkommission – also auch keine Beamten des Unterrichtsministeriums – ins Leben gerufen, in der die Lehrerbildung an sich generell diskutiert wird. Da geht es um alle Kategorien der Lehrer unter Einschließung der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen“. Die Expertinnen und Experten werden bis Herbst 2009 ihre Meinung abgeben. Im Frühjahr 2010 sollen diese dann mit den Fachleuten auch aus den Gemeinden, den Ländern und des Bundes besprochen werden. Wie Siegl weiter ausführt, wisse man, dass „einige Vorschläge privater Vereine oder Institutionen immer wieder das Bemühen erkennen lassen, die Ausbildung generell auf die tertiäre Stufe, also die universitäre, zu heben. Man möchte hier offenbar etwas höherwertiger, besser erscheinen lassen und ein höheres Salär herauschlagen, prüft aber in keinstrenger Weise, ob die Kompetenzen, die erworben werden, auch die richtigen sind.“

Dabei leisten Österreichs Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen hervorragende Arbeit, wie Siegl mehrmals unter-



Die jungen Burschen und Mädchen sind von Anfang an in der Berufswirklichkeit, der spätere Praxisschock bleibt aus.

Maria Dippelreiter, Leiterin der Abteilung II/5 („Bildungsanstalten für Kindergarten- und Sozialpädagogik“) im BMUKK über einen der wesentlichen Vorteile der berufsbildenden Schulen

streicht. Dass eine Ausbildung immer am Puls der Zeit bleiben muss und ständige Lehrplanaktualisierungen sowie lebensbegleitendes Weiterlernen unverzichtbar sind, bekräftigt er und fügt hinzu: „Den Hochschulen wird eine wichtige Rolle bei der – wie im Regierungsprogramm eindeutig festgelegten – Setzung der aufbauenden und ergänzenden Angebote für diese Berufsgruppe zukommen.“

Zwar ist im internationalen Vergleich Österreich eines der wenigen Länder, das die Ausbildung zur Kindergartenpädagogin bzw. zum Kindergartenpädagogen nicht auf tertiärer Ebene positioniert hat, doch als den Grund gibt er an: „Es gibt kaum ein anderes Land auf der Welt, das so ein hochdifferenziertes und gut funktionierendes berufsbildendes Schulwesen hat. Das gibt es sonst nirgends, und das ist ja auch unsere volkswirtschaftliche Stärke, dass wir sehr viele Leute mit 14 oder 15 in eine berufliche Erstausbildung (die berufsbildenden Schulen) bringen. Der Riesenvorteil dabei ist, dass auf diese Weise nicht nur theoretisiert wird, sondern die Leute am künftigen realen Arbeitsplatz den Beruf von der Pike aus lernen. Jeder kann sich so handlungsorientiert vorstellen, wie sein Arbeitsplatz ausschauen wird“, so Siegl.

Ein weiterer wesentlicher Vorteil dieses Systems ist, wie Maria Dippelreiter, Leiterin der Abteilung II/5 („Bildungsanstalten für Kindergarten- und Sozialpädagogik“) im BMUKK ergänzt, dass vor Ausbildungsbeginn die spezielle Eignung erhoben wird und bereits zu Beginn der ersten Jahrgangsstufe die begleitete praktische Arbeit im realen Berufsfeld erfolgt und beides wohl zur niedrigen Drop-out-Quote dieser Ausbildung führt. „Die jungen Burschen und Mädchen sind von Anfang in der Berufswirklichkeit, der spätere Praxisschock bleibt aus.“

Unterm Strich – und das ist vor allem für Gemeinden das beruhigende Credo – gibt es keinerlei Anzeichen, dass die derzeitige kindergartenpädagogische Ausbildung durch eine universitäre ersetzt werden soll.

## Kommentar

*Ablehnung vom Gemeindebund*

### **Dann droht eine Kostenexplosion**

*Der Österreichische Gemeindebund lehnt die Ausbildung zur Kindergartenpädagogin an Hochschulen oder Universitäten vehement ab.*



Gemeindebund-General Dr. Robert Hink

*Die höherwertige Ausbildung würde sich auch massiv in den Gehaltssystemen niederschlagen und zu unbewältigbaren Mehrkosten für die Gemeinden führen. Die dadurch drohende Kostenexplosion ist jedoch nicht das einzige Argument, das gegen eine solche Veränderung des Ausbildungssystems spricht. Die derzeitige Ausbildung zählt nachweisbar zu einem der besten Systeme in ganz Europa, hier besteht kein Reformbedarf. Unsere Kindergärtnerinnen werden für die an sie gestellten Anforderungen hervorragend geschult und ausgebildet. Durch eine höhere Klassifizierung der Ausbildung besteht zusätzlich die Gefahr, dass noch weniger Menschen diese Ausbildung absolvieren wollen. Schon jetzt gibt es – nicht zuletzt durch die Einführung des Gratis-Kindergartens – einen teils enormen Mangel an qualifiziertem Personal. Je höherwertig die Ausbildung, desto mehr wird sich dieser Mangel verschärfen. Die Gemeinden sind mit der Qualität und der Ausbildung in der jetzigen Form sehr zufrieden und sehen hier keinen Änderungsbedarf.*

Was bei der Verwendung von Fremdsprachen im Gemeindeamt zu beachten ist

# Deutsch ist die Amtssprache in Österreich. Es sei denn ...

Trotz der wachsenden Bedeutung von Fremdsprachen gibt das österreichische Recht den Behörden nur einen geringen Spielraum vor, in dem Fremdsprachen verwendet werden können. Eine Ausnahme bilden Regelungen im Volksgruppenrecht. Worauf die Gemeinden da besonders achten müssen, zeigt KOMMUNAL auf.

Mag. Alexander Klingenbrunner

Artikel 8 B-VG bestimmt, dass die deutsche Sprache, unbeschadet der den sprachlichen Minderheiten bundesgesetzlich eingeräumten Rechte, die Amtssprache der Republik ist. An diese Anordnung knüpfen sich weitreichende Konsequenzen für alle Staatsgewalten. So haben alle staatlichen Organe in ihrem Wirkungsbereich die deutsche Sprache zu verwenden, und der amtliche Verkehr hat in deutscher Sprache zu erfolgen.

Nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) ist es zulässig, branchenübliche lateinische Fachausdrücke zu gebrauchen. Auch die Benutzung anderer (zum Beispiel grafischer) Mittel ist grundsätzlich zulässig (zum Beispiel bei Straßenverkehrszeichen). Durch die weitgehende Diversifizierung der Sprache ist es auch zulässig, technische fremdsprachige Ausdrücke zu benutzen, wie zum Beispiel Fachbegriffe aus der Computersprache.

## Verbesserungsauftrag bei einem Anbringen

Bedient sich eine Verfahrenspartei in einem schriftlichen Anbringen nicht der deutschen Sprache, so ist üblicherweise von einem verbesserungsfähigen Mangel im Sinne des (iSd) § 13 Abs 3 AVG auszugehen. Die

Behörde hat dann die Verbesserung dieses Mangels aufzutragen, wobei der Auftrag üblicherweise dahingehend lauten wird, dass das Anbringen beziehungsweise der Antrag in deutscher Sprache nochmals einzubringen ist. Hierbei hat die Behörde eine

Alle staatlichen Organe haben in ihrem Wirkungsbereich die deutsche Sprache zu verwenden, und der amtliche Verkehr hat in deutscher Sprache zu erfolgen.

angemessene Frist zu bestimmen, binnen derer das Anbringen in deutscher Sprache einzubringen ist. Der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) geht beispielsweise bei einer nicht in deutscher Sprache abgefassten Berufung davon aus, dass eine Verbesserungsfrist von zwei Wochen zur Übersetzung vom Englischen ins Deutsche ausreichend ist. Verstreicht diese Frist ungenutzt, ist das Anbringen zurückzuweisen. Streng genommen macht es hierbei keinen Unterschied, ob es sich bei dem Anbringen um einen auf bescheidmäßiges Verfahren abzielenden Antrag oder um ein sonstiges Anbringen (zum Beispiel eine Bitte um Rechtsauskunft) handelt, da das AVG im Hinblick auf den sprachlichen Aspekt nicht differenziert. Unzulässig ist bei fremdsprachigen Anbringen hingegen ein

Vorgehen nach § 13 Abs 6 AVG. Diese Bestimmung legt fest, dass die Behörde nicht verpflichtet ist, Anbringen, die sich auf keine bestimmte Angelegenheit beziehen, in Verhandlung zu nehmen. Ob sich ein fremdsprachiges Anbringen auf eine bestimmte Angelegenheit bezieht, ist typischerweise unklar. Dabei ist es Aufgabe der Behörde, durch Ermittlung des wahren Willens des Einschreiters für eine Klärung zu sorgen. Die Klärung des Inhalts des Anbringens wird dabei durch einen Verbesserungsauftrag gemäß § 13 Abs 3 AVG zu erfolgen haben. Ist jedoch aus dem fremdsprachigen Anbringen klar erkennbar, dass es sich auf keinen bestimmten Gegenstand bezieht (etwa auf Grund der Fremdsprachenkenntnisse des zuständigen Organwalters), muss nicht mit Verbesserungsauftrag vorgegangen werden. Ist dies jedoch nicht mit Sicherheit anzunehmen, ist die Behörde auf Grund ihrer Verpflichtung zur amtswegigen Wahrheitsforschung (§ 37 AVG) verpflichtet, eine Klärung im Verbesserungsweg herbeizuführen.

## Wann muss ein Dolmetsch bestellt werden?

§ 39 a AVG bestimmt, dass im Verfahren unter anderem dann ein Dolmetscher beizuziehen ist, wenn eine Verfahrenspartei oder eine zu vernehmende Person der deutschen Sprache nicht hinreichend kundig ist. Aus seiner systematischen Stellung innerhalb des AVG ergibt sich, dass er nur auf das Ermittlungsverfahren und den dort stattfindenden mündlichen Verkehr zwischen Beteiligten, Zeugen und der Behörde Anwendung zu finden hat, nicht jedoch auf den Schriftverkehr zwischen Beteiligten, Zeugen und der Behörde und



Mag. Alexander Klingenbrunner ist Referent in der Abt. IV/6: Sicherheitspolitische Angelegenheiten im Bundeskanzleramt



behördliche Erledigungen. Auch die Akteneinsicht gem. § 17 AVG ist nicht hiervon umfasst.

Der Gesetzgeber ist davon ausgegangen, dass die Aufgabe grundsätzlich auch von einem sprachkundigen Organwalter (das heißt Sachbearbeiter) wahrgenommen werden kann. Wesentlich für das Vorgehen der Behörde ist dabei die Frage, ob eine ausreichende Verständigung im Rahmen des Ermittlungsverfahrens möglich ist. Es ist daher nicht erforderlich, dass ein zu vernehmender Beteiligter oder Zeuge perfekt Deutsch spricht. Der bloße Umstand, dass sich eine zu vernehmende Person im Alltag in deutscher Sprache verständigen kann, lässt jedoch nicht den Schluss zu, dass sie in der Lage ist, gewisse verfahrensrechtliche Fachausdrücke im Hinblick auf ihre zukünftige prozessuale Stellung zu begreifen.

Liegen die Voraussetzungen für die Beziehung eines Dolmetschers vor, besteht hierauf ein Rechtsanspruch der Beteiligten. Ein Verstoß gegen § 39 aAVG begründet einen relativen Verfahrensmangel, der dann zur Aufhebung beziehungsweise Abänderung des Bescheids führen kann, wenn er von Einfluss auf das Verfahrensergebnis war.

### Sind Bescheide in Fremdsprachen möglich?

Ergeht eine Erledigung nicht in deutscher Sprache und kommt keine besondere Bestimmung zum Tragen, so führt dies zur absoluten Nichtigkeit dieser Erledigung. Ein nicht in deutscher Sprache abgefasster Bescheid führt daher zu keiner Verpflichtung der Partei und befreit auch die Behörde nicht von ihren Verpflichtungen, insbesondere der Entscheidungspflicht. Wesentlich ist dabei, dass der Spruch auf Deutsch bezeichnet ist. Erfüllen die Begründung oder die Rechtsmittelbelehrung nicht die sprachenrechtlichen Vorgaben, so führt dies nicht zwingend zur absoluten Nichtigkeit, sondern

Bei Streitigkeiten oder Divergenzen zwischen der deutschen Fassung der Kundmachung und der Übersetzung ist alleine die deutsche Fassung rechtlich verbindlich und maßgeblich.

liegt allenfalls ein schwerer Begründungsmangel vor bzw. kommen die Regeln über fehlerhafte Rechtsmittelbelehrungen (§ 61 AVG) zum Tragen.

Bei behördlichen Kundmachungen an der Amtstafel der Gemeinde ist zwischen zwei Konstellationen zu unterscheiden. Wenn Kundmachungen in Verwaltungsverfahren an der Amtstafel erfolgen, wie zum Beispiel die Zustellung eines Dokuments (§ 25 Abs 1 ZustellG), so hat dies entsprechend den Bestimmungen der zu Grunde liegenden Verwaltungsvorschriften zu geschehen. Generelle Kundmachungen haben entsprechend Art 8 Abs 1 B-VG ebenfalls in

deutscher Sprache zu erfolgen, wie zum Beispiel die Festlegung von Amtsstunden oder Parteienverkehrszeiten, die rechtlich als Verordnungen zu qualifizieren sind. Sollte zum Beispiel zur Erleichterung der Abwicklung des Parteienverkehrs auch eine Übersetzung einer Verordnung ausgehängt werden, so steht dem zwar nichts entgegen, allerdings ist die Übersetzung rechtlich nicht verbindlich. Bei Streitigkeiten oder Divergenzen zwischen der deutschen Fassung der Kundmachung und der Übersetzung ist alleine die deutsche Fassung rechtlich verbindlich und maßgeblich.

### Verordnungen regeln Minderheitensprachen

Die Grundlage der Zulassung von Minderheitensprachen ist § 2 Abs 1 Z 3 VolksgruppenG. Gemäß dieser Bestimmung kann die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrats mit Verordnung festlegen, bei welchen Dienststellen neben der deutschen Sprache zusätzlich die Verwendung einer Volksgruppensprache zugelassen wird. Entsprechende Verordnungen sind ergangen hinsichtlich der slowenischen Volksgruppe in Kärnten (BGBl 1977/307 idF II 2000/428), sowie der kroatischen (BGBl 1990/231 idF 1991/6) und der ungarischen (BGBl II 2000/229) Volksgruppe im Burgenland.

Hinsichtlich der slowenischen und der kroatischen Volksgruppe besteht eine verfassungs- und völkerrechtliche Verpflichtung zur Zulassung der entsprechenden Sprachen auf Grund der Verfassungsbestimmung des Art 7 Z 3 StV von Wien. Sie ist in Bezirken mit „gemischter Bevölkerung“ zuzulassen, eine Schwelle, die der VfGH in seiner neueren Rechtsprechung bei einem Minderheitenanteil von circa zehn Prozent über einen längeren Zeitraum sieht

Ein nicht in deutscher Sprache abgefasster Bescheid führt zu keiner Verpflichtung der Partei und befreit auch die Behörde nicht von ihren Verpflichtungen, insbesondere der Entscheidungspflicht.



Foto: Jupiterimages

(VfSlg 15.970/2000). Von der Frage der Amtssprache zu unterscheiden ist die Verpflichtung zur Anbringung mehrsprachiger topografischer Zeichen.

### Verfahren in Minderheitensprachen führen

Bedient sich ein Beteiligter im Verfahren der Volksgruppensprache, so ist grundsätzlich zweisprachig zu verhandeln. Ausgenommen hiervon sind Verhandlungen, in der alle Teilnehmenden die Volksgruppensprache verwenden und auch das die Amtshandlung leitende Organ diese Sprache beherrscht; hier ist es zulässig, die Verhandlung nur in der Volksgruppensprache durchzuführen. Beherrscht das die Amtshandlung leitende Organ die Volksgruppensprache nicht, so ist ein Dolmetscher zu bestellen. Ein subjektives Recht darauf, dass ein Organwalter einschreitet, der die Volksgruppensprache beherrscht, besteht nicht. Nicht umfasst von der Verpflichtung zur Übersetzung sind Aktenbestandteile, die eine Partei im Rahmen der Akteneinsicht einsehen will.

Bescheide beziehungsweise andere Erledigungen, die mündlich ergehen, sind sowohl in deutscher Sprache als auch in der Volksgruppensprache bekannt zu geben. Auch hier kann die Ausnahme des § 15 Abs 4 VolksgruppenG zum Tragen kommen. Schriftliche Erledigungen, in deren Verfahren bereits zuvor in einer Volksgruppensprache verhandelt wurde, sind in beiden Sprachen auszufertigen. Erfolgt die Ausfertigung beziehungsweise Zustellung bloß in einer Sprache, werden die Rechtswirkungen der Zustellung nicht ausgelöst. Dies gilt auch, wenn die Ausfertigung in einer Volksgruppensprache erst nach Zustellung des Bescheids verlangt wird, sofern sich vorher keine Gelegenheit geboten hat, die Durchführung des Verfahrens in der Volksgruppensprache zu verlangen. Hinsichtlich des Zustellvorgangs nach den Bestimmungen des ZustellG ergeben sich hingegen keine Abweichungen.

Verstöße gegen die Bestimmungen des VolksgruppenG ziehen



Hinsichtlich der slowenischen und der kroatischen Volksgruppe (im Bild zweisprachige Straßenschilder im Burgenland) besteht eine verfassungs- und völkerrechtliche Verpflichtung zur Zulassung der entsprechenden Sprachen auf Grund der Verfassungsbestimmung des Art 7 Z 3 StV von Wien.

Bedient sich ein Beteiligter im Verfahren der Volksgruppensprache, so ist grundsätzlich zweisprachig zu verhandeln. Ausgenommen hiervon sind Verhandlungen, in der alle Teilnehmenden die Volksgruppensprache verwenden und auch das die Amtshandlung leitende Organ diese Sprache beherrscht ...

die Rechtsfolgen des § 17 legt sich nach sich. Abs 1 bestimmt, dass die Nichtverwendung bzw. Nichtzulassung der Volksgruppensprache als Verletzung des rechtlichen Gehörs der Partei gilt, außerdem normieren § 17 Abs 2 und 3 leg cit für Strafverfahren und Verwaltungsverfahren die Nichtigkeit der entsprechenden Entscheidungen.

### Fact-Box

## RFG 1/2009

Mehr zur Zustellung, Wiedereinsetzung und zu den gemeinschaftsrechtlichen Aspekten von Fremdsprachen finden Sie im Heft 1/2009 der RFG.

Recht & Finanzen für Gemeinden (RFG) ist eine Kooperation zwischen dem Österreichischen Gemeindebund, Kommunalcredit, kommunalconsult, Leitner + Leitner, RPW NÖ GBG und dem Verlag MANZ.



Abopreis: Kennenlern-Abo unter: [www.juristischer-biss.at](http://www.juristischer-biss.at)

Zwei Hefte zum Preis von nur 20 Euro  
MANZ Bestellservice:  
Tel: (01) 531 61-100  
Fax: (01) 531 61-455  
E-Mail: [bestellen@manz.at](mailto:bestellen@manz.at)

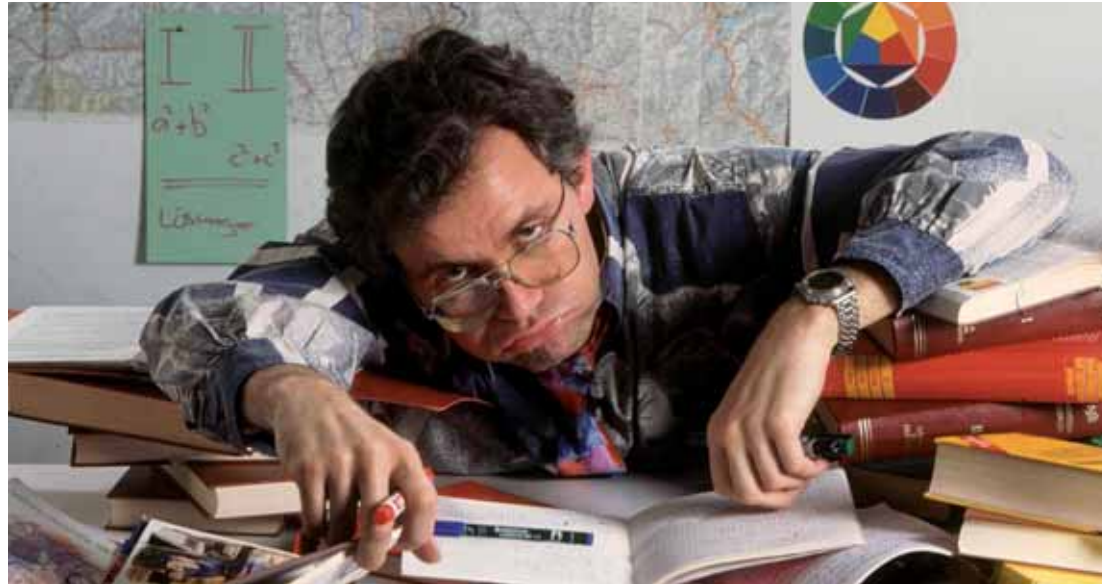


Erstes Gesundheitsseminar für Österreichs Kommunalpolitiker/innen

# Macht Kommunalpolitik krank?

Burn-Out, klassische Stresssymptome und permanente Überlastung machen vielen Kommunalpolitikern immer mehr zu schaffen. Der Gemeindebund bietet nun gemeinsam mit Partnern exklusive Gesundheitsseminare für Kommunalpolitiker/innen an.

„Die Meldungen über schwere Erkrankungen, die auf die übermäßige Belastung zurückzuführen sind häufen sich“, weiß Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer. „Die Ausübung von Ämtern auf Gemeindeebene ist vielfach zu einem echten Gesundheitsrisiko geworden.“ Gerade in den letzten Monaten häufen sich die Meldungen über Bürgermeister und Gemeindevertreter, die mit schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen zu kämpfen haben. Erst jüngst ist ein aktiver Bürgermeister weit vor der Zeit verstorben. Grund genug, dass der Gemeindebund nun spezielle Vorsorgeseminare für Bürgermeister und Kommunalpolitiker anbietet. „Wir haben die Idee von unseren Kollegen in Deutschland übernommen“, berichtet Mödlhammer. „Dort sind diese Vorsorgeseminare seit Jahren üblich.“ (siehe auch die *Gemeindetagsausgabe 2008 von KOMMUNAL 9C/2009, Seite 52* oder auf [www.kommunal.at/archiv](http://www.kommunal.at/archiv)) Für Österreich bietet der Gemeindebund vorerst zwei Termine an. Der erste ist schon im Mai und kann nicht mehr gebucht werden. Der zweite Termin findet vom 28. Juni bis zum 1. Juli



Die Ausübung von Ämtern auf Gemeindeebene ist vielfach zu einem echten Gesundheitsrisiko geworden. Gerade in den letzten Monaten häufen sich die Meldungen über Bürgermeister und Gemeindevertreter, die mit schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen zu kämpfen haben.

2009 in der steirischen Gemeinde Pöllauerg statt. Geboten werden medizinische Rundumchecks, intensive Beratung über Ernährung, Stress- und Entspannungstests, Mentalchecks und Kurzvorträge über Stressmanagement, Selbstcoaching und darüber, wie man trotz höchst intensiver Belastung im Zivildienst und dem politischen Amt gesund bleiben kann.

Die Kommunalpolitiker treffen dabei ausschließlich auf Amtskollegen und können auch Erfahrungen der kommunalpolitischen Arbeit austau-

Das Seminar findet in einem wunderschönen Vier-Stern-Hotel statt, das über sämtlichen Komfort und tolle Wellness-Anlagen verfügt. Die Teilnehmerzahl ist stark begrenzt, es empfiehlt sich also, sich schnell anzumelden.

„Ich kann das meinen Amtskollegen wirklich nur empfehlen“, so Präsident Mödlhammer. „In der Gemeindepolitik wird hervorragend und für die Menschen sehr wichtige Arbeit geleistet. Wir können und wollen nicht in Kauf nehmen, dass die Gesundheit darunter leidet. Nehmen

Sie sich diese vier Tage Zeit und hören Sie in Ihren Körper hinein. Ihre Gesundheit wird Ihnen das danken, Ihre Bürger auch, denn dann bleiben Sie noch viele Jahre fit.“ Alle Details

Nehmen Sie sich diese vier Tage Zeit und hören Sie in Ihren Körper hinein. Ihre Gesundheit wird Ihnen das danken, Ihre Bürger auch.

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer über die Vorteile eines Gesundheits-Checks



schon. Das betreuende Team aus Ärzten und Beratern ist hoch professionell und sehr erfahren.

zum Programm, Kosten und Anmeldung auf [www.gemeindebund.gv.at](http://www.gemeindebund.gv.at)





56. Österreichischer Gemeindetag 2009 in Vorarlberg

# Lech bietet Bürgermeistern ein Rahmenprogramm vom Feinsten

Der 56. Österreichische Gemeindetag am 10. und 11. September 2009 steht ganz im Zeichen des gegenseitigen Kennenlernens. KOMMUNAL zeigt auf, dass die Gastgebergemeinde Lech am Arlberg dafür das passende Rahmenprogramm bietet.

So können sich die Teilnehmer beispielsweise während eines Rundgangs auf der „Gemeindemeile“, einer Wanderung durch die beeindruckende Natur, im Anschluss an den historischen Dorfrundgang oder den Besuch im Biomasseheizwerk austauschen.

Mit einem Sonderzug der ÖBB kommen viele Teilnehmer am Mittwoch, den 9. September, in Lech am Arlberg an. Tags darauf wird der 56. Österreichische Gemeindetag, der unter dem Motto

„Natur erleben – Kultur schaffen“ steht, offiziell eröffnet. Im Anschluss daran geht es auf die so genannte „Gemeindemeile“ – laut Bürgermeister Wilfried Berchtold, Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes, eine ausgezeichnete Idee: „Die Teilnehmer können so mehr über das für viele nur als Wintersportort bekannte Lech erfahren. Zudem bieten die Organisatoren und die Gemeinde Lech dadurch eine hervorragende Plattform für den gegenseitigen Austausch.“

Aber nicht nur auf der „Gemeindemeile“ können Erfahrungen sowie Vorstellungen ausgetauscht werden, sondern auch beim Galaabend, dem Festakt am Freitagvormittag und insbesondere im Zuge des umfangreichen Rahmenprogramms.

## Nach Mittag die Natur erleben

Inmitten der Alpen verspricht Lech nicht nur winterliches Schi- und Vergnügen, sondern während der schneefreien Monate auch ausgiebigen Wanderspaß. Bürgermeister Ludwig Muxel: „Ob man sich für eine Wanderung ins Naturparadies Zugertal, eine geologische Wanderung ins Steinerne Meer oder eine botanische Wanderung im Naturschutzgebiet Gipslöcher entscheidet, es ist allemal ein Erlebnis. Auch ich bin immer wieder aufs Neue begeistert, in welcher wunderschönen Umgebung ich lebe.“ Das umfassende Wanderprogramm bietet übrigens für Jeden das Richtige: Anfänger entscheiden sich für eine leichte Route entlang des Flusses Lech oder eine Heilkräuterwanderung. Leicht Fortgeschrittene wandern rund



Ob man sich für eine Wanderung ins Naturparadies Zugertal, eine geologische Wanderung ins Steinerne Meer oder eine botanische Wanderung im Naturschutzgebiet Gipslöcher entscheidet, es ist allemal ein Erlebnis.

Ludwig Muxel, Bürgermeister von Lech am Arlberg



um den Spullersee, und die Bergsteiger unter den Teilnehmern erklimmen die Berge um Lech.

### Geschichte und Kultur

Doch Lech steht auch für Kunst, Kultur und Geschichte: Bei einem historischen Dorfrundgang erfährt man, wie sich der von den Walsern gegründete Ort zu einem Wintersportort mit internationalem Ruf entwickelt hat. Wesentlich dazu beigetragen hat sicherlich auch das bekannte Sporthaus Strolz: Seit 1921 ist Strolz die erste Adresse im Alpenraum. In Bezug auf Markenauswahl, Beratung, Service und Gastlichkeit hat sich Strolz als eines der besten Geschäfte weltweit etabliert. Highlight bei der Führung durch das Sporthaus Strolz: Der Blick hinter die Kulissen der Produktionsstätte für die maßgefertigten Strolz-Skischuhe. Literaturbegeisterte können sich am späten Nachmittag für eine Lesung aus dem Sammelband „Austern im Schnee und andere Sommergeschichten“ – die Texte stammen von namhaften Autoren, wie Michael Köhlmeier, Arno Geiger oder Gabriele Bösch – anmelden.

### Ökologisch wertvoll

„Wir sind uns unserer Verantwortung der Umwelt gegenüber bewusst und haben in den vergangenen Jahren viel hinsichtlich Ökologie und Nachhaltigkeit investiert“, so Bürgermeister Muxel. Dementsprechend zeigt sich auch das Rahmenprogramm des Gemeindetages von seiner öko-

Nicht nur auf der „Gemeindemeile“ können Erfahrungen sowie Vorstellungen ausgetauscht werden, sondern auch beim Galaabend und insbesondere im Zuge des umfangreichen Rahmenprogramms.

logischen Seite: So gibt es eine spezielle Führung rund um das Thema künstliche Beschneigung, einen Spaziergang durch das im Winter autofreie Oberlech oder einen Besuch im „Gästewald“. Selbstverständlich wird auch eine Exkursion zum Biomasse Heizwerk Lech angeboten. Dieses vor zehn Jahren umgesetzte Energieprojekt war jedoch erst der Anfang, erklärt Ludwig Muxel: „Wir haben hier eine zukunftsweisende Richtung eingeschlagen, die durch den Bau von zwei weiteren Biomasseheizwerken in Oberlech und Zug fortgesetzt wurde. Dadurch konnten wir einmal mehr Arbeitsplätze und die Wertschöpfung in der Region sichern.“

56. ÖSTERR. GEMEINDETAG  
LECH AM ARLBERG  
10. | 11. SEPTEMBER 2009

### Information

Da es für alle Programmpunkte begrenzte Teilnehmerzahlen gibt, sollte man sich besser früher als später entscheiden bzw. anmelden. Ausführliche Informationen zum Rahmenprogramm des Österreichischen Gemeindetages 2009 findet man unter [www.gemeindetag.at](http://www.gemeindetag.at)

## Das Programm

**Mittwoch,  
9. September 2009**

Anreise mit einem Sonderzug der ÖBB – Empfang der Teilnehmer des Österreichischen Gemeindetages

**Donnerstag,  
10. September 2009**

**10:00 Uhr Eröffnung des Österreichischen Gemeindetages** auf dem Rüfikopfplatz im Ortszentrum, Begrüßung durch Bgm. Mag. Wilfried Berchtold, Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes, Bgm. Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und Bgm. Ludwig Muxel, Lech am Arlberg

**Von 10:30 bis 18:00 Uhr Rundgang auf der „Gemeindemeile“**, eingerichtet im Zentrum der Gemeinde Lech; Präsentation von regionalen Produkten und Kunsthandwerk

Nachmittagsprogramm (Auswahl):

- ▶ Geologische Wanderung „Steinerne Meer“
- ▶ Botanische Wanderung im Naturschutzgebiet Gipslöcher
- ▶ Sonnenaufgangswanderung (6:00 Uhr morgens)
- ▶ Biomasseheizwerke Lech und Zug
- ▶ Das Geheimnis unter dem Schnee
- ▶ Autofreies Lech und ÖPNV
- ▶ Renaturierung im alpinen Raum und Besuch im Gästewald
- ▶ Historischer Dorfrundgang
- ▶ Führung durch das Sporthaus Strolz
- ▶ Litera-Tour – Lesungen bekannter Vorarlberger Autoren

**Ab 19:30 Uhr Galaabend im Festzelt**

**Freitag,  
11. September 2009**

**ab 9:00 Uhr Eintreffen der Teilnehmer** im Festzelt und musikalische Begrüßung durch die Militärmusik Vorarlberg

**ab 9:30 Uhr 56. Österreichischer Gemeindetag** mit Empfang von Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer

Mehr Infos und Details auf [www.gemeindetag.at](http://www.gemeindetag.at)

Stand: 9. April 2009

Spendenabsetzbarkeit durch das Steuerreformgesetz 2009<sup>1</sup> – Teil 1

# Spenden an bestimmte Vereine künftig absetzbar

Durch das Steuerreformgesetz (StRefG) 2009 wurden Spenden an mildtätige Vereine sowie Einrichtungen, die Entwicklungs- oder Katastrophenhilfe betreiben oder für solche Zwecke Spenden sammeln, steuerlich absetzbar. KOMMUNAL hat sich angesehen, zu welchen Rahmenbedingungen auch Gemeinden – oder kommunale Organisationen – ihre Spenden absetzen können.

Mag. Dr. Raimund Heiss  
Dr. Ursula Riedmüller

Durch das Steuerreformgesetz (StRefG) 2009 wurden Spenden an bestimmte mildtätige Vereine und Einrichtungen sowie Einrichtungen, die Entwicklungs- oder Katastrophenhilfe betreiben bzw. für solche Zwecke Spenden sammeln, steuerlich absetzbar (§ 4a Z 3 und 4, § 18 Abs 1 Z 8, § 124b Z 152 EStG). Daneben bleiben Spenden (etwa an wissenschaftliche Vereine, Museen etc.) unter den gleichen Voraussetzungen wie bisher auch weiterhin absetzbar (neue gesetzliche Grundlage § 4a Z 1 und 2 EStG).

## An welche Vereine und andere Einrichtungen kann erstmals ab 2009 steuerwirksam gespendet werden?

Absetzbar sind Spenden an Vereine und Einrichtungen, die

- ▶ selbst mildtätige Zwecke verfolgen oder die Bekämpfung von Armut und Not in Entwicklungsländern durch Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, welche zu einem Prozess des nachhaltigen Wirtschaftens und des wirtschaftlichen Wachstums, verbunden mit strukturellem und sozialem Wandel führen soll (im Folgenden kurz als Entwicklungshilfe bezeichnet) oder Hilfeleistung in Katastrophenfällen (im Folgenden kurz als Katastrophenhilfe bezeichnet) betreiben oder

Als begünstigte Spendenempfänger-Körperschaften kommen auch Körperschaften des öffentlichen Rechts oder Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften öffentlichen Rechts in Frage, wenn sie die vorgesehenen Begünstigungsvoraussetzungen erfüllen.

- ▶ für diese Zwecke Spenden sammeln.

Als begünstigte Spendenempfänger-Körperschaften kommen auch Körperschaften des öffentlichen Rechts oder Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften öffentlichen Rechts in Frage, wenn sie die vorgesehenen Begünstigungsvoraussetzungen erfüllen.

Die begünstigten Spendenempfänger (Vereine und andere Einrichtungen) werden auf der Homepage des Finanzministeriums ([www.bmf.gv.at](http://www.bmf.gv.at)) auf drei Listen veröffentlicht. Zwei dieser Listen betreffen jene Organisationen, die – ab 2009 neu – als begünstigte Spendenempfänger in Betracht kommen. Erstmals wird die Veröffentlichung der neuen Listen am 31. Juli 2009 erfolgen. Für die zu diesem Termin erstmalig veröffentlichten Listen gilt die Besonderheit, dass sie auf den 1. Jänner 2009 zurückwirken. Das bedeutet, dass bereits alle ab 1. Jänner 2009 geleisteten Spenden an dort genannte Einrichtungen abziehbar sind. Später hinzukommende Vereine und andere Einrichtungen sind erst ab der Aufnahme in die jeweilige Liste begünstigt. In Zukunft gibt es also drei Listen mit begünstigten Spendenempfängern:

- ▶ Liste Forschung und Erwachsenenbildung (wie schon bisher)
- ▶ Liste unmittelbare Mildtätigkeit, Entwicklungshilfe und Katastrophenhilfe (neu)
- ▶ Liste Sammelverein (Mildtätigkeit, Entwicklungshilfe und Katastrophenhilfe) (neu)

## Muss man sich vor jeder Spende auf den Listen auf der Homepage des BMF vergewissern, ob der Verein oder die Einrichtung noch begünstigt ist?

Nach der erstmaligen Aufnahme in die betreffende Liste bleibt der Status des Vereins oder der



Mag. Dr. Raimund Heiss ist Finanzstadtrat in Neulengbach



Dr. Ursula Riedmüller ist Kommunalexpertin bei der NÖ Gemeinde Beratungs & Steuerberatungsgmbh

<sup>1</sup> Zur Zeit der Manuskriptabgabe noch nicht im BGBl veröffentlicht. RV 54 BlgNR XXIV. GP und AB 124 BlgNR XXIV. GP betreffend Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988 geändert wird – Steuerreformgesetz 2009 (StRefG 2009).





Seit 2009 gibt es nunmehr eine Liste mit neuen begünstigten Spendenempfängern. Spenden (etwa an wissenschaftliche Vereine, Museen etc.) unter den gleichen Voraussetzungen bleiben aber wie bisher auch weiterhin absetzbar.

anderen Einrichtung als begünstigte/r Spendenempfänger/in so lange aufrecht, als die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt werden. Dies wird im Allgemeinen für einen längeren Zeitraum unverändert bleiben. Fallen die Voraussetzungen weg, so muss das zuständige Finanzamt die Begünstigung wieder aberkennen. Auch dies wird für den Spender erst in jenem Zeitpunkt wirksam, in dem die Streichung aus der jeweiligen Liste veröffentlicht ist.

Sobald und solange ein Verein oder eine andere Einrichtung auf den Listen aufscheint, können an ihn/sie steuerbegünstigt Spenden geleistet werden! Im Zweifel sollte somit die Zugehörigkeit zum Kreis der begünstigten Spendenempfänger überprüft werden!

Bei Privatspenden werden nur Geldspenden steuerlich anerkannt, Unternehmen können grundsätzlich auch Sachspenden (z. B. eigene Erzeugnisse) mit steuerlicher Wirkung zuwenden.

**ACHTUNG:** Eine Bestätigung des Vereins oder einer anderen Einrichtung beispielsweise auf einem Folder oder auf dem Erlagschein wie etwa „Ihre Spende ist steuerlich absetzbar“ ersetzt die Veröffentlichung auf der jeweiligen Liste nicht!

**Sind private Spenden und Unternehmensspenden gleichermaßen abziehbar?**

Ja, Privatspenden sind als Sonderausgaben abziehbar, Unternehmensspenden aus dem Betriebsvermögen sind Betriebsausgaben. Bei Privatspenden werden nur Geldspenden steuerlich anerkannt, Unternehmen können grundsätzlich auch Sachspenden (z. B. eigene Erzeugnisse) mit steuerlicher Wirkung zuwenden.

**Ist der Spendenabzug betragsmäßig begrenzt?**

Die Begrenzung richtet sich für Privatspender nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte des Vorjahres, für 2009 ist dies das Jahr 2008. Abziehbar sind jeweils zehn Prozent des Gesamtbetrages der Vorjahreseinkünfte. Der Gesamtbetrag der Einkünfte (das ist grundsätzlich die Summe der Jahres-Einkünfte) ist aus dem Einkommen-

steuerbescheid ersichtlich. Unternehmensspenden sind mit zehn Prozent des Gewinnes des letzten Wirtschaftsjahres begrenzt.

Als Betriebsausgaben abgesetzte Spenden sind im Rahmen der Gewinnermittlung abzusetzen und auf Verlangen des Finanzamtes belegmäßig nachzuweisen. Unternehmensspenden sind mit zehn Prozent des Gewinnes des letzten Wirtschaftsjahres begrenzt.

**Können Unternehmer, die sowohl betrieblich als auch privat spenden, beide Zehn-Prozent-Grenzen ausnutzen?**

Ja, anders als bei den Spenden für Wissenschaft und Erwachsenenbildung erfolgt keine Anrechnung der bereits als Betriebsausgaben abgesetzten Spenden auf die Privatspenden.

**Wie ist der Abzug von Spenden beim Finanzamt geltend zu machen?**

**Betriebsausgabe:** Als Betriebsausgaben abgesetzte Spenden sind im Rahmen der Gewinnermittlung abzusetzen und auf Verlangen des Finanzamtes belegmäßig nachzuweisen.

**Sonderausgabe:** Als Sonderausgaben abzusetzende Spenden müssen in die Erklärung zur (Arbeitnehmer-)Veranlagung für die Jahre 2009 und 2010 aufgenommen werden. Auf Verlangen des Finanzamtes müssen die Spenden nachgewiesen werden. Für diesbezügliche Belege (Einzahlungsnachweise) gilt die allgemeine siebenjährige Aufbewahrungsfrist.

Ab dem Jahr 2011 ist vorgesehen, dass für die steuerliche Berücksichtigung von Privat-

Ab dem Jahr 2011 ist bei Privatspenden dem begünstigten Spendenempfänger die Sozialversicherungsnummer mitzuteilen. Das Finanzamt kann die Spenden dann automatisch bei der (Arbeitnehmer-)Veranlagung berücksichtigen.

spenden dem begünstigten Spendenempfänger grundsätzlich die Sozialversicherungsnummer mitzuteilen ist, welche alle Spenden des Vorjahres (erstmalig also des Jahres 2011) unter Zuordnung zum Spender unmittelbar der Finanzverwaltung elektronisch übermittelt. Das Finanzamt kann die Spenden dann automatisch bei der (Arbeitnehmer-)Veranlagung berücksichtigen. Derartige Spenden, die unter Anführung der Sozialversicherungsnummer geleistet werden, dürfen nicht als Betriebsausgaben abgesetzt werden.

**Welche Voraussetzungen muss eine Einrichtung erfüllen, damit sie auf die vom Finanzamt Wien 1/23 zu erstellende entsprechende Liste aufgenommen wird?**

Die Einrichtung muss im Wesentlichen (zumindest 75 Prozent der Gesamtressourcen) bestimmte begünstigte Ziele verfolgen (wobei auch eine Kombination dieser begünstigten Zwecke möglich ist) sowie weitere Voraussetzungen erfüllen und einen vollständigen Antrag zur Aufnahme in eine der genannten Listen stellen.

Details hierzu lesen Sie im zweiten Teil zur „Spendenabsetzbarkeit durch das Steuerreformgesetz 2009“ in der nächsten Ausgabe des KOMMUNAL.



Die begünstigten Spendenempfänger (Vereine und andere Einrichtungen) werden ab 31. Juli 2009 auf der Homepage des Finanzministeriums auf drei Listen veröffentlicht.

## Zusammenfassung Teil 1

- ▶ Steuerwirksam gespendet werden kann an Vereine, die Entwicklungs- bzw. Katastrophenhilfe betreiben, bzw. welche für diese Zwecke Spenden sammeln (die **Listen** der Vereine finden Sie auf [www.bmf.gv.at](http://www.bmf.gv.at))
- ▶ Bei Privatspenden sind jeweils **zehn Prozent der Gesamteinkünfte des Vorjahres** (bei Unternehmensspenden zehn Prozent der Gewinneinkünfte) abziehbar
- ▶ **Privatspenden** sind als Sonderausgabe absetzbar; für Einzahlungsnachweise gilt die **siebenjährige Aufbewahrungsfrist**

## Vorschau Teil 2

- ▶ Welche **Voraussetzungen** muss eine mildtätige Einrichtung, eine Entwicklungs- bzw. Katastrophenhilfe-Einrichtung oder eine Einrichtung, die Spenden sammelt, erfüllen?
- ▶ Welche **Zwecke** sind begünstigt?
- ▶ Wo und mit welchen Unterlagen ist der **Antrag auf Aufnahme in die entsprechende Liste** der begünstigten Spendenempfänger zu stellen?
- ▶ Welche **Verpflichtung** hat der Spendenempfänger gegenüber dem Spender?
- ▶ **Conclusio:**  
Inwiefern ist die Steuerreform 2009 für Gemeinden von Bedeutung?

Europäische kommunale Spitzenverbände trafen einander in Rheine

# Probleme: Migration, Integration & Zukunft der Kohäsionspolitik

In der kleinen westfälischen Stadt Rheine fand Anfang April 2009 die dritte Konferenz der Verbände der kleineren und mittleren Städte und Gemeinden in Europa statt, wo das Thema „Kommunen und Europa“ diskutiert wurde. Der Österreichische Gemeindebund war dabei.

Insgesamt waren auf der dreitägigen Europakonferenz in der Stadthalle Rheine Kommunalverbände aus 14 Nationen vertreten, von Litauen bis Frankreich und von Schweden bis Polen. Der Österreichische Gemeindebund war durch „General“ Dr. Robert Hink, Bgm. Erwin Mohr und Mag. Erwin Wetzl repräsentiert.

Die aus einer Initiative des französischen Kommunalverbandes „Association des Petites Villes de France“ im November 2007 in Bordeaux hervorgegangene Konferenzreihe soll hervorheben, welche besondere Stellung, Bedeutung und Rolle den Gemeinden angesichts der zunehmenden Globalisierung bzw. Europäisierung in der Europäischen Union zukommt.

Dieses noch junge europäische Netzwerk soll die Interessen der kleinen und mittleren Städte und Gemeinden nicht nur besser artikulieren, sondern auch gegenüber den Organen der EU besser vertreten. Die europäischen Kommunalverbände haben erkannt, dass, trotz der starken Anziehungskraft der Metropolen für die Bürger des ländlichen Raumes, die lokale Ebene in vielen Politikbereichen entscheidend ist. Demzufolge hat diese Konferenz in Rheine sich als Ziel gesetzt, nicht nur die Rolle der Kommunen im Europäischen Einigungsprozess zu behandeln, sondern auch die Weiterentwicklung kommunaler Netzwerke in Europa und den Austausch von Erfahrungen in

Die kleinen Gemeinden müssen ihre Interessen selber wahrnehmen, damit sie auf europäischer Ebene besser vertreten werden.

Dr. Robert Hink, Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes



der Kommunalwirtschaft fortzusetzen.

Inhaltlich haben die Referenten aus den verschiedenen europäischen Kommunalverbänden sich mit der Kommunalwirtschaft und den Kommunen in Europa (insbesondere zur Energie- und Klimapolitik), mit den Problemen der Migration und der Integration, aber auch mit der Zukunft der EU-Kohäsionspolitik im Kontext der territorialen Kohäsion und der Stadtentwicklung auseinandergesetzt.

Robert Hink vom Österreichischen Gemeindebund hat einen Vortrag über den Nutzen der kommunalen Netzwerke in Europa für die Gemeinden und die Bürgerschaft gehalten. Vor allem die kleinen Gemeinden müssen demnach ihre Interessen selber wahrnehmen, damit sie auf europäischer Ebene besser vertreten werden. Gegenüber der aktuellen Finanzkrise und der zunehmende Migration der Bevölkerung in Richtung der Großstädte und der Metropolen ist es für den Gemeindebund unentbehrlich, dass die Kommunen transnationale Netzwerke bil-

den, um sich bei den nationalen Ministerien sowie bei den EU-Institutionen ausreichend Gehör zu verschaffen.

Bgm. Erwin Mohr (AdR) leitete ein Panel aus Experten zum Thema Kommunalwirtschaft in Europa, während deren Diskussion sich vor allem herausgestellt hat, dass die Gemeinden in der Klimapolitik sowie bei der Erreichung der 20-20-20-Energieziele der Europäischen Kommission einen großen Beitrag leisten und zugleich eine Vorbildrolle einnehmen können.

## Animiert Bürger zur Wahl zum Europaparlament

Das Thema „Europawahlen 2009“ war während der Konferenz immer wieder in den Fokus der Diskussionen gestellt worden. Die Teilnehmer waren sich alle einig, dass die Gemeinden gegenüber den anderen Institutionen über das größte Vertrau-

Im territorialen Kräftespiel Europas sind die kleinen und mittleren Städte und Gemeinden fundamental und haben eine unumstrittene Legitimität.

en verfügen und sie das beste Bindeglied zwischen den Bürgern Europas und der Europäischen Union darstellen.

Im territorialen Kräftespiel Europas sind die kleinen und mittleren Städte und Gemeinden fundamental und haben eine unumstrittene Legitimität. Durch ihre Bürgernähe sind sie der erste Ansprechpartner der Menschen. Sie sind dementsprechend unabdingbar für die europäische Integration, denn sie tragen dazu bei, Europa und die Bürger einander näherzubringen.



EU-Kommissarin Danuta Hübner: Österreich-Fan, zuständig für Regionalpolitik

# Am wichtigsten ist es, Europa den Menschen nahe zu bringen

Danuta Hübner ist als Kommissarin für EU-Regionalpolitik eine der bedeutendsten Akteure auf europäischer Ebene. Im Interview erzählt sie, dass Österreich durch die Förderungen rund 9000 Projekte realisiert hat und die Hebelwirkung besonders groß ist, weil die EU-Finanzierung hier häufig nur eine kleine, aber entscheidende Finanzierungslücke schließt.

**Frau Kommissarin, Sie sind seit 2004 in der Kommission sehr erfolgreich tätig für die Regionen Europas. Welche Ziele verfolgen Sie als Kommissarin für EU-Regionalpolitik? Kennen Sie aus Ihrer Tätigkeit Österreich und seine Regionen?**

**Danuta Hübner:** Wir müssen zunächst dafür sorgen, dass die doch erheblichen Mittel, die im EU-Haushalt für Regionalpolitik vorgesehen sind, so wirksam wie möglich bei den Menschen in Europa ankommen. Das geht natür-

tionen der EU mindestens einmal während der fünfjährigen Amtszeit der aktuellen Kommission zu besuchen. Laut Planung sollte ich dies in der verbleibenden Zeit noch schaffen.

Ich habe übrigens schon allen Regionen in Österreich einen offiziellen Besuch abgestattet, bis auf Salzburg und Kärnten, doch das plane ich für diesen Sommer.

Was mich da beeindruckt hat war, wie gut Strukturförderung in Österreich organisiert ist. Wie kaum ein anderes Land hat Österreich nach seinem Beitritt schnell gelernt, solide und effiziente Kontroll- und Managementstrukturen für die europäische Förderung aufzubauen.

**Uns würde interessieren, wie viele Projekte in Österreichs Regionen und Gemeinden in der Förderperiode 2000–2006 von der EU dank der Strukturfonds unterstützt wurden. Vielleicht könnten Sie uns dazu einige Fakten und Zahlen nennen?**

Österreich hat im Rahmen der neun regionalen Programme in der Periode 2000–2006 so 8000 bis 9000 Projekte realisiert. Das Interessante ist, dass die EU durch die insgesamt rund 900 Millionen Euro Finanzierung aus dem EU-Budget Gesamtausgaben für Projekte in einem Volumen von rund sechs Milliarden Euro durch private, regionale und nationale Ko-Finanzierung mobilisieren konnte. Diese Hebelwir-

kung ist in Österreich besonders groß, weil EU-Finanzierung hier häufig nur eine kleine, aber entscheidende Finanzierungslücke schließt, vor allem für innovative Projekte. Im Bereich Forschung und Entwicklung wurden allein mehr als 900 einzelne Projekte umgesetzt. Davon betrafen rund 90 Projekte Gründer-, Technologie- und Forschungszentren, weitere 1800 betrafen Betriebserweiterungen, -modernisierungen und -ansiedlungen und knapp 300 Unternehmensneugründungen. Wir schätzen, dass in Österreich damit in der letzten Förderperiode von 2000 bis 2006 um die 25.000 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden.

**Sie kennen die EU-Regionen und zahlreiche Projekte wirklich sehr gut. Sind Ihnen besonders bemerkenswerte oder Vorzeige-Projekte in Österreich in Erinnerung geblieben?**

Da gibt es zahlreichen Projekte, die mich sehr beeindruckt haben. So ad hoc fällt mir insbesondere das regionale Innovationszentrum in Krems in Niederösterreich, das Gründer- und Servicezentrum in Fürstenfeld in der Steiermark, erneuerbare Energieprojekte in Güssing im Burgenland und das Forschungszentrum für nutzerzentrierte Technologien in Dornbirn ein. Letzteres habe ich erst heuer im Jänner anlässlich meines Besuches im Vorarlberg besichtigt.

**Obwohl Österreich zu den kleinen Mitgliedsländern zählt, wie weitgreifend und wichtig ist der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der politischen Gestaltung der EU?**

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sind eine treibende Kraft. Dank ihrer Bürgernähe werden sie auch immer wichtiger in der politischen Gestaltung der Europäischen Union.

Österreich hat in der Periode 2000–2006 so 8000 bis 9000 Projekte realisiert: EU-Förderung 900 Millionen Euro, Investitionen rund sechs Milliarden, rund 25.000 Arbeitsplätze wurden neu geschaffen.

Danuta Hübner über Fakten und Auswirkungen des EU-Strukturfonds



Foto: © European Communities, 2009

lich nur, wenn wir eng mit den nationalen und regionalen Behörden und Menschen vor Ort in Europa zusammenarbeiten. Als Kommissarin für Regionalpolitik besteht ein großer Teil meiner Arbeit darin, in ganz Europa Projekte zu besuchen und Menschen zu treffen, die diese Projekte verwirklichen. Ich nutze jede Gelegenheit, Diskussion und Dialog über europäische Themen zu führen und so das Bewusstsein für die Bedeutung der EU zu schaffen. Eines meiner Ziele als Kommissarin für Regionalpolitik ist es, jede einzelne der 254 Re-

Am 6. und 7. März hat in Prag das europäische Gipfeltreffen der Regionen und Städte stattgefunden. Mehr als 500 gewählte Repräsentanten der europäischen Regionen und Kommunen haben dort ihre Standpunkte ausgetauscht. Die Themen der Diskussion waren vor allem die aktuelle Wirtschaft- und Finanzkrise, die europäische Strategie für Wachstum und Beschäftigung sowie die Sicherung des territorialen Zusammenhalts.

Schon im Februar hatten wir in Brüssel die Konferenz der „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ organisiert. Die Aktivitäten der Netzwerke dieser Initiative finden im Rahmen der territorialen Zusammenarbeit statt. Seit 2006 sind 30 Themen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Erneuerung mit finanzieller Beteiligung der Europäischen Union vorangetrieben worden. In einer ersten Auswahlrunde wurden im letzten Jahr 60 Netzwerke offiziell anerkannt. Ein Beispiel für ein solches Netzwerk ist die ERIC ACTION, die sich der Verbesserung der Innovationskraft bestehender Unternehmen widmet und Anfang Mai in Niederösterreich tagen wird.

**Österreichische Kommunen haben zahlreiche Gemeindepartnerschaften mit Kommunen in ganz Europa. Welche Bedeutung haben solche Partnerschaften aus Ihrer Sicht?**

Gemeindepartnerschaften tragen dazu bei, das sich unsere Bürger als echte Europäer fühlen. Sie tragen auch dazu bei, den Menschen in Europa Toleranz, gegenseitiges Verständnis und ein Be-

wusstsein für eine gemeinsame europäische Identität entstehen zu lassen. Seit 1989 werden Gemeinde- und Städtepartnerschaften von der Europäischen Union unterstützt. Im Rahmen des Aktionsprogramms

„Europa für Bürgerinnen und Bürger 2007–2013“ fördert die Union die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am europäischen Dialog. Das Programm ist mit einem Budget von 215 Millionen Euro ausgestattet. Die Fördermittel stehen allen offen, die eine aktive europäische Identität fördern.

Am wichtigsten ist es doch, Europa den Menschen näher zu bringen durch das Zusammenwirken von Bürgern und Organisationen der Zivilgesellschaft, und hierfür sind die Gemeinden ein idealer Vermittler.

**Die EU hat Klimaschutz und Schaffung von Arbeitsplätzen ganz oben auf der Tagesordnung. Welche Rolle können hier Kommunen und Regionen übernehmen?**

Die Regionen und Kommunen zählen zu den Hauptakteuren der Förderprogramme des Regional- und Sozialfonds. Österreich ist ein Bundesstaat, und so wurden hier für die Durchführung des Regionalfonds die Verwaltungen der Länder beauftragt. Diese bedienen sich häufig untergeordneter, lokaler Strukturen, um einzelne Projekte so effizient wie möglich umzusetzen.

Die Kommission befasst sich gerade mit einer Studie über das Burgenland als einer Modellregion für erneuerbare Energien.

Hübner über die Rolle der Kommunen und Regionen beim Klimaschutz



Foto: © European Communities, 2009

Die Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten erneuerbarer Energien und die Verringerung der Treibhausgase gehören durchweg zu den Zielindikatoren unserer Programme, und wir begleiten zusammen mit den österreichischen Behörden genau deren Fortschritte auch auf dem Gebiet „Klimaschutz“.

Die Kommission befasst sich gerade mit einer Studie über das Burgenland als einer Modellregion für erneuerbare Energien. Hier konnte die konzentrierte Förderung europäischer Kohäsionspolitik sehr entscheidend die Weichen für einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien stellen. Vor allem in den Bereichen Biomasse, Photovoltaik und Windkraft konnte der Europäische Regionalfonds zum richtigen Zeitpunkt die Finanzierungslücke schließen. Hier spielten übrigens auch die Kommunen als Wegbereiter und Gestalter des öffentlichen Meinungsbildes eine ganz entscheidende Rolle.

**Eine letzte Frage noch: Sie sind dem Vernehmen nach begeisterte Schifahrerin. Haben Sie schon einmal die Gelegenheit gehabt, die österreichischen Berge im Winter zu entdecken?**

Nicht nur einmal. Ich fahre mein Leben lang Ski und in den letzten Jahren ausschließlich in Österreich; zwei Wochen pro Saison. Bisher war ich Stammkundin in Tirol, oft in Ischgl, aber auch in Sölden und Kitzbühel. Auch in Salzburg bin ich bereits schigefahren, beispielsweise im Gasteinertal. Heuer war ich erstmals in Hermagor in Kärnten, einem fantastischen Skigebiet, in das ich sicherlich wieder zurückkehren werde. Vom Schifahren in Vorarlberg hat man mir viel Gutes berichtet. Ich hoffe, dass sich eine Gelegenheit bietet, das auszuprobieren.



EU-Kommissarin Danuta Hübner bei ihrem Vorarlberg-Besuch im Jänner mit den Europadelegierten des Gemeindebundes, Vizebürgermeisterin Marianne Fühl und Bürgermeister Erwin Mohr.

AdR: Bürgermeister sollen sich stärker für Europawahl einsetzen

# Debatte über Europa in jede Stadt und jede Gemeinde tragen

Der Ausschuss der Regionen (AdR) ruft alle regionalen und lokalen Mandatsträger in Europa auf, die Bürger über die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni zu informieren.

Der Präsident des AdR, Luc Van den Brande, hat dazu zusammen mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Dr. Hans-Gert Pöttering, einen offenen Brief an die regional und lokal gewählten Abgeordneten gerichtet.

In dem offenen Brief, der in Österreich mit der Bitte um Veröffentlichung an den Gemeinde- und Städtebund sowie an alle Bundesländer gerichtet ist, ersuchen Pöttering und Van den Brande, die Bürger konkret vor Ort über die bevorstehenden Europawahlen zu informieren. „Wir sind davon überzeugt, dass es uns mit Ihnen zusammen gelingen wird, die Debatte über Europa in jede Stadt und in jede Gemeinde zu tragen, damit unsere Bürgerinnen und Bürger wählen gehen“. so Pöttering und Van den Brande. Der Präsident des AdR unterstreicht: „Wir wissen, dass die Bürger den regionalen und lokalen Politikern vertrauen. Um eine starke Rolle in der Friedenssicherung und für die wirtschaftliche und soziale Stabilität spielen zu können, braucht Europa das Vertrauen und die Unterstützung der Bürger. Deshalb müssen wir die Regionen und Kommunen stärker mit Europa verbinden.“

Der Vorsitzende der österreichischen Delegation im Ausschuss der Regionen, der Tiroler Landtagspräsident DDr. Herwig Van Staa, betont: „Europas Demokratiedefizit wird immer wieder beklagt. Manchmal zu Recht, immer dann, wenn europäische Entscheidungen nicht genug auf die nationalen, regionalen und



59 Prozent aller europäischen Bürger wünschen sich, dass regionale und lokale Gebietskörperschaften in Europa stärker gehört werden. In Österreich liegt dieser Wert sogar bei 62 Prozent.

lokalen Belange eingehen. Oft ist diese Diskussion aber auch nur ein schnelles und einfaches Argument gegen Europa. Die Europawahlen am 7. Juni sind die beste Möglichkeit, das einzige direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Organ der Europäischen Union zu stärken. Wir, die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, können mit unserer Stimme bei dieser Wahl Europas politischen Kurs beeinflussen.“

Die österreichischen Mitglieder im AdR haben sich dem Aufruf Pötterings und Van den Brandes

angeschlossen. In Videobotschaften auf der Internetseite des AdR und im Youtube-Kanal des AdR rufen zusammen mit weiteren 50 Regionalpolitikern Europas auch der Wiener Bürgermeister Dr. Michael Häupl und der oberösterreichische Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer zur Beteiligung an der Europawahl auf.

**Hintergrundinformation:** In einer Eurobarometerumfrage, bei der 26.618 Europäer befragt wurden, zu welcher Regierungsebene sie das meiste Vertrauen hätten, nannten 50 Prozent die regionale und lokale Ebene, 47 Prozent die EU und lediglich 34 Prozent die nationale Regierung. In Österreich lagen die Länder, Gemeinden und Städte sogar bei 67 Prozent, die Bundesregierung bei 50 Prozent. Der EU vertrauen 42 Prozent der Österreicher, ein Wert, der während der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich angestiegen ist. 59 Prozent aller europäischen Bürger wünschen sich, dass regionale und lokale Gebietskörperschaften in Europa stärker gehört werden. In Österreich liegt dieser Wert sogar bei 62 Prozent. 38 Prozent der Österreicher kennen den EU-Ausschuss der Regionen. Dies ist der höchste Wert in ganz Europa.

## Infos aus erster Hand

Diese Seite ist gestaltet und autorisiert durch:

EUROPÄISCHE UNION



Ausschuss der Regionen

Rue Belliard 101,  
B-1040 Brüssel  
Tel: 0032/2/282 2211  
Fax: 0032/2/ 282 2325  
Web: [www.cor.europa.eu](http://www.cor.europa.eu)





Ein gut funktionierendes System von öffentlichen Dienstleistungen – etwa öffentlicher Nahverkehr, Wasserversorgung, Müllabfuhr, soziale Dienste und Gesundheitsleistungen – ist eine der großen Stärken und Säulen des europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodells.

Eine Sicherstellung der öffentlichen Dienstleistungen ist vorrangig

# „In unserem Europa steht der Mensch im Mittelpunkt“

Die SPÖ hat drei Prioritäten, was die Unterstützung der Regionen und Gemeinden betrifft: Die Sicherstellung der öffentlichen Dienstleistungen, eine gerechte Verteilung der EU-Fördermittel und den Ausbau der Infrastruktur.

Hannes Swoboda

Die EU ist angesichts der Wirtschaftskrise gefordert wie noch nie. Nie wurde so deutlich, dass ihr wirtschaftliches Potenzial nur durch ein gemeinsames politisches Handeln gegen die Krise in Stellung gebracht werden kann. Die SozialdemokratInnen stehen für ein Europa, in dem die Bürgerinnen und Bürger, Mitgliedstaaten und Institutionen zusammenarbeiten, um eine Lösung für die Anliegen der Menschen Europas zu finden. Ein Europa, in dem die Bevölkerung dem Markt überlassen bleibt, lehnen wir entschieden ab. In unserem Europa steht der Mensch im Mittelpunkt! Ein gut funktionierendes System von öffentlichen Dienstleistungen – etwa öffentlicher Nahverkehr, Wasserversorgung, Müllabfuhr, soziale Dienste und Gesundheitsleistungen – ist eine der großen Stärken und Säulen des europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodells. Unterschiedliche nationale Erfahrungen haben gezeigt, dass kurzfristige Liberalisierungsmaßnahmen und Privati-

Wir schlagen vor, einen klaren europäischen Rechtsrahmen für öffentliche Dienstleistungen einzurichten, der den universellen und gleichberechtigten Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger, die hohe Qualität, lokale Autonomie und Transparenz bei öffentlichen Dienstleistungen garantiert und die Definitionshoheit der EU-Mitgliedstaaten wahrt.

sierungen hier schweren sozialen und wirtschaftlichen Schaden verursachen können. Wir schlagen vor, einen klaren europäischen Rechtsrahmen für öffentliche Dienstleistungen einzurichten, der den universellen und gleichberechtigten Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger, die hohe Qualität, lokale Autonomie und Transparenz bei öffentlichen Dienstleistungen garantiert und die Definitionshoheit der EU-Mitgliedstaaten wahrt.



Foto: SPÖ

Hannes Swoboda ist für die SPÖ Vizepräsident der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament

## Regionen: Solidarität und Zusammenarbeit

Eine gerechte Verteilung der EU-Fördermittel zur Angleichung des Wohlstandes ist eine tragende

Säule der EU. Erfolgreiche Regionalpolitik hat direkte und für die BürgerInnen auf nationaler, lokaler und regionaler Ebene sichtbare Auswirkungen. Zahlreiche Verbesserungen im Regionalentwicklungs-, Sozial- und Kohäsionsfonds konnten in der vergangenen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments erreicht werden.

Unser Ziel war es, neue Regeln für die Fonds zu schaffen, die auf Erfahrungen basieren und den Anforderungen durch die EU-Erweiterungen gerecht werden. Unsere Politik setzt auf die Prinzipien Solidarität und soziale Gerechtigkeit, und wir sind überzeugt, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von europäischen Regionen einen Mehrwert für uns alle schafft. Eine zielgerichtete Förderung von strukturschwachen Gebieten muss künftig auch Menschen in Randlagen den Zugang zu Arbeit, Bildung und Gesundheitseinrichtungen erleichtern.

## Verbesserung der Infrastruktur

Ein Ausbau Europas wichtigster Verkehrsverbindungen (TEN) ist aus unserer Sicht ebenfalls vorrangig. Daher haben wir uns für möglichst hohe Zuschüsse aus dem EU-Budget für entsprechende Verkehrs-Infrastrukturprojekte ausgesprochen.



Außenminister Michael Spindelegger auf Zuhörtour durch Österreich

# Die Gemeinden sind das natürliche Herzstück Europas

Wozu brauchen wir Europa, fragen sich heute viele Menschen. Was bringt uns die EU? Können wir Österreicher uns überhaupt Gehör verschaffen und unsere Anliegen in Brüssel durchsetzen? Die Welt rückt immer näher zusammen, gleichzeitig wenden die Menschen den Blick nach innen.

## Wo drückt der „europäische Schuh?“

Um herauszufinden, wo der der „europäische Schuh“ drückt, unternimmt Außenminister Dr. Michael Spindelegger derzeit eine „Zuhörtour“ quer durch Österreich und diskutiert und redet mit den Menschen an verschiedenen Schauplätzen.

„Bürgermeister, Gemeinderäte und Mandatäre sind Meinungsbildner und Multiplikatoren von unschätzbarem Wert.“

Dr. Michael Spindelegger, Außenminister

## Europa fängt in den Gemeinden an

Aus Umfragen wissen wir, dass 60 Prozent der Bürger eine stärkere Einbindung der lokalen und regionalen Ebene an der EU-Politik wünschen. Es braucht mehr an Bürgernähe und „Subsidiarität“, dann werden die Entscheidungen der EU auch verstanden und mitgetragen.

## Bürgermeister unverzichtbare Multiplikatoren

2357 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Österreich sind – zusammen mit rund 40.000

Gemeinderäten und Mandatären – Meinungsbildner und „Multiplikatoren“ von unschätz-

## Fact-Box

### Für Österreich sichergestellt

- ▶ Kein Ausverkauf des Wassers – wir bestimmen auch in Zukunft alleine über die Bewirtschaftung unseres Wassers.
- ▶ Keine Atomenergie – auch in Zukunft entscheiden wir selbst über die Wahl unseres Energieträgers.
- ▶ Unsere Neutralität bleibt unberührt. Österreich kann nicht zur Teilnahme an militärischen Aktionen verpflichtet werden.
- ▶ Genprodukte dürfen auch weiterhin nicht in Österreich angebaut werden.





barem Wert. Ihr Beitrag ist unverzichtbar, und sie müssen in Zukunft in der EU-Politik stärker eingebunden werden. Heute sind bereits 70 Prozent der in Brüssel getroffenen Beschlüsse letztlich auf Gemeindeebene umzusetzen.

Es muss uns bewusst sein, dass wir uns in jeder Hinsicht „mitten in Europa befinden“.

Österreich wurden seit dem Beitritt 1995 mehr als 20.000 EU-Projekte in den Regionen durchgeführt; statistisch entfallen damit auf jede österreichische Gemeinde zehn von der EU geförderte Projekte. Damit wird sichtbar, dass die EU ganz konkret vor Ort etwas bewegt.

„Europa gehört nicht den Politikern, Europa gehört allen. Die Europäische Union braucht Menschen, die sich interessieren und am Geschehen Anteil nehmen.“

Dr. Michael Spindelegger,  
Außenminister

## 20.000 geförderte EU-Projekte in Österreich

Im Jahr der Europawahlen wäre es eine Chance, darzustellen, wie viele Projekte durch eine finanzielle Unterstützung aus Brüssel möglich gemacht worden sind. In

### Information

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten  
Presseabteilung  
Tel.: 050 1150-3262, 4549, 4550  
Fax: 050 1159-213  
[abt13@bmeia.gv.at](mailto:abt13@bmeia.gv.at)  
[www.bmeia.gv.at](http://www.bmeia.gv.at)

## Fact-Box

### Wussten sie, dass ...

- ▶ ... Österreich mehr Käse exportiert als die Schweiz?
- ▶ ... die offizielle Hymne der EU aus Beethovens 9. Symphonie in Wien komponiert wurde und vom österreichischen Dirigenten Herbert von Karajan als Europahymne ausgewählt wurde?
- ▶ ... die Euro-Banknoten von einem Österreicher, nämlich Robert Kalina, kreiert wurden?
- ▶ ... es in der EU mehr Handys als Menschen gibt und die EU grenzüberschreitende Telefonate billiger gemacht hat?
- ▶ ... durch den EU-Beitritt in Österreich mehr als 150.000 neue Jobs geschaffen wurden?
- ▶ ... es eine einheitliche europäische Notrufnummer 112 gibt? Egal, in welchem Land der EU man sich befindet?  
Um den Notdienst zu rufen, wählt man eine kostenlose Nummer, die 112.
- ▶ ... die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet sind, allen EU-Bürgern wie ihren eigenen Staatsbürgern zu helfen?  
Sollte man Hilfe in einem Land brauchen, in dem Österreich nicht durch eine Botschaft vertreten ist, kann man sich an die Vertretung eines anderen EU-Landes wenden.



Die Ereignisdokumentation im Digitalen Wildbach- und Lawinenkataster

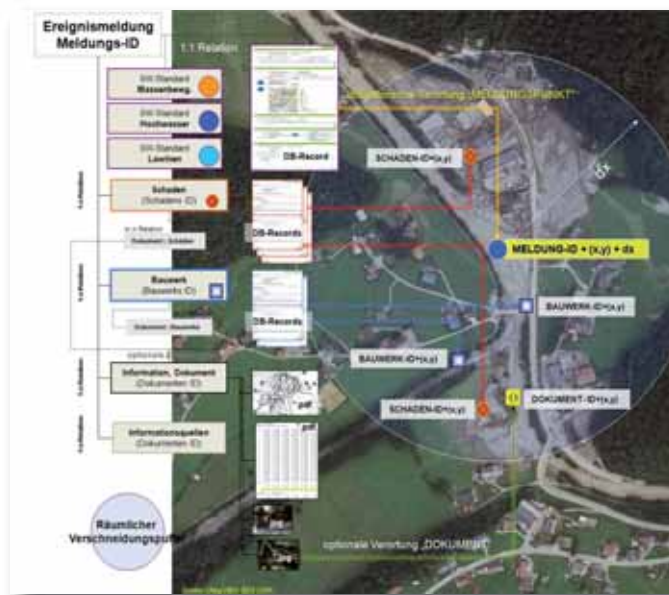
# Schutz der Bevölkerung hat existenzielle Bedeutung

Naturkatastrophen beeinflussen nachhaltig und oft irreversibel das tägliche Leben im Alpenraum. Die Dokumentation von Naturgefahrenphänomenen bildet einen wesentlichen Baustein bei der Bekämpfung und Vorhersage von Katastrophen.

Erhöhte Inanspruchnahme von Grund und Boden, rasant wachsender Siedlungsdruck und eine Überlagerung teils im Widerspruch zueinander stehender Nutzungsanforderungen haben den alpinen Lebensraum zunehmend in den unmittelbaren Wirkungsbereich von Lawinen, Hochwässern und gefährlichen Massenbewegungen gerückt. Aus

In einem weiteren Schritt soll die Einbindung der kommunalen Ebene ... einen möglichst umfassenden Informationsverbund ... schaffen.

Sicht der Verantwortungsträger kommt dem Anspruch der Bevölkerung nach Schutz vor Naturgefahren – nicht zuletzt im Zusammenhang mit jüngsten Katastrophenereignissen und im Kontext eines stetigen Klimawandels – immer mehr existenzielle Bedeutung zu. Die Dokumentation von Naturgefahrenphänomenen bildet einen wesentlichen Baustein bei der Bekämpfung und Vorhersage von



Informationsstruktur der digitalen Ereignisdokumentation. Quelle: Digitaler Wildbach- und Lawinenkataster des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung. Orthofotoquelle: Landesregierung Vorarlberg (Hochwasserbefliegung 2005).

Katastrophen. Damit ist sie auch ein unverzichtbarer Bestandteil der Entwicklung von Schutzstrategien im Rahmen eines umfassenden Risikomanagements. Aufbauend auf international anerkannten Erkenntnissen des Projektes DOMODIS (Documentation of Mountain Disasters) des ICSU-CDR und der IAG und gemeinsam mit verschiedenen Fachexpertengruppen wurde durch den Forsttechnischen Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung ein standardisiertes Werkzeug zur Erfassung und Sammlung von Ereignisinformationen im Rahmen des Digitalen Wildbach- und Lawinenkatasters konzipiert und entwickelt. Diese Entwicklung hat die Umstellung der bis dahin analog erfolgten Hochwasser- und Lawinenmeldungen auf eine digitale, internet-basierte Datenbankapplikation zum Ziel und ermöglicht in der Folge eine kartografische Ver-

schneidung und Bereitstellung der so gewonnenen Informationen. Als Voraussetzung dazu wurde eine Vereinheitlichung und Homogenisierung der Naturgefahren-dokumentation vorgenommen, die als allgemein gültiger Mindeststandard die Grundlage zur geordneten Informationserhebung bildet. Ziel ist eine bundesweite Sammlung und Bereitstellung von Informationen über Naturgefahrenereignisse. Aktuell werden in einem ersten Schritt all jene historischen Daten aufgearbei-

tet, die dem Forsttechnischen Dienst zur Verfügung stehen. Gleichzeitig werden auch aktuelle Ereignisse eingegeben, wobei auch einige Partnerinstitutionen verschiedener Bundesländer ihre Informationen gemeinschaftlich bereitstellen. In einem weiteren Schritt soll auch die Einbindung der kommunalen Ebene und der Katastrophenschutzorganisationen erfolgen, um so einen möglichst umfassenden Informationsverbund hinsichtlich der Gefährdung durch Naturgewalten zu schaffen.

Eine fundierte Ereignisdokumentation ist ein wichtiges Entscheidungsmittel für die Maßnahmen-setzung und trägt wesentlich zur Risikominimierung bei. Aus der Rückkoppelung über die Wirksamkeit bereits gesetzter Maßnahmen resultiert aber auch die Chance zur Evaluierung der getätigten Schutzleistungen und ermöglicht eine nachvollziehbare Einschätzung des Sicherheitsstatus für die Bevölkerung. Mehr Infos bei Dipl.-Ing. Ingo Schnetzer, Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, [ingo.schnetzer@die-wildbach.at](mailto:ingo.schnetzer@die-wildbach.at)

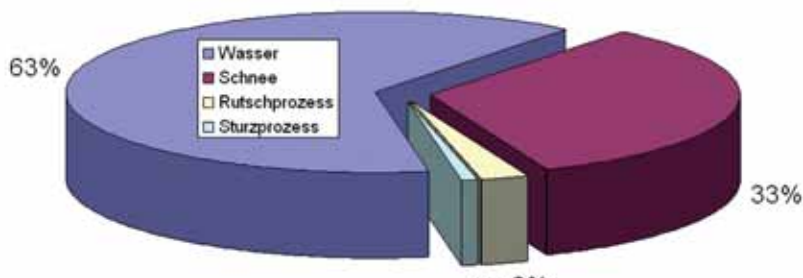
Die Funktion des Gefahrenzonenplans der WLK

## Basis für die Katastrophenstäbe

Der Gefahrenzonenplan der Wildbach- und Lawinenverbauung ist ein flächenhaftes Gutachten über die Gefährdung durch Wildbäche, Lawinen und Erosion in einer Gemeinde. Er unterstützt neben der Raumplanung auch die gesamte Sicherheitsplanung in einer Gemeinde. Unter Zugrundelegung eines Katastrophenereignisses mit einer Wiederkehrswahrscheinlichkeit von ca. 150 Jahren werden Rote und Gelbe Zonen (je nach Schadensintensität) ausgewiesen. Die Gefahr in der



Roten Zone ist so groß, dass ihre ständige Benützung für Siedlungs- und Verkehrszwecke nicht gegeben ist. Die Gefahrenzonen werden auf Katasterbasis mit einem Orthofoto als Hintergrund dargestellt. Die Überlagerung mit weiteren Layern ist möglich. Seit 2008 sind unsere GZP auch im digitalen Atlas des Landes (*Steiermark, Anm.*) für Jedermann einsichtbar. Der Einsatzstab und dessen Leiter (Bürgermeister, BH, Katastrophenschutzreferent, LWZ) erkennt damit die potentiell gefährdeten Bereiche. Er weiß, welche Einrichtungen (Objekte, Infrastrukturen, öffentliche Einrichtungen) im Katastrophenfall betroffen sein können. Die fachliche Lagebeurteilung bleibt jedenfalls bei der Wildbach- und Lawinenverbauung. Hierzu zählt insbesondere die Einschätzung der Entwicklung der Gefahrenlage unter Berücksichtigung der prognostizierten Wetterentwicklung. Mehr Infos auf [www.die-wildbach.at](http://www.die-wildbach.at)



Systematische Aufarbeitung von Ereignischroniken

## 30.000 Datensätze zur Analyse

Der Bedrohung von Lebensräumen durch alpine Naturgefahren wird durch geeignete präventive Schutzmaßnahmen entgegen getreten. Die Effizienz dieser Maßnahmen wurde dabei in den letzten Jahrzehnten stetig verbessert. Ein Grund dafür ist der mit den Ereignissen einhergehende Lernprozess der verantwortlichen Ingenieure und die damit verbundene systematische Dokumentation. Der Vorteil eines korrekten, über einen größeren Zeitraum dokumentierten Ereignisarchivs liegt einerseits in einer Art Beweisführung der Bedrohlichkeit wiederkehrender Ereignisse, andererseits bildet es die Grundlage für eine quantitative Frequenzanalyse als Bestandteil der Risikoanalyse für rezente Gefah-

renbeurteilungen.

Der Wildbach- und Lawinenkataster (WLK) des forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung bildet dabei das Fundament einer solchen korrekten Ereignisdatenbank in Österreich. Mit Stand Februar 2009 umfasst diese Datenbank bereits 21.000 Datensätze. Nach Abschluss der Arbeiten wird mit rund 30.000 Datensätzen gerechnet, die für Analysen zur Verfügung stehen.

Die Abbildung oben zeigt eine Aufteilung der Datensätze der vier westlichen Bundesländer nach den einzelnen Prozessklassen.

Mehr Infos bei Reinhold Totschnig und Johannes Hübl, [www.lebensministerium.at](http://www.lebensministerium.at)

Neue Broschüre: Leitfaden Radverkehrsförderung

## Großer Nutzen für Gemeinden

Das Lebensministerium forciert die Förderung des Radverkehrs in Österreich. Eine mobile Gesellschaft bedarf zukunftsweiser Mobilitätskonzepte und -maßnahmen. Zahlreiche Projekte und Maßnahmen in Österreich haben gezeigt, dass Radverkehrsförderung ein geeigneter Ansatz ist, nachhaltiges Verkehrsverhalten zu initiieren und zu erreichen. Im „Leitfaden Radverkehrsförderung“ geht es um den Ausbau des Radwegenetzes, innovative Parkmöglichkeiten, neue öf-

fentliche Verkehrsangebote, die Anschaffung von Dienstfahrrädern, die Einführung eines Mobilitätsmanagements, Verkehrsausbildung und Bewusstseins-

bildung. Erfolgreich umgesetzte Projekte zeigen nicht nur die Vielfalt der Maßnahmen zur Unterstützung einer radfahrfreundlichen Mobilität auf, sondern unterstreichen auch den Nutzen für Gemeinden, Schulen, Betriebe und



Tourismus. Der Leitfaden steht zum Gratis-Download auf [www.klimaaktiv.at](http://www.klimaaktiv.at)

Infos auf [www.lebensministerium.at](http://www.lebensministerium.at)

Zusätzliche Sommerferienbetreuung wird ausgezeichnet

# Kinderbetreuungspreis 2009

Gerade in den Ferien ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft besonders schwierig. Zusätzliche und bedarfsgerechte Angebote von öffentlicher und privater Hand sollen Eltern besonders in dieser Zeit gezielt unterstützen.

Der Kinderbetreuungspreis 2009 wird vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend in diesem Jahr bereits zum vierten Mal vergeben. Er soll das Entstehen weiterer Initiativen anregen und die besten davon auszeichnen und der Öffentlichkeit präsentieren. Für die besten 10 Angebote wird ein Preisgeld von insgesamt 12.500 Euro vergeben.

## Teilnahme

Es können bedarfsgerechte, flexible Kinderbetreuungsprojekte eingereicht werden. Sie müssen in den Sommerferien 2009 nachweislich, zusätzlich zu den bestehenden Betreuungszeiten, ein flexibles Angebot schaffen. Alle öffentlichen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen sowie in diesem Jahr auch erstmals Unternehmen sind eingeladen, ihre Projekte vorzustellen und damit am Wettbewerb teilzunehmen. Der Einreichschluss ist der 15. Mai 2009. Eine Fachjury wird die besten Projekte auswählen, und die Prämierung findet noch vor dem Beginn der Sommerferien statt. Alle Informationen bezüglich Einreichung sowie den Bewer-



Betriebliche Ferienbetreuung und betreute Ferien-camps, erweiterte Öffnungszeiten von bestehenden Einrichtungen sowie übergreifende Kooperationen mit anderen Kinderbetreuungseinrichtungen sind nur einige Beispiele für mögliche Projekte.

bungsbogen finden Sie auf  
[www.familienallianz.at](http://www.familienallianz.at)

Die Prämierung von besonderen Kinderbetreuungsangeboten soll ein Impuls für kreative und innovative Betreuungsansätze gerade in den Ferien sein.

Christine Marek,  
 Staatssekretärin im Bundesministerium  
 für Wirtschaft, Familie und Jugend



Wir laden alle Unternehmen und Kinderbetreuungseinrichtungen, die in den Sommerferien Zusatzangebote schaffen, herzlich zur Teilnahme ein.

Dr. Reinhold Mitterlehner,  
 Bundesminister für Wirtschaft,  
 Familie und Jugend

## Information

Preisgeld  
 1. Platz: 4500 Euro  
 2. Platz: 3000 Euro  
 3. Platz: 1500 Euro  
 4.–10. Platz: je 500 Euro

Einreichschluss: 15. Mai 2009

Alle Detailinformationen  
 unter [www.familienallianz.at](http://www.familienallianz.at)  
 Rückfragen an  
 Mag. Johanna Czech:  
[johanna.czech@familienallianz.at](mailto:johanna.czech@familienallianz.at)  
 01/218 50 70



Ein Bewegungsprogramm für Menschen 60 plus

# Jung. Alt. Werden.

Ab wann ist man zu alt, um mit Sport zu beginnen? Schadet Bewegung ab einem gewissen Alter mehr, als sie nützt? Finden Bewegungsprogramme bei älteren Menschen, die noch nie Sport betrieben haben, überhaupt Zuspruch? Das Projekt „Jung. Alt. Werden.“ zeigt, dass es nie zu spät ist, mit Sport zu beginnen.

„Vielen Seniorinnen und Senioren fehlt oft der Mut, sich sportlich zu betätigen und von sich aus einen Bewegungskurs zu besuchen“, erklärt Projektleiterin Mag. Maria Lengauer vom Allgemeinen Sportverband Österreich (ASVÖ), der das einjährige Projekt initiierte und gemeinsam mit der Sportunion Österreich umsetzte. Die Finanzierung erfolgte durch die Initiative „Fit für Österreich“, des Staatssekretariates für Sport sowie durch den Fonds Gesundes Österreich.

## Jung. Alt. Werden. – mit Motogeragogik

Am Beginn des Gemeinschaftsprojektes stand die Ausarbeitung eines Bewegungshandbuchs. Die Übungen sollten in erster Linie Spaß machen, die Gemeinschaft in der Gruppe fördern und ganz nebenbei die Teilnehmer/innen „in Bewegung brin-



Die angebotenen gesundheitsfördernden Aktivitäten umfassen u. a. Ernährungsberatung, Nordic Walking, Raucher/innen-Beratung durch die KGKK, Fit for Work im Fitnessstudio, Augentraining oder Burn-Out-Prophylaxe.

gungsangebote beschäftigt und auf die speziellen Bedürfnisse und Möglichkeiten älterer und älterer Menschen ausgerichtet ist. Mit vielen verschiedenen spielerischen Bewegungsangeboten wird die ganze Person bewegt und werden körperliche, emotionale und soziale Fähigkeiten aktiviert. Start der Jung. Alt. Werden.-Kurse war im September 2006. Insgesamt 25 Angebote wurden in den Bundesländern Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten, Steiermark und Salzburg ins Leben gerufen. Die Programme wurden von qualifizierten Übungsleiterinnen und Übungsleitern in Sportvereinen bzw. in Pensionistenheimen direkt vor Ort durchgeführt. Die Begeisterung der Teilnehmer/innen bewies, dass auch mit

hochbetagten Menschen ein Bewegungsprogramm möglich ist. So entdeckte etwa eine Gruppe von Heimbewohnerinnen/ Heimbewohnern – die meisten im Rollstuhl – die Freude am „Fußballspielen“, indem sie große Pezibälle mit den Füßen anstießen und in der Gruppe einander zuspielten.

Die Kursstunden fanden zweimal wöchentlich statt und brachten willkommene Abwechslung in den Heimalltag. „Die – vornehmlich weiblichen – Heimbewohner freuten sich auf den Kurs und vergaßen, trotz oftmaliger Demenzerkrankungen, auf keinen Termin. Zum Teil wurden sogar andere Mitbewohner/innen von den Teilnehmer/innen motiviert und angeleitet. Nach Berichten des Pflegepersonals entstanden neue soziale Kontakte und die Menschen wurden mobiler“, freut sich Mag. Maria Lengauer.

## Evaluation und Ergebnisse

Erste Ergebnisse des Evaluationsberichts der Universität Wien bestätigen diese Einschätzung. Untersucht wurde jeweils eine Bewegungsgruppe eines Pflegeheims in Wien und Linz sowie jeweils eine Kontrollgruppe, die nicht am Programm teilnahm. Für die Veränderung vom ersten zum zweiten Testzeitpunkt zeigte sich, dass die durchschnittliche Pflegestufe der Kontrollgruppe zunahm (um etwa eine halbe Stufe), während jene der Bewegungsgruppe fast unverändert blieb. Es darf also angenommen werden, dass die mit dem Alter fortschreitende Pflegebedürftigkeit durch die Teilnahme am Bewegungsprogramm verlangsamt werden konnte.

Die Kursstunden brachten willkommene Abwechslung in den Heimalltag. Es entstanden dabei neue soziale Kontakte und die Menschen wurden mobiler.

Mag. Maria Lengauer  
Projektleiterin „Jung.Alt.Werden.“



gen“. Bei der Entwicklung der Bewegungsinhalte wurden unter anderem Aspekte der Motogeragogik berücksichtigt. Motogeragogik ist ein ganzheitliches Konzept, das sich mit der Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung durch gezielte Bewe-

## Kontakt

ASVÖ-Wien  
Mag. Maria Lengauer –  
Projektleiterin  
Tel: 01/586 96 52-10  
[maria.lengauer@asvoe.at](mailto:maria.lengauer@asvoe.at)  
[www.jungaltwerden.at](http://www.jungaltwerden.at)

**CO<sub>2</sub>-Ausgleich:** Gründächer binden Kohlendioxid

## 15 Kilo CO<sub>2</sub>-Bindung pro Quadratmeter möglich

Pflanzen speichern CO<sub>2</sub>, das ist allseits bekannt. 15 Hektar verlieren Landwirtschaft und Natur in Österreich laut einer Studie der BOKU täglich an Bodenflächen für Siedlungs-, Industrie oder Verkehrszwecke. Auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz wirkt sich dieser Naturbodenverlust in Österreich äußerst negativ aus. Gründächer können als Ausgleichsmaßnahme den vielen schädlichen Auswirkungen

gen der Bebauung entgegenwirken. „Schon ein Hektar Ackerfläche speichert pro Jahr 15 Tonnen Kohlendioxid, ein Hektar Grünland sogar 24 Tonnen. Gründächer sind damit hoch klimawirksame Ausgleichsmaßnahmen“, betont Christian Oberbichler vom Verband für Bauwerksbegrünung (V.f.B.). Selbst bei der einfachsten Begrünungsform, einem extensiven Gründach, bindet ein



Gründächer wären ein gewichtiger Beitrag zur Erreichung des europäischen CO<sub>2</sub>-Reduktionszieles.

m<sup>2</sup> Grünfläche jährlich bis zu zehn Kilo Kohlendioxid. Bei Dachbegrünungen mit Sträuchern und Bäumen ist der Wert noch um etliches höher und steigt überdies stetig an. Extensivbegrünungen und Dachgärten auf

Industrie-, Wohn- und Bürobauten sind damit klimawirksame Ausgleichsmaßnahmen! Diese Chance bei Neubau, Umbau bzw. Sanierung von Gebäuden gilt es zu nutzen.  
[www.gruendach.at](http://www.gruendach.at)



Fahrradständer ja – aber bitte optisch ansprechend.

### **Kunst & Praxis:** Funktionalität kann auch schön sein

## Moderne und sichere Fahrradständer

Wer kennt sie nicht, die Felgenkiller in Spiralform, die zwar das Vorderrad vor Diebstahl schützen, den Rest aber oftmals nicht. Oder die wenig schönen Anlehnbügel, die zwar funktionell sind aber fürs Auge nichts hergeben.

Die Fahrradlehnenbügel von PRODUCT Spiel-Sport-Freizeit dagegen vereinen Funk-

tionalität, Sicherheit und Optik in beispielhafter Weise. Sie sind dank Großproduktion in Deutschland auch recht erschwinglich und in Edelstahl elektropoliert und in feuerverzinkter Stahlausführung (in allen RAL-Tönen pulverbeschichtbar) erhältlich.

Mehr Infos auf der Website [www.productssf.de](http://www.productssf.de)

### **Thermische Sanierung**

## Auch Vater Staat profitiert

Die thermische Sanierung ist eine große Chance für Hausbesitzer, die Umwelt und den Arbeitsmarkt, ist Generaldirektor Dr. Erich Rainbacher von der Raiffeisen Bausparkasse überzeugt. Ende März präsentierten Rainbacher und mehrere Vertreter der Bauwirtschaft die Initiative des Bundesregierung. Einhellig war man der Meinung, dass die Ankündigung der Minister Niki Berlakovich und Reinhold Mitterlehner Mitte März, ab 14. April 100 Millionen Euro Fördergelder in die thermische Sanierung zu stecken, dem Konjunkturabschwung wirksam entgegensteuert. Mehr Infos auf : [www.wohnbauspargen.at](http://www.wohnbauspargen.at) [www.styropor.at](http://www.styropor.at) [www.etics.at](http://www.etics.at) oder [www.baustoffindustrie.at](http://www.baustoffindustrie.at)

### **Klimaschutz-Wettbewerb**

## „Climate Star 2009“ gesucht

Sämtliche Gemeinden Österreichs sind eingeladen, sich beim europäischen Klimaschutz-Wettbewerb „Climate Star“ zu bewerben, der in diesem Jahr unter dem Motto „Auf kurzem Weg zum Klimaschutz“ steht. Bei diesem Event werden Städte und Gemeinden für ihre beispielhaften Klimaschutzprojekte vor den Vorhang gebeten. Einreichungen sind bis 15. Juni 2009 möglich. Mehr auf [www.klimabuendnis.org](http://www.klimabuendnis.org)

### **Europa & KMU:** 23 Millionen KMU in Europa

## EU-Hilfe bei Auslandsgeschäften

In der gegenwärtigen Rezession müssen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der Lage sein, ihre Marktchancen auch im Ausland zu nutzen. Es gibt in Europa über 23 Millionen KMU, doch nur drei Prozent von ihnen exportieren in Nicht-EU-Länder. Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen, Unternehmen und Industrie, und Kommissarin Catherine Ashton, Handelspolitik: „Von der Handelspolitik müssen Unternehmen jeder

Größe profitieren, auch kleine und mittlere Unternehmen, die den größten Teil unserer Wirtschaftsleistung erbringen. Wir müssen dafür sorgen, dass neue Geschäftsmöglichkeiten von KMU genutzt werden können.“ Mehr Infos auf <http://ec.europa.eu/enterprise>

Unbedingt NEUEN Fahnenmasten-Katalog anfordern!

[www.sonnleithner.at](http://www.sonnleithner.at) SONNLEITHNER

office@sonnleithner.at Tel. 07255 / 7311 Fax 07255 / 73116



**Neptun:** Hauptpreis an Linzer Wasserdienstleister

## Neptun Wassergala 2009 mit 2200 Beiträgen

Ende März wurde bereits zum sechsten Mal der Neptun Wasserpreis vergeben. Der Hauptpreis ging an die Wasserdienstleistungsgesellschaft Linz gemeinsam mit einigen öö. Gemeinden. „2200 Beiträge sind eingelangt und bewertet worden. Das Wasserversorgungsunternehmen Linz lässt durch ein einzigartiges Hilfsprogramm auch Menschen in anderen Ländern vom heimischen Wasserreichtum profitieren“, so Umweltminister Niki Berlakovich anlässlich der Preisverleihung. Das von der WDL Linz initiierte und gemeinsam mit



Foto: Hermann Maier

Das Siegerprojekt ist das Hilfsprogramm „Wassertropfen“. Es unterstützt in extremer Armut lebende Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.

der Caritas Oberösterreich und oberösterreichischen Gemeinden umgesetzte Hilfsprogramm „Wassertropfen“ unterstützt in extremer Armut lebende Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Innovativ ist insbesondere die Art der

Mittelgenerierung. Pro 1000 m<sup>3</sup> Wasser, das die WDL als Wasserversorger liefert, spendet das Unternehmen einen Euro an einen Hilfsfonds der Caritas. Einige Gemeinden beteiligen sich in gleichem Ausmaß. Mehr Infos auf [www.wasserpreis.info](http://www.wasserpreis.info)

**Kreativität:** Grau raus und Farbe rein in Tulln

## Schüler gestalten Bauzaun

Hauptplatz neu, das bedeutet für die Bürger und Gäste Tullns eine optische und funktionale Umgestaltung des Herzens der Stadt bis Dezember 2009. Bürgermeister Willi Stift: „In den zehn Monaten der Umgestaltung des Tullner Hauptplatzes schützt eine riesige Holzwand die Anrainer vor direkter Staub- und Lärmbelastung. Ein optisches

Schmuckstück ist sie natürlich nicht.“ Die Stadt lud Schulen ein, den Holzzaun zu bemalen. Farben und Getränke wurden beige stellt – das Interesse war überwältigend: Rund 340 Kinder aus 30 Klassen schmückten die Baustellenwand mit Malereien, Collagen und Graffiti und tragen so ihren Teil zur Verschönerung der Stadt bei.



Foto: Stadt Tulln

Eine funktionale Bauwand wurde in Tulln zum kleinen Kunstwerk.

**Europa:** Gemeinsame Agrarpolitik reduziert Verwaltung

## 25 Prozent Sparpotenzial erreichbar

Dank der bereits erzielten beträchtlichen Fortschritte bei der Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und anderer noch durchzuführender Maßnahmen ist die Kommission zuversichtlich, dass sie ihr Ziel der Reduzierung des sich aus der GAP ergebenden Verwaltungsaufwands um

25 Prozent bis 2012 erreichen wird. Ein neuer Bericht hebt eine Reihe von Maßnahmen hervor, um den Verwaltungsaufwand für Landwirte, Unternehmen des Lebensmittelsektors und Verwaltungen zu reduzieren.

<http://europa.eu/rapid/>

**Geschäftserfolg**

## Immorent um 6,9 Prozent gewachsen

Die Immorent AG legte kürzlich ihre Jahresergebnisse vor und bestätigt die positiven Erwartungen an den Leasingmarkt. So konnte 2008 eine Steigerung im Leasing-Neugeschäft um 6,9 Prozent verbucht und der Leasingbestand um 15,6 Prozent weiter ausgebaut werden. Mehr auf [www.immorent.com](http://www.immorent.com)

**Elektronischer Zustelldienst**

## Startschuss ist gefallen

Seit 13. März bietet das Bundesrechenzentrum die elektronische Zustellung von behördlichen Schriftstücken für Bürger und Unternehmen an. Als der IT-Dienstleister der Bundesverwaltung ist das BRZ bereits für die schriftliche Ausfertigung von Behördenbriefen der Ministerien und Bundesdienststellen zuständig. Nun besteht die Möglichkeit, diese behördlichen Schreiben beziehungsweise bestätigungspflichtige Sendungen elektronisch zu unterzeichnen. Registrierte Personen profitieren in erster Linie von der orts- und zeitungebundenen Zustellung. Außerdem entfallen zeitintensive Arbeitsschritte, wie das Einscannen von Unterlagen – der Empfänger kann die Bescheide einfach und unkompliziert in seiner privaten EDV speichern. Für die öffentliche Verwaltung ist die elektronische Zustellung ein weiterer Schritt Richtung medienbruchfreie Kommunikation zum Bürger. Mehr Infos auf [www.brz-zustelldienst.at](http://www.brz-zustelldienst.at)

**Nachhaltige Mobilität**

## VCÖ-Mobilitätspreis 2009

Der Start zum VCÖ-Mobilitätspreis 2009 ist ausgeschrieben: Österreichs größter Wettbewerb für nachhaltige Mobilität ist einem wichtigen Zukunftsthema gewidmet: Multimodalität. Es werden vorbildhafte Projekte und Initiativen zu einer besseren multimodalen Mobilität in Stadt und Land gesucht. Projekte können bis 15. Juni 2009 eingereicht werden. Nähere Infos unter [www.vcoe.at](http://www.vcoe.at)



KOMMUNAL-Leserbefragung 2009: Jetzt online

# Weil uns die Meinung unserer Leser wichtig ist

Im Auftrag von KOMMUNAL, dem offiziellen Organ des Österreichischen Gemeindebundes, führt das angesehene Marktforschungsinstitut EUROSEARCH derzeit eine Leserbefragung durch. Jetzt mitmachen auf

**[www.dialogumfrage.at](http://www.dialogumfrage.at)**

Das Fachmagazin KOMMUNAL ist permanent bemüht, einerseits den Wünschen der wichtigsten kommunalen Entscheidungsträger nach Information und Fachwissen gerecht zu werden und andererseits eine attraktive Drehscheibe zwischen den Auftraggebern in den Gemeinden und den Auftragnehmern aus der Wirtschaft zu sein. „Gerade als klarer Marktführer sind wir gefordert, immer nahe bei unseren Leserinnen und Lesern zu sein. Immerhin haben bei der letzten Umfrage stolze 83 Prozent unserer Leser gesagt, dass KOMMUNAL für sie einfach unverzichtbar ist. Genau so viele Leser bestätigen, dass sie die Themen und Inhalte des Magazins für ihre tägliche Arbeit in den Gemeinden brauchen“ zitieren die beiden KOMMUNAL-Geschäftsführer Walter und Michael Zipmer aus der letzten Leserbefragung im November 2007. Diese hohe Erwartungshaltung der Leser muss Monat für

Monat erfüllt

und ausgebaut werden und daher



Als klarer Marktführer sind wir gefordert, immer nahe bei unseren Leserinnen und Lesern zu sein. Immerhin ist KOMMUNAL für 83 Prozent unserer Leser einfach unverzichtbar.

Walter und Michael Zipmer, Geschäftsführer des Österreichischen Kommunalverlages

wird jetzt wieder eine aktuelle Leserbefragung durchgeführt.

## Jetzt online mitmachen

Im Auftrag von KOMMUNAL führt das renommierte Marktforschungsinstitut EUROSEARCH diese Befragung durch, die online abgewickelt wird. Auf der Internetseite **[www.dialogumfrage.at](http://www.dialogumfrage.at)** können Sie jetzt sofort an dieser Leserbefragung teilnehmen. Der Fragebogen wird etwa 14 Tage auf dieser Homepage stehen und kann in diesem Zeitraum beantwortet werden.

„Wir laden alle unsere Leserinnen und Leser sowie Partner aus der Wirtschaft ein, an dieser Umfrage teilzunehmen und uns ihre Meinung zu sagen. Das Zeugnis unserer Leser hat für uns starkes Gewicht und wir werden etwaige Anregungen und Verbesserungsvorschläge selbstverständlich prüfen und realisieren“ betonen Walter und Michael Zipmer. Bei der Befragung im November 2007 hat sich jedenfalls eindrucksvoll gezeigt, dass KOMMUNAL die unbestrittene Nummer 1 in Österreich ist. Abgefragt werden soll diesmal auch das Zusammenspiel zwischen dem Printmedium und dem Onlineauftritt, weil hier neue Möglichkeiten des Serviceangebots entstehen könnten.

## Erfolgsgeschichte fortsetzen

Als offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes kann KOMMUNAL auf einen hochkarätigen und kompetenten Redaktionsbeirat zurückgreifen, in dem neben den Experten des Österreichischen Gemeindebundes auch Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Bundesministerien sitzen und mitarbeiten. Weil genau diese Experten hautnah wissen, was in und für Österreichs Gemeinden läuft, kann KOMMUNAL exakt jene Themen bringen, die Österreichs Kommunalpolitikern unter den Nägeln brennen. Die beispiellose Erfolgsgeschichte von KOMMUNAL soll auch in Zukunft fortgesetzt werden – die Mitarbeit und Unterstützung der Leserinnen und Leser ist dabei besonders wichtig.

Die Leser von KOMMUNAL brauchen die Themen und Inhalte unseres Magazins für ihre tägliche Arbeit in den Gemeinden.





Jetzt mitmachen auf  
[www.dialogumfrage.at](http://www.dialogumfrage.at)



Das kommunale Auszeichnungswesen am Beispiel von 40 steirischen Gemeinden

# Ehrennadeln und Medaillen für Gemeinderäte

Im Mai 2008 fand auf der Burg Deutschlandsberg, der alten „Kienburg“, in der Weststeiermark die 9. internationale ordenskundliche Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Ordenskunde (ÖGO) statt. Das kommunale Auszeichnungswesen am Beispiel der 40 Gemeinden des Verwaltungsbezirks Deutschlandsberg unterstrich damals beispielhaft die Vielfalt kommunaler Ehrungen und die Bedeutung für das gesellschaftliche Leben in den Gemeinden.

Dr. Helmut-Theobald Müller

Im Bezirk Deutschlandsberg leben 61.500 Menschen auf einer Fläche von 863 km<sup>2</sup>. Tausende von ihnen sind etwa in den 40 Gemeinderäten, bei den 68 Freiwilligen Feuerwehren, beim Roten Kreuz, der Berg- und Naturwacht oder in den rund 900 Vereinen ehrenamtlich tätig und erbringen dort wertvolle – oft unbezahlbare – Leistungen für die Allgemeinheit. Um ihre Verdienste zu ehren, hat sich in der Region ein vielfältiges kommunales Auszeichnungswesen entwickelt.

Gestützt auf das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 28. Juni 1951, Zl. G2/51, V 8/51, demzufolge jene Gebietskörperschaft, der gemäß der österreichischen Bundesverfas-

sung die Zuständigkeit für eine (Rechts-)Materie zukommt, auch befugt ist, Auszeichnungen für Verdienste in diesem Bereich zu stiften und zu verleihen, sowie auf § 13 der Steiermärkischen Gemeindeordnung (*siehe Fact Box auf Seite 47*) haben die Gemeinden des Bezirks Deutschlandsberg zahlreich von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Fasst man die Gemeindeehrun- gen in einer Übersicht zusammen, so zeigt sich mit Stand April 2008, dass

- ▶ in allen 40 Gemeinden „Ehrenbürgerschaften“,
- ▶ in 29 Gemeinden

„Ehrenringe“,

- ▶ in 22 Gemeinden „Ehrennadeln“,
- ▶ in 5 Gemeinden „Ehrenurkunden“
- ▶ und in einer Gemeinde – der Bezirksstadt – auch ein „Ehrenzeichen“ (in Form einer Ehrennadel) sowie die „Bürgerschaft“ verliehen werden.

Überdies werden in 13 Gemeinden besondere „Ehregeschenke“ und „Ehregaben“ (wie Medaillen, Plaketten, Pokale, wächserne Gemeindewappen, Keramikeller und -vasen, Freund-







Dekoration der Bürger der Stadtgemeinde Deutschlandsberg, Brustdekoration, 77 x 77 mm, 79 Gramm, emailliert, vergolddet und versilbert.

schaftsbecher, Peters-Schlüssel, andere kunsthandwerkliche Gegenstände und Ähnliches) überreicht.

Drei Gemeinden verleihen nur die Ehrenbürgerschaft, weitere neun Gemeinden verleihen neben der Ehrenbürgerschaft ausschließlich den Ehrenring, noch drei Gemeinden stellen überdies Ehrenurkunden (Diplome) aus.

Alle übrigen Gemeinden verleihen insbesondere Ehrennadeln, die allesamt zeitlich nach den Ehrenbürgerschaften und Ehrenringen gestiftet wurden und diesen auch im Rang nachstehen:

- ▶ Zehn davon sind einklassig (gold oder silber)
- ▶ Sieben sind zweiklassig (gold und silber, einmal auch groß und mittel)
- ▶ Fünf sind dreiklassig (gold, silber und bronze).

Mit dieser Erweiterung der Auszeichnungspalette können seitens der Gemeinden auch jene Ver-

Mit der Erweiterung der Auszeichnungspalette können seitens der Gemeinden auch jene Verdienste geehrt werden, für die weder die Ehrenbürgerschaft noch der Ehrenring in Betracht gezogen werden (etwa besonderes und langjähriges Wirken von Gemeinderäten etc.).

dienste geehrt werden, für die weder die Ehrenbürgerschaft noch der Ehrenring in Betracht gezogen werden (etwa besonderes und langjähriges Wirken von Gemeinderäten, Gemeindebediensteten, Vereinsfunktionären oder Kommandanten sowie Angehörigen der Einsatzorganisationen).

### Die Ehrenbürgerschaften

Die Verleihungen der Ehrenbürgerschaft, als der höchsten Auszeichnung der Gemeinden, sind im Land Steiermark seit 1945 sehr gut – beinahe lückenlos – dokumentiert. Wertet man die 265 Verleihungen in unserem Bezirk (Stand März 2009) im Detail aus, so können die Geehrten in fünf Gruppen zusammengefasst werden.

- ▶ **Gemeindemandatäre (94 Verleihungen):** Langjährig aktive Bürgermeister und die Mehrzahl der Altbürgermeister (zusammen 71) bilden mit den (Alt-)Vizebürgermeistern, Gemeindegassierern und Gemeinderäten (zusammen 23) die größte Gruppe.
- ▶ **Mitglieder der Landesregierung (80 Verleihungen) und des Landtages (3 Verleihungen):** In der Steiermark sind der Landeshauptmann und sein Erster Stellvertreter traditionell auch die Gemeinde(ko)referenten, d. h. für die Vergabe der Bedarfszuweisungen an die Gemeinden zuständig, weshalb über 70 der Verleihungen den Inhabern dieser Regierungsfunktion zu Teil werden, um ihnen für die gewährten Förderung kommunaler Projekte zu danken und sie wohl auch zu weiterer Großzügigkeit zu verpflichten.
- ▶ **Vertreter der Beamtenschaft (31 Verleihungen):** Fast zwei Drittel davon entfallen auf meine Amtsvorgänger als Be-

zirkshauptleute, im verbleibenden Drittel sind hohe Landesbeamte stark vertreten, dreimal auch langgediente Gemeindeamtsleiter.

- ▶ **Wirtschaftstreibende und Großgrundbesitzer (22 Verleihungen):** Offenkundig werden diese als wichtige örtliche oder regionale Arbeitgeber oder für ihr finanzielles Engagement zum Wohle des Gemeinwesens und der Vereine geehrt.
- ▶ **Gemeindehonoratioren (35 Verleihungen):** Persönlichkeiten, die in den Gemeinden auf ein jahrzehntelanges, meist berufliches Wirken zurückblicken, wie Pfarrherren (14) und Schuldirektoren (7), seltener auch Ärzte (5), Landwirte (4), Künstler (3) oder Vereinsfunktionäre (2), bilden eine weitere Gruppe der Ehrenbürger.

### Ehrungen und Auszeichnung von Deutschlandsberg

Als typische Gemeindeehrunge möchte ich jene der Bezirksstadt exemplarisch näher vorstellen. Eine Beschreibung der Dekoration entfällt aus Platzgründen, diesbezüglich verweise ich auf die Abbildungen mit den Größen- und Gewichtsangaben.

#### ▶ Die Ehrenbürgerschaft (25 Verleihungen):

Deutschlandsberg verleiht seit dem dritten Viertel des 19. Jahrhunderts die Ehrenbürgerschaft als höchste Ehrung für außerordentliche Verdienste um das Gemeinwesen. Die ersten beiden Verleihungen erfolgten am 1. Jänner 1867 an die (ehemaligen) Bezirkshauptleute Ferdinand von Praunegger und Max Freiherrn von Washington. Mit der bislang letzten Verleihung wurde 1998 Altbürgermeister Ing. Hubert Zingler ausgezeichnet.

#### ▶ Der Ehrenring (19 Verleihungen):

Der Ehrenring wurde mit Gemeinderatsbeschluss vom 30. Juni 1964 gestiftet. Er kann für hervorragende kulturelle und soziale Leistungen und für außergewöhnliche Leistungen im Dienste der Stadtgemeinde verliehen werden. Er soll nur an

höchstens drei lebende Personen und darf an nicht mehr als fünf (seit 1996 sieben) lebende Personen verliehen werden.

Der erste Ehrenringträger war 1964 der Fürsorgerat Anton Felbinger, die bislang jüngste Trägerin ist seit 2003 die Finanzstadträtin a. D. und Bezirksvorsitzende der Volkshilfe, Hildegard Begander.

#### ▶ Das Ehrenzeichen (39 Verleihungen) und die Ehrennadel (17 Verleihungen):

Beide Auszeichnungen wurden mit Gemeinderatsbeschluss vom 2. April 1987 gestiftet. Das Ehrenzeichen kann für langjährige Verdienste zum Wohle der Stadt bzw. im Interesse der Öffentlichkeit verliehen werden.

Die erste Verleihung erfolgte 1988 an den langjährigen Obmann der Stadtkapelle Deutschlandsberg, Hans Ehgartner, die bislang letzte 2003 an Hofrat Dr. Friedrich Kaiser vom Bundesdenkmalamt in Wien.

Die Ehrennadel kann als spontaner Dank der Gemeinde für besondere Leistungen (wie Lebensrettungen, besondere sportliche Erfolge oder hervorragende Initiativen) verliehen werden.

Die erste Verleihung erfolgte 1989 an Hanns Probst, den Initiator der Weltradsportwoche, die bislang letzte 1999 an den praktischen Arzt Dr. Walter Zach.

#### ▶ Bürger der Stadt Deutschlandsberg (5 Verleihungen):

Diese Würde wurde mit Gemeinderatsbeschluss vom 22. Dezember 1994 gestiftet und wird mit einer Urkunde und mit einer sternförmigen Brustdekoration samt Miniaturnadel verliehen. Die erste Verleihung erfolgte 1994 an den Vorsitzenden des Bereichsvorstandes von Siemens-Matsushita, Klaus Ziegler, die bislang letzte 2003 an den Unternehmer Dipl.-Ing. Rainer Seidel.

### Straßenbenennungen

Überdies ehrt die Stadt Deutschlandsberg verdiente Persönlichkeiten durch Straßenbenennungen, wie „Dr.-Christoph-Klauser-



Kleines Bild oben rechts: Dekoration der Bürger der Stadtgemeinde Deutschlandsberg.

Kleines Bild oben links: Ehrennadel der Stadtgemeinde Deutschlandsberg, 18 mm Durchmesser, 6,5 Gramm, Silber vergoldet.

Großes Bild: Miniaturnadel zur Bürgerdekoration, 25 x 22 mm, 5,5 Gramm, vergoldet.

**Ideen Grafik & Kalligrafie Atelier**  
 Franz Wallner  
 A-3430 Tulln a.d.D., M. Wachberger-Str. 16  
 Tel. (+43) 0664/105 21 66 [www.urkunden-atelier.at](http://www.urkunden-atelier.at)

*Urkunden für jeden Anlass,  
 exklusiv und individuell*

*Gemälde-Kunstdrucke*

*Urkundenzubehör*



Weg“ (1996) oder „Ing.-Hubert-Zingler-Straße“ (1999).

### Gedanken zum Aussehen und zur Herstellung kommunaler Auszeichnungen

Die kommunalen Auszeichnungen reihen sich im Rang und im Aussehen hinter den Bundes- und Landesauszeichnungen ein und werden weit seltener verliehen als diese. Sie verzichten meist auf die traditionellen Formen der Orden, als Großkreuze (Schärpendekorationen), Hals- oder Brustkreuze (jeweils Kleinode am Hals- oder Dreiecksband) und sind bevorzugt als Ehrennadeln oder Medaillen gestaltet.

Wenn die Form eines „klassischen“ Ehrenzeichens als Brustdekoration am Dreiecksband ausgewählt wird, so greifen die Hersteller bisweilen auf vorhandene Werkzeuge (etwa für Landesauszeichnungen) zurück, um die geringen Stückzahlen zu vertretbaren Kosten produzieren zu können, variieren aber im Metall und den (Email-)Farben. Bei den Etais wird gleichfalls immer öfter auf eine individuelle Anfertigung verzichtet und auf Standardprodukte, die auch für Schmuck oder andere Abzeichen Verwendung finden, zurückgegriffen.

Die Ehrenringe sind gediegene Goldschmiedearbeiten und tragen grundsätzlich das Gemein-

**Weitblickende Gemeinderäte verleihen nur die erste Klasse der Ehrungen: die verdienten Auszeichnungen.**

dewappen; doch verleihen – präziser gesagt verliehen – in seltenen Fällen auch Gemeinden Ehrenringe, die (noch) kein Wappen führten. Auch Ehrennadeln werden zum Teil als Juweliersfertigungen in Gold oder Silber (vergoldet) ausgeführt. Die Ehrenbürgerurkunden (manchmal auch die Ehrenurkunden) waren vor dem EDV-Zeitalter kalligrafisch kunstvoll gestaltete Diplome in dekorativen Mappen. Immer öfter treten an ihre Stelle schlichte gerahmte Computerausdrucke, sodass hier erkennbar ein Tribut an die mo-



Urkunde und Ring für den Ehrenring der Stadtgemeinde Deutschlandsberg, verliehen an Dechant und Stadtpfarrer Konsistorialrat Johann Kollar im November 1993.

deren Technologien geleistet wird.

Aber: Auszeichnungen sind eben ein Spiegel ihrer Zeit, nicht nur was die Verdienste anlangt, für die sie verliehen werden, auch

was ihr Aussehen und die Herstellung betrifft. Wichtig ist vielmehr, dass würdige Persönlichkeiten geehrt werden und diese ihre Auszeichnungen mit Freude entgegennehmen und tragen.

Wie sagt doch ein altes Wortspiel: „Orden lassen sich in vier Klassen einteilen:

1) verdiente, 2) erdiente, 3) erdienerte und 4) erdinierte.“ Weitblickende Gemeinderäte verleihen nur die erste Klasse: die verdienten Auszeichnungen.

## Fact-Box

### Ehrungen durch die Gemeinde

#### § 13 Steiermärkische Gemeindeordnung 1967

(1) Der Gemeinderat kann Personen, die sich um die Gemeinde verdient gemacht haben, durch Ehrungen, wie Ehrenringe, Ehrenurkunden u. a., auszeichnen.

(2) Insbesondere kann der Gemeinderat Personen, die sich um die Gemeinde besonders verdient gemacht haben, zu Ehrenbürgern ernennen.

(3) Die Ehrungen begründen weder Sonderrechte noch Sonderpflichten. Sie können vom Gemeinderat mit Zweidrittelmehrheit widerrufen werden, wenn sich der Ausgezeichnete dieser Ehre durch sein Verhalten unwürdig erwiesen hat. Die Ernennung zum Ehrenbürger ist zu widerrufen, wenn der Ausgezeichnete wegen einer strafbaren Handlung, die nach der Gemeindegewahlordnung einen Wahlausschließungsgrund bildet, rechtskräftig verurteilt wurde.

durch Ehrenringe, Ehrenurkunden u. a. auszeichnen. Verdienste um das Land oder um den Bund reichen für Ehrungen nach diesem Gesetz nicht aus. Auch könnten Straßen, Plätze und Gebäude nach diesen Personen benannt werden.

Für besondere Verdienste um die Gemeinde kann der Gemeinderat das Ehrenbürgerrecht verleihen. Alle Ehrungen können sowohl österreichischen Staatsbürgern, EU-Bürgern als auch Ausländern zuteil werden.

Für Ehrungen genügt ein Gemeinderatsbeschluss mit einfacher Mehrheit; es sollte jedoch immer die Einstimmigkeit angestrebt werden. Die Ehrung ist zwar ihrem Wesen nach ein einseitiger Akt, doch empfiehlt es sich, vor der Beschlussfassung des Gemeinderates mit dem zu Ehrenden Fühlung zu nehmen, ob die Ehrung angenommen wird.

Sonderrechte oder Sonderpflichten werden durch diese Ehrungen nicht begründet.

Nur Personen, die sich um die Gemeinde verdient gemacht haben, kann der Gemeinderat



Helmut-Theobald Müller ist seit 13 Jahren Bezirkshauptmann von Deutschlandsberg (Steiermark)



Die Gedenkmedaille der Stadt Steyr mit dem Wapen.



Besonders exquisit: Eine Wiener Medaille mit Edelsteinen.

Die breite Palette der Münze Österreich garantiert, dass der Kreativität keine Grenzen gesetzt sind.

Medaillen, Abzeichen und Münzen – von der Münze Österreich

# Wir prägen Österreich

Die Münze Österreich prägt seit mehr als 800 Jahren Münzen und Medaillen – sie ist die offizielle Münzprägestätte Österreichs. Auch für die Gemeinden hat die Münze Österreich ein umfangreiches Angebot „auf Lager“.

Tradition, modernstes technisches Know-how und individuelle künstlerische Gestaltung ist jene ideale Mischung, aus der wir Ihre Medaillen und Auszeichnungen in den vielfältigsten Designs und Materialien anfertigen.

## Auszeichnungen/ Anlassmedaillen

Ob Medaillen, Orden oder Anstecknadeln, diese sollten dem Anlass gerecht werden, um so die Ausgezeichneten immer wieder an dieses Ereignis zu erinnern. Die verschiedensten Materialien, wie Bronze, Silber oder

Gold geben Ihnen hier zusätzliche Möglichkeiten der Differenzierung.

## Jubiläumsmedaillen

Feiert Ihre Gemeinde demnächst ein Jubiläum? Dann sollten Sie zu diesem großen Anlass mit einer schönen Medaille (die mit ihrem Nettoerlös des Verkaufs auch als Finanzierung dient) eine bleibende Erinnerung schaffen.

## Erinnerungsmedaillen

Gastfreundliche Aufnahme in Ihrer Gemeinde, ein schöner Ur-

laub – vielleicht bereits mehrmals –, wer erinnert sich nicht gerne daran, wenn er die ihm geschenkte oder auch gekaufte Medaille wieder in die Hand nimmt, sie stolz Freunden und Bekannten zeigt und diesen Appetit macht, ebenfalls bei Ihnen schöne Ferien zu verbringen?

## Bausteine

Eine Prägung verschiedenster Form kann aber auch ein „Danke schön“ für eine Spende für gemeinnützige Zwecke – z. B. Bau von Schulen, Kindergärten, sein. Durch den Erhalt dieses „Bausteins“ wird für den Spender sichtbar dokumentiert, dass auch er seinen Beitrag zum Gelingen des Projektes geleistet hat.

Noch viele Möglichkeiten könnten hier angeführt werden, doch eine persönliche Beratung zeigt Ihnen sicher auch jene Aspekte auf, durch die Sie neue Akzente



Oben: Eine schöne Gedenkmünze – hier das Beispiel von Bozen in Südtirol – ist ein ideales Andenken für treue Gäste.

Mitte: Feldbach-Gedenkmedaille.

Unten: Abzeichen der Stadt Wels – am Revers zu tragen.



in Richtung zufriedener Bürger und Mitarbeiter sowie wachsenden Fortschritt setzen können.

### Individuelle Beratung

Kontaktieren Sie uns doch und wir informieren Sie gerne über alle Möglichkeiten, „IHRE“ Medaille produzieren.

### Information

Münze Österreich  
Aktiengesellschaft  
Am Heumarkt 1  
A-1031 Wien  
Tel.: 01/717 15/350  
Fax: 01/717 15/357  
E-Mail:  
**Josef.Martinkowitsch@  
Austrian-Mint.at**

E.E.

Persönliche Note bei Ehrungen und Auszeichnungen

## Maximale Wertschätzung mit minimalem Aufwand

Gerade bei Ehrungen und Auszeichnungen drücken Sie durch eine persönliche Note noch ein Quäntchen Wertschätzung mehr aus. Unibind Österreich trägt diesem Trend mit einer breiten Palette an individualisierbaren Produkten Rechnung. So können etwa Urkundenmappen, Weinkisten oder Awards elegant und farbenfroh mittels Transferdruck gestaltet werden. Der Kunde sendet seine Vorlage per E-Mail und Unibind kümmert sich um Aufbereitung und Aufdruck. „Hunderte Gemeinden sind bereits von unseren Personalisierungsmöglichkeiten begeistert und nutzen diese für Urkunden, Ehrungen und Auszeich-



nungen“, freut sich Geschäftsführer Alexander Spieß über positives Feedback aus dem kommunalen Umfeld.

### Information

Unibind Austria GmbH  
Carlberggasse 38  
1230 Wien  
Info-Hotline:  
0810/20 10 88  
**kundenservice@unibind.at**  
**www.unibind.at**

E.E.

## MAASTRICHT SERVICE

Leasingfinanzierungen verringern den öffentlichen Schuldenstand. Fragen Sie Österreichs Spezialisten für kommunale Leasingprojekte.

E-Mail: [anfrage@kommunal-leasing.at](mailto:anfrage@kommunal-leasing.at)  
[www.kommunal-leasing.at](http://www.kommunal-leasing.at)

 **KOMMUNAL  
LEASING**



Gefördert werden Maßnahmen zur thermischen Gebäudesanierung wie zum Beispiel die Dämmung der obersten Geschossdecke bzw. des Daches, der untersten Geschossdecke bzw. des Kellers, der Außenwände und die Sanierung beziehungsweise der Austausch von Fenstern.

Thermische Sanierung interessant für jedermann

# 100 Millionen Euro im Topf

Mit dem Vorstoß der Bundesregierung im Bereich der thermischen Gebäudesanierung wird nicht nur die Konjunktur angekurbelt, auch die Umwelt – und somit jeder einzelne von uns – profitiert davon. 50 Millionen Euro für Private, 50 Millionen Euro für Betriebe stehen bereit.

„Mit den 100 Millionen Euro an Zuschüssen initiieren wir 650 Millionen Euro zusätzliche Investitionen. Das sind viele neue Aufträge für Baufirmen und Handwerker in ganz Österreich“, so Wirtschaftsminister Mitterlehner im Rahmen der Präsentation der Offensive zur thermischen Sanierung Ende März. „Damit würden 7000 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen werden.“ Und Umweltminister Berlakovich ergänzt: „Außerdem bewirkt die Förderung CO<sub>2</sub>-Einsparungen in der Höhe von insgesamt rund 5,3 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Des Weiteren können dadurch 800 Millionen Liter Öl eingespart werden; somit wird wesentlich zur Energieunabhängigkeit und Versorgungssicherheit Österreichs beigetragen.“

## Wer bekommt was?

Neben dem privaten Wohnbau sollen vor allem Unternehmen und im Besonderen Klein- und Mittelbetriebe (also KMU) ge-

Auch Gemeindeimmobilien sowie Kommunalbetriebe ... können eine Förderung für die thermische Gebäudesanierung im Rahmen der Umweltförderung im Inland beanspruchen.

fördert werden. Auch Gemeindeimmobilien – sofern sie einer eigenen Gesellschaft als juristische Person gehören – sowie Kommunalbetriebe, die nach den Maastricht-Kriterien ausgliedert sind, können eine Förderung für die thermische Gebäudesanierung im Rahmen der Umweltförderung im Inland beanspruchen.

In erster Linie sollen thermische Sanierungen und Kombinationsprojekte, die sich aus Maßnahmen der thermischen Gebäudesanierung und der effizienten Energienutzung zusammensetzen, angesprochen werden. Die Zusage der Förderung – bis zu 30 Prozent der Investitionskosten – ist unabhängig von der Mindestprojektgröße. Auch Gebäude, die zwischen 1990 und 1998 errichtet worden sind, werden berücksichtigt. Und die Abwicklung erfolgt analog zur Umweltförderung des Bundes über die Kommunalkredit Public Consulting.

## Wofür bekommt man was?

Gefördert werden Maßnahmen zur thermischen Gebäudesanierung wie die Dämmung der obersten Geschossdecke bzw. des Daches, der untersten Geschossdecke bzw. des Kellers, der Außenwände, die Sanierung

bzw. der Austausch von Fenstern und Außentüren, der Einbau von Wärmerückgewinnungsanlagen bei Lüftungssystemen im Zuge der thermischen Sanierung sowie Verschattungssysteme zur Reduzierung des Kühlbedarfs des Gebäudes.

Aber auch Vorhaben, die in Kombination mit Maßnahmen zur thermischen Gebäudesanierung getroffen werden, können eine Förderung erhalten. Darunter fallen bspw. die effiziente Energienutzung wie prozessorientierte Maßnahmen im Wärmebereich, Wärmerückgewinnungen und gebäudebezogene Haustechnik, der Ersatz bestehender Heizungssysteme durch Biomasse-Einzelanlagen, thermische Solaranlagen, der Anschluss an die Fernwärme, Wärmepumpen und fossile Kraft-Wärme-Kopplungen. Ganz wichtig dabei ist, das Ansuchen vor Baubeginn bzw. Liefertermin einzureichen. Wer also in diese Richtung in letzter Zeit bereits überlegt hat, sollte jetzt die Chance nützen und handeln. Detaillierte administrative, technische und wirtschaftliche Voraussetzungen der Förderung finden Sie unter

[www.publicconsulting.at/foerdermappe\\_ufi.htm](http://www.publicconsulting.at/foerdermappe_ufi.htm)

## Information

Kommunalkredit Public Consulting GmbH  
Türkenstraße 9, 1092 Wien  
Tel.: (0)1/31 6 31-0,  
Fax-DW: 712, E-Mail:  
[kpc@kommunalkredit.at](mailto:kpc@kommunalkredit.at)



## Wappen der Firma Jell-Paradeiser

# Ihr Gemeindewappen in neuer Montur

Bereits seit der Betriebsgründung von Leopold Jell im Jahre 1863 ist die Heraldik – das Wappenwesen – das Spezialgebiet des Familienbetriebes Jell-Paradeiser.

### Gemeindewappen kunstvoll modelliert

Die Firma Jell-Paradeiser bietet Gemeinden an, ihr Ortswappen kunsthandwerklich auszuführen. Ob modelliert, in Stuckaturgips oder Kunststein, auch bunt oder schraffiert, metallüberzogen, blattvergoldet oder versilbert – die Möglichkeiten sind vielfältig. Als Grundlage für die Gestaltung der Wappen, Siegel und dergleichen werden natürlich die Wappenbücher (Verzeichnisse), wie



Eine Rohwappenanfertigung je nach Blasonierung in der Größe von zirka 60 cm x 40 cm kann bereits ab 400 Euro durchgeführt werden.

etwa des berühmten Wappmalers Johann Siebmacher, zur Hand genommen.

### Namensforschung

Der Familienbetrieb Jell-Paradeiser ist zudem Mitglied



im genealogisch heraldischen Institut Adler, in dem Orts-, Familien, und sonstige Namensgebungen nachgeforscht werden.

Wollen auch Sie Ihr Gemeinde- oder auch Ihr Familienwappen fachmän-

nisch gestalten lassen oder sind Sie interessiert an einer Namensnachforschung? Dann freuen wir uns auf Ihre Kontaktaufnahme.

### Information

Jell-Paradeiser  
Tel.: 01/406 46 94  
Fax: 01/406 82 46  
[maler@jell.co.at](mailto:maler@jell.co.at)  
[www.jell.co.at](http://www.jell.co.at)

E.E.

## Buchbesprechung: Internationale Beziehungen

# Alte Staaten – neue Welt

Jahrhundertlang war Außenpolitik Machtpolitik. Ihr Ziel war die Erhaltung der Souveränität und der Macht des Staates. Demgegenüber nimmt heute bei vielen Ländern das Wohlfahrtsdenken einen bedeutenden Platz bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen ein. Anliegen zum Schutz der Menschen, wie der Kampf gegen Armut, Hunger und Aids, Umweltschutz, Menschenrechte, Frauenemanzipation und das Wohl der Kinder rücken in den Vordergrund. Für diese Außenpolitik stehen internationale Organisationen und Großkonferenzen. Die neuen Player sind NGOs, Medien und multinationale Konzerne.



Es gibt nach wie vor Ideologien, die unseren „Weltstaat“ trennen: nationalistische Bestrebungen, die weltweit genauso neue Fronten eröffnet haben wie der islamische Fundamentalismus.

Fundamentalismus.

### Das Buch

Dr. Wendelin Ettmayer  
„Alte Staaten – neue Welt: Stabilität und Wandel in den internationalen Beziehungen“  
ISBN 978-3-85499-439-8  
Trauner Verlag  
4020 Linz  
[office@trauner.at](mailto:office@trauner.at)  
[www.trauner.at](http://www.trauner.at)



Der Rasenaktor X300R bietet höchsten Fahrkomfort. Zudem ist dieses Wunder an Agilität dank seines durchgehend geschweißten Rahmens auch noch extrem robust und nimmt es mit jeder Aufgabe auf. Das patentierte TurboStar-Gebläse saugt das Schnittgut förmlich an und befördert es kraftvoll in den Grasfangbehälter. Sehen Sie selbst...



[www.johndeere.at](http://www.johndeere.at)  
[www.rkm.co.at](http://www.rkm.co.at)

Mobiler Hochwasserschutz rasch aufgebaut und effektiv

## Wasserschläuche statt Sandsackdämme

Mit weniger Arbeit für die Feuerwehren als bisher kann das Schweizer BEAVER-Schutzsystem ganze Orte vor Hochwasser schützen.

### Einfacher Aufbau

Der Aufbau ist leicht zu beschreiben: Die Schläuche werden ausgerollt und vorerst mit Luft gefüllt. Dann kann man sie so legen, wie es nötig ist – bei Bedarf auch in Kurven. Dann wird mit einem Feuerwehrschauch Wasser eingefüllt und fertig ist der Hochwasserschutzdamm. Vor Ort sind keine Vorbereitungen nötig. Durch ein patentiertes Koppelungssystem werden die Schläuche zu endlos langen Dämmen zusammengefügt. Durch Aufsetzen eines dritten Schlauches auf die beiden Basiseinheiten kann eine Stauhöhe bis 120 cm erreicht werden. Mehr als 20.000 m BEAVER-Schläuche sind in Österreich, Deutschland und der Schweiz bereits in Verwendung, 2000 m gehen



Mit weniger Arbeit für die Feuerwehren als bisher kann das Schweizer BEAVER-Schutzsystem ganze Orte vor Hochwasser schützen.

demnächst nach Tschechien. Mehr als 100 Ernstfalleinsätze haben bewiesen, wie effektiv das BEAVER-System ist.

### Effizienter als Sandsäcke

Beeindruckend sind die Vergleichszahlen zu Sandsäcken. Für einen 100 Meter langen und 75 cm hohen Damm benötigt man 3.600 Sandsäcke mit einem Gesamtgewicht von 90 Ton-

nen. Zum Antransport braucht man dazu 3 Lkw-Fuhren. Gut 10 Stunden benötigen dann 10 Einsatzkräfte zum Aufbau. BEAVER-Schläuche mit dem selben Stau-effekt sind leer nur 675 Kilo leicht und mit 2 Kombis oder einem Pritschenwagen zu transportieren. Aufgebaut sind sie von 10 Mann in nur 45 Minuten. Der Abbau geht dann noch rascher und Schmutz bleibt auch keiner liegen.

Die Hochwässer kommen in letzter Zeit immer rascher. Da kann das Tempo der Schutzmaßnahmen sehr leicht ausschlaggebend sein, ob ein Schaden entsteht oder nicht. Da die BEAVER-Schläuche leicht sind und wenig Platz benötigen, sind sie auch einfach zu lagern. Kostenlos und unverbindlich wird das BEAVER-System praktisch vorgeführt – wo auch immer die Interessenten es wollen.

### Information

W, NÖ, OÖ, Bgld, Stmk:  
Michael Edinger  
0664/101 48 69  
[m.edinger@beaver-hws.at](mailto:m.edinger@beaver-hws.at)  
Sbg, Ktn, Tirol, Vbg:  
Jörg Pilipp  
0049/8165/99 94 60  
[joerg.pilipp@peter-frey-gmbh.de](mailto:joerg.pilipp@peter-frey-gmbh.de)  
[www.beaver-hws.at](http://www.beaver-hws.at)

E.E.

HAWLE. MADE FOR GENERATIONS.

hawle

HAWLE-VARIO  
DAS INNOVATIVE  
FLEXIBLE  
FORMSTÜCK



E. Hawle Armaturenwerke GmbH

4840 Vöcklabruck / Austria | Wagrain Str. 13 | Tel.: +43 (0) 7672 / 725 76-0 | Fax: +43 (0) 7672 / 784 64 | E-Mail: [marketing@hawle.at](mailto:marketing@hawle.at)  
[www.hawle.at](http://www.hawle.at)

## Qualitätsvolle Freiräume mit Betonpflastersystemen

# Investieren, aber nachhaltig

Immer wieder wird in den Medien betont, wie notwendig Investitionen der Gemeinden als konjunkturelle Maßnahme gegen die Krise sind. Angesichts der Tatsache, dass Gemeinden in den nächsten Jahren mit sinkenden Einnahmen rechnen, sind allerdings die Zweifel groß, ob Projekte auch umgesetzt werden sollen. Gerade deshalb sind Entscheidungsträger gefordert, Investitionsentscheidungen gewissenhaft zu treffen und für umfassende Qualität und Nachhaltigkeit einzutreten. Schließlich ist Bauen im öffentlichen Raum Verantwortung für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung, Verantwortung für das soziale Gemeinschaftsleben und Verantwortung für die



Leibnitz in der Steiermark: Betonpflastersysteme mit ihrer Vielfalt, Beständigkeit und hohen Funktionalität bieten dauerhaften Nutzen.

Lebensqualität der Bürger. Viele Freiflächen sind steigenden Anforderungen und Beanspruchungen ausge-

setzt: repräsentative Gestaltung, hohe Gebrauchstauglichkeit, Beständigkeit und Wirtschaftlichkeit, um nur

die Wichtigsten zu nennen. Um all diese Anforderungen zu erfüllen, ist eine sorgfältige Planung, Vergabe und Ausführung unerlässlich. Ebenso sind nicht nur die Herstellungskosten zu berücksichtigen, sondern auch die Folgekosten der Erhaltung und Instandsetzung über die Lebensdauer des Baustoffes.

### Information

FORUM QUALITÄTSPFLASTER  
c/o Verband Österreichischer Beton- und Fertigteilwerke  
Kinderspitalgasse 1/3  
1090 Wien  
Tel.: 01/403 48 00 20  
E-Mail: [info@fqp.at](mailto:info@fqp.at)  
Web: [www.fqp.at](http://www.fqp.at)

E.E.

berolina senkt die Druckkosten

## Mehrleistung spart Gemeindegeld

berolina bietet Tonerkartuschen, Tintenpatronen und Farbbandkassetten für die meisten auf dem Markt befindlichen Drucker. Die Laufleistung der Produkte des deutschen Marktführers im Segment alternativer Drucker-Verbrauchsmaterialien übertrifft jene der Mitbewerber deutlich. Eine berolina SuperCart leistet beispielsweise mit einer Tankfüllung nahezu das Doppelte einer Original-Kartusche des jeweiligen Druckerherstellers – bei gleich hoher Druckqualität und Verlässlichkeit! Dies befreit nicht nur die Umwelt



vor unnötigem Kartuschenmüll, sondern schont letztlich auch den Geldbeutel der Gemeinden. Rufen Sie jetzt an, wenn Sie für Ihre Gemeinde wissen wollen, wieviel an Druckkosten Sie sich mit berolina sparen können!

berolina sparen können!

### Information

berolina Schriftbild  
Österreich GmbH  
Hauptstraße 2  
3021 Pressbaum  
Tel: 02233/575 50  
[office@berolina.at](mailto:office@berolina.at)  
[www.berolina.at](http://www.berolina.at)

E.E.

Die SABO-Rasenmäher arbeiten EFFIZIENT und sammeln PERFECT.

Hoher Komfort sowie leichte, bequeme Bedienung für viel Freude im Garten.

[www.sabo-online.com](http://www.sabo-online.com)  
[www.rkm.co.at](http://www.rkm.co.at)



Für die Praxis: Abstands-Spannungsprüfer ASP von DEHN + SÖHNE

## Spannung mit Abstand messen

Der Abstands-Spannungsprüfer ASP 110 420 ist für einen Nennspannungsbereich von 110 bis 420 kV ausgelegt. Er besitzt eine eingebaute Eigenprüfvorrichtung. Beim Einschalten wird die Funktionskontrolle der elektronischen Schaltung zwangsweise durchgeführt. Der ASP kann je nach Gerätevariante „S/L“ sowohl in Freiluftschaltanlagen als auch an Freileitungen eingesetzt werden und das auch bei Niederschlägen. Eine optische und akustische Anzeige signalisiert die Betriebsbereitschaft und ob Spannung vorhanden ist oder nicht. Ist Spannung vorhanden, so ertönt zusätzlich zur optischen Anzeige (Blinklicht rot) ein intermittierendes Tonsignal.



Eine optische und akustische Anzeige auf dem Gerät signalisiert, ob Spannung vorhanden ist oder nicht.

Versorgt wird das Anzeigergerät über eine 9 V E-Blockbatterie. Beim Anzeigergerät ASP werden erschöpfte Batterien beim Einschalten durch das gleichzeitige Leuchten der beiden Anzeigen und zusätzlich durch ein akustisches Signal angezeigt.

Vorteile wie:

- ▶ der große Nennspannungsbereich,
- ▶ der mögliche Einsatz in Freiluftschaltanlagen und an Freileitungen (je nach Gerätevariante),
- ▶ die einfache Handhabung,
- ▶ Details wie die Zahnkupplung (z. B. zur Ausrichtung des ASP an Abspannketten), aber auch

- ▶ der unkomplizierte Batteriewechsel und
- ▶ der leichte Transport machen den ASP 110 420 von DEHN + SÖHNE zu dem Abstands-Spannungsprüfer für die Praxis.

### Information

DEHN AUSTRIA  
Volkersdorf 8  
A-4470 Enns  
Telefon 07223/803 56  
Fax 07223/803 73  
[info@dehn.at](mailto:info@dehn.at)  
[www.dehn.at](http://www.dehn.at)

E.E.



## Ein perfekter Rasen dank Dieselkraft.

### Husqvarna PT 26D



Der neue Husqvarna Frontmäher für gewerbliche Einsätze überzeugt mit beeindruckender Leistung. Bestechende Manövrierfähigkeit, ein außerordentlich kleiner Wendekreis und ein ergonomisch durchdachter Fahrerplatz sind nur einige der herausragenden Eigenschaften. Wir nennen das Effizienz in Perfektion.

*Perkins 403C-11 Dieselmotor mit 3 Zylinder, 155 cm Schnittbreite*

[www.husqvarna.at](http://www.husqvarna.at)

Copyright © 2008 Husqvarna AB (publ). All rights reserved. Husqvarna is a registered trademark of Husqvarna AB.

Erstes Kunstrasen-Fußballfeld für den Vatikan, Rom

## Perfekter Polytan-Rasen vom Vatikan gesegnet

Das Pontifical North American College in Rom ist eine römisch-katholische Ausbildungsstätte für junge Priester. Seit 2008 können die knapp 200 Studenten pro Semester ihre sportlichen Aktivitäten nun auf einem Kunstrasenplatz ausüben. Im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen zum 150-jährigen Bestehen des Colleges wurden von der Firma Polytan der vorhandene Tennenplatz gegen einen modernen Kunstrasenplatz ausgetauscht und eine moderne Leichtathletiklaufbahn eingebaut. Auf einer neu konstruierten, wasserdurchlässigen Basis aus Schotter installierte der Polytan-Bautrupps vor Ort eine elastische Tragschicht, auf der dann die neueste Entwicklung der Firma Po-



lytan, der LigaTurf 240 RS+ Rasen, ausgerollt wurde.

### Robust & pflegeleicht

Das rhombusförmige Design der Rasenfaser mit einer

Dank Polytan kann in Rom künftig auf dem weltweit modernsten Fußballrasensystem gespielt werden.

Dicke von 360  $\mu\text{m}$  erfüllt die Anforderungen nach noch höherer Kraftaufnahme und noch besserem Wiedererholungsvermögen optimal. Ein zusätzlicher Effekt ist die Vereinfachung der Pflege. So ist der Pflege-

aufwand geringer als bei herkömmlichen Fußballrasen.

Im November 2008 wurde die Anlage durch den Erzbischof geweiht und eröffnet. Die Seminaristen des Pontifical North American College können künftig auf dem weltweit modernsten Polytan-Fußballrasensystem ihre Fußballspiele sowohl national als auch international austragen.

### Information

Polytan Sportstättenbau GmbH  
Gewerbering 3  
86666 Burgheim  
Tel.: +49 8432 87 0  
Fax: +49 8432 87 87  
[info@polytan.com](mailto:info@polytan.com)  
[www.polytan.de](http://www.polytan.de)

E.E.

Innovatives Unternehmen Exterior Licht Ideenmanufaktur setzt auf LED

## LED-Zukunft beginnt heute

Viele sprechen schon von der Beleuchtungstechnik der Zukunft LED. Die Leuchtdiode oder Light-Emitting-Diode ist ein Halbleiterkristall, welcher durch Stromfluss zum Leuchten gebracht wird. Die Stadtgemeinde Eferding hat sich für die LED-Technik in der Straßenbeleuchtung entschieden. Hier wurde der erste Straßenzug mit technischen Power-LED-Straßenleuchten verbaut. Durch den Einsatz dieser Technik verspricht sich die Gemeinde geringe Wartungskosten, durch die hohe Lebensdauer und weniger Stromkosten durch die geringere Anschlussleistung. Die Vorteile der LED gegenüber herkömmlichen Lampen liegen auf der Hand:



Wollen auch Sie Innovation zeigen und von den Vorteilen profitieren, wir helfen Ihnen gerne.

- ▶ Hohe Lebensdauer bis 50.000 Brennstunden und mehr
- ▶ Keine UV- oder Infrarotabstrahlung, somit werden keine Insekten angezogen
- ▶ Gerichtete Beleuchtung ermöglicht optimale Leistungsausnutzung, wodurch keine Verluste über den Reflektor entstehen.

### Information



Exterior Licht „Ideen-Manufaktur“ GmbH  
[www.exterior.at](http://www.exterior.at) oder  
[www.ledsystems.cc](http://www.ledsystems.cc)

E.E.



Über die Rolle der Medien und die professionelle Vorbereitung auf Krisen

# Herr Bürgermeister, wie konnte das passieren?

Wie also reagieren, wenn man als Bürgermeister plötzlich im Blitzlichtgewitter steht und sich zu verantworten hat: „Wie konnte das passieren, Herr Bürgermeister? Warum haben Sie nicht früher reagiert? Wieso verzögert sich die Hilfe? Können Sie das für die Zukunft ausschließen?“





Foto: Jupiterimages

Was tun, wenn ein Lawinenabgang, Hochwasser oder ein Unfall im benachbarten Chemiewerk eine Gemeinde in Angst und Schrecken versetzt? Rasches Handeln ist gefragt, um bei Katastrophen die Auswirkungen möglichst schnell zu erheben und geeignete Hilfeleistungen einzuleiten. Der Bürgermeister steht als Einsatzleiter vor Ort immer im Mittelpunkt des Interesses.

KOMMUNAL zeigt auf, wie er damit umgehen kann.

Mag. Susanne Grof  
Gerd Woschnak

In den Katastrophenschutzgesetzen der Länder sind die Aufgaben für Gemeindevertreter genau aufgeführt, bis auf wenige Ausnahmefälle ist der Bürgermeister die Erstinstanz und fungiert als Einsatzleiter, der die Hilfskräfte koordiniert und die Kommunikationsflüsse sicherstellen muss. Während viele Gemeindevertreter auf diese Rolle mehr oder weniger gut vorbereitet sind, gibt es in einem Bereich akuten Nachholbedarf – was tun, wenn die Krise überregionales Interesse auslöst? Manche Fälle, wie das kapitale Verbrechen des Josef Fritzl in Amstetten, sind in keinem Katastrophenplan vorhersehbar und betreffen dennoch die Gemeinde und ihre Instanzen ganz massiv. Wie also reagieren, wenn man als Bürgermeister plötzlich im Blitzlichtgewitter steht und sich zu verantworten hat: „Wie konnte das passieren, Herr Bürgermeister? Warum haben Sie nicht früher reagiert? Wieso verzögert sich die Hilfe? Können Sie das für die Zukunft ausschließen? Welche Versäumnisse haben Sie und Ihre Mitarbeiter zu verantworten?“

Auch wenn es für die Gemeindevertreter klar ist, dass viele Unglücke nicht verhindert werden können, folgen Medien einer anderen Logik. „Only bad news are good news!“, nur die schlechte Nachricht bringt die Quote, das ist eine Grundregel der medialen Berichterstattung. Je größer das Unglück, je schwerer die Katastrophe, desto sicherer kann man davon ausgehen, dass der Fall auch das Interesse von Journalisten weckt. Und diese wiederum verstehen sich als „Helfer und Aufdecker“. Sie sind dazu angehalten, mögliche Fehler aufzuspüren und Schuldige aufzufindig zu machen, die an den öffentlichen Pranger gestellt werden können. Inhalte werden möglichst vereinfacht, um für die Leser und Zuseher besser verständlich zu sein, Schwarzweißmalerei ist oft die Konsequenz. Die Exklusivität einer solchen „Story“ ist dabei Ziel eines jeden Berichterstatters. Man möchte möglichst noch vor den anderen Medienvertretern vor Ort sein, will die erste und neueste Information. Das bringt Wettbewerbsvorteile für die Me-

Auch wenn es für die Gemeindevertreter klar ist, dass viele Unglücke nicht verhindert werden können, folgen Medien einer anderen Logik: „Only bad news are good news!“

dien. Und setzt sowohl die Journalisten selber, als auch ihr Gegenüber zusätzlich unter Druck. In einer Situation, in der ohnehin der Ausnahmezustand herrscht, kommt auf den Bürgermeister neben der Rolle des Einsatzleiters also oft auch noch die undankbare Rolle des medialen Ansprechpartners zu. Reagiert er aber nicht richtig, kommuniziert er unklar oder gar nicht, dann wird er schnell zum Sün-

denbock oder die Gemeinde und ihre Organe zur Zielscheibe öffentlicher Kritik. Für die betroffenen Gemeindevertreter kommt diese Entwicklung meist unerwartet und setzt sie massivem persönlichem Stress aus. Wie aber kann man sich und seine Gemeinde vor einer öffentlichen Verurteilung am besten schützen? Die Antwort liegt in der richtigen fachlichen und persönlichen Vorbereitung auf

mediale Krisen. Ziel ist es dabei, einerseits mögliche Krisenthemen schon im Vorfeld aufzuspüren und Strategien zu erarbeiten. Andererseits sollten Bürgermeister und andere hochrangige Gemeindevertreter regelmäßig zu Trockentrainings zusammenkommen, um das Gespräch mit Medienvertretern zu üben. Dann fällt es auch im Ernstfall leichter, sich von drängenden Fragen nicht nervös ma-

## Bürgermeister muss in Krisen „stabil bleiben“ Ein Praktiker erzählt

Einen besonders geschulten Blick auf das Thema „Krise“ hat der Bürgermeister der oststeirischen Gemeinde Trautmannsdorf, Harald Fuchs. Er ist von Beruf Polizist und kommt daher mit Krisenthemen, z. B. bei Autounfällen oder Suiziden, regelmäßig in Kontakt als andere Menschen. Auch wenn sich diese Art von Krise selten zu einem öffentlichen Problemfall auswächst, sind Hilfsstrategien und die persönliche Bewältigung ähnlich gelagert wie bei Krisenfällen mit starkem öffentlichem Interesse. „Ich habe daher schon vor längerer Zeit eine Ausbildung zur psychosozialen Akutbetreuung absolviert“, erzählt Bürgermeister Fuchs im Interview, „als Polizist und Bürgermeister bin ich doppelt gefordert, da ich bei Todesfällen in der Gemeinde einer der ersten Ansprechpartner bin“. Fuchs ist heute freiwilliger Helfer im Kriseninterventionssteam Steiermark und bringt sein Fachwissen auch in seiner Rolle als Gemeindevorstand ein. Die Gemeinde Trautmannsdorf hat rund eintausend Einwohner, fast jeden davon kennt der Bürgermeister persönlich. Fuchs hat

gelernt, in akuten persönlichen Krisenfällen die richtigen Schritte zu setzen, um den Betroffenen wirkungsvoll helfen zu können.

„Oft ist es meine Rolle, einfach zuzuhören und dafür zu sorgen, dass Trauer zugelassen werden kann. Ich versuche Menschen auch einen Abschied von ihren verstorbenen Angehörigen zu ermöglichen, denn das kann helfen, mit der Ausnahmesituation eines plötzlichen Verlustes besser umzugehen.“

Die spezielle Anforderung an ihn als Bürgermeister sieht er darin, dass es wichtig ist, sich selbst in Krisenfällen stabil zu halten: „Der Bürgermeister ist in kleinen Gemeinden oft mit schweren persönlichen Schicksalen konfrontiert. Es ist daher wichtig, zu lernen, wie man persönlich gut damit umgehen kann. Nur so kann man auch wirklich helfen, ohne selbst zum Krisenfall zu werden.“ Auch im Umfeld der öffentlich weniger beachteten Krisenfällen ist es für Bürgermeister also wichtig, sich gut auf die Rolle in der Krise vorzubereiten, um wirkungsvoll handeln zu können, ohne sich selbst zu überlasten.

Der Bürgermeister ist in kleinen Gemeinden oft mit schweren persönlichen Schicksalen konfrontiert. Es ist daher wichtig, zu lernen, wie man persönlich gut damit umgehen kann.

Harald Fuchs, Bürgermeister der steirischen Gemeinde Trautmannsdorf (Bez. Felbach)



Foto: Gemeinde Trautmannsdorf



Foto: Jupiterimages

Haben Sie als Bürgermeister keine Vorurteile, schließlich machen Journalisten auch nur ihre Arbeit.



Bürgermeister und andere hochrangige Gemeindevertreter sollten regelmäßig zu Trockentrainings zusammenkommen, um das Gespräch mit Medienvertretern zu üben. Dann fällt es auch leichter, sich im Ernstfall von drängenden Fragen nicht nervös machen zu lassen.

chen zu lassen und im richtigen Moment zu sagen: „Ich bitte um ihr Verständnis, dass ich Ihnen diese Frage jetzt nicht beantworten kann.“

Es ist von Vorteil, sich in der Vorbereitung der Krisenkommunikation von Profis begleiten zu lassen, die die Regeln im Umgang mit Medien kennen und selbst Erfahrung in der Krisenbewältigung haben. Genauso wie die Medienvertreter, haben auch gute Krisenkommunikatoren ihre eigenen Gesetze. Das Ziel ist es dabei immer, die Kommunikation selbst in die Hand zu nehmen und sich nicht von Journalisten treiben zu lassen. Der Zeit- und Ressourcenaufwand soll dabei aber so gering wie möglich gehalten werden, schließlich muss die meiste Kraft in die Bewältigung der Krise und nicht in die Befriedigung der Medieninteressen gesteckt werden. Dennoch bleiben Krisenkommunikatoren freundlich gegenüber den Medien, denn gerade harsches Auftreten und Abwimmeln führt zu unerwünschten Effekten und weiteren Negativberichten. All diese Grundregeln sollten Bürgermeister kennen und anwenden können, um im Ernstfall auch vor der Kamera ein gutes Bild abzugeben und ihre Leistungen in der Krise glaubwürdig zu vermitteln.



Mag. Susanne Grof ist Geschäftsführerin der bettertogether GmbH., Spezialisten für Krisenkommunikation ([www.bettertogether.com](http://www.bettertogether.com))



Gerd Woschnak ist Leiter des Krisenmanagements von bettertogether.

Einige Tipps im Umgang mit Medien in Krisensituationen finden Sie hier:

### Häufige Kommunikationsfehler

- ▶ Medienanfragen nicht ernst nehmen/ignorieren
- ▶ Medien und andere kritisch eingestellte Gruppen offen angreifen
- ▶ Vorurteile zeigen und arrogant auftreten
- ▶ Gegendarstellungen einfordern
- ▶ Vertuschen, verheimlichen, bewusst lügen



Ein Krisenkommunikations-Handbuch kann Teil eines umfassenderen Krisen- und Katastrophenmanagementprozesses sein, ist aber im Ernstfall auch sinnvoll und praktikabel als eigenständiges Instrumentarium für den Bürgermeister und seinen Krisenstab.

Das Handbuch in der Schublade ist psychologische Stütze

## Vorbereitung auf den Ernstfall

Eine Krise kann nicht verhindert werden, wohl aber kann man sich besser oder schlechter auf den Eintritt einer Krise vorbereiten. Die beste Vorbereitung ist sicher die gedankliche Vorwegnahme der medialen Krisensituation in der Gemeinde mit der Erstellung eines Krisenkommunikations-Handbuchs.

Ein Krisenkommunikations-Handbuch kann Teil eines umfassenderen Krisen- und Katastrophenmanagementprozesses sein, ist aber im Ernstfall auch sinnvoll und praktikabel als eigenständiges Instrumentarium für den Bürgermeister und seinen Krisenstab, um für Katastrophen mit starkem öffentlichen und medialen Interesse gewappnet zu sein.

Im Krisenhandbuch werden Risiken von möglichen Katastrophen zunächst nach Schadens-

höhe und Eintrittswahrscheinlichkeit analysiert. Anschließend werden Kommunikationsaufgaben priorisiert und das Krisenkommunikationsteam festgelegt. Klare Abläufe und praktische Checklisten für den Krisenfall vervollständigen das Krisenhandbuch. Im Ernstfall kann es „aus der Schublade geholt“ werden – das ist auch eine wichtige psychologische Stütze im Krisenfall, die Orientierung gibt und kopfloses Handeln verhindern hilft.

Zur richtigen Vorbereitung gehört aber auch unbedingt das Durchspielen und Üben in realistischen Simulationen. Das ermöglicht ein strukturierteres und effizienteres Handeln in der Echtsituation mit all ihren psychischen und physischen Anforderungen an die Bürgermeister und ihr Krisenteam.



Foto: Jupiterimages

Ziel der Krisenkommunikation ist immer, die Kommunikation selbst in die Hand zu nehmen und sich nicht von Journalisten treiben zu lassen. Der Zeit- und Ressourcenaufwand soll dabei aber so gering wie möglich gehalten werden, schließlich muss die meiste Kraft in die Bewältigung der Krise und nicht in die Befriedigung der Medieninteressen gesteckt werden.

- ▶ Unüberlegte Wortwahl (aggressiv, beleidigend etc.)

### Tipps für den Umgang mit Journalisten

- ▶ Haben Sie keine Vorurteile – Journalisten machen auch nur ihre Arbeit
- ▶ Betrachten Sie Journalisten als Partner, nehmen Sie sie ernst
- ▶ Lassen Sie sich nicht überrumpeln – führen Sie ein Vorgespräch
- ▶ Journalisten stehen meist unter Zeitdruck – geben Sie daher kurze Botschaften
- ▶ Verteidigen Sie nicht, sondern klären Sie auf
- ▶ Kommunizieren Sie überlegt – alles ist gegen Sie verwendbar
- ▶ Es zählt vor allem der Neuigkeitswert der Information
- ▶ Journalisten heben Einzelschicksale hervor
- ▶ Journalisten verlangen Klarheit:  
Was ist wirklich passiert?  
Wer ist der „Gute“?  
Wer ist der „Böse“?

### Grundsätze aktiver Medienarbeit

- ▶ Verschleiern Sie nichts
- ▶ Spekulieren Sie nicht
- ▶ Seien Sie offen und transparent
- ▶ Geben Sie Fehler zu
- ▶ Berichten Sie auch über Zwischenstände
- ▶ Lassen Sie den Info-Faden nicht abreißen

- ▶ Schaffen Sie einen verlässlichen Rahmen (z. B. Infos immer zur selben Uhrzeit)
- ▶ Seien Sie ehrlich und wahrhaftig
- ▶ Gehen Sie auf Fragen ein
- ▶ Erwecken Sie Vertrauen
- ▶ Kommunizieren Sie einheitlich im Krisenstab
- ▶ Zeigen Sie ehrliche Betroffenheit
- ▶ Kommunizieren sie Fakten
- ▶ Suchen sie Verbündete

Ein Grundsatz aktiver Medienarbeit: Schaffen Sie einen verlässlichen Rahmen – zum Beispiel Infos immer zur selben Uhrzeit.

- ▶ Ungeeignete Strategie: Flucht, Kampf, Delegation
- ▶ Geeignete Strategie: Kompromiss, Konsens

### Tipps für den Umgang mit Medien

- ▶ Informieren Sie ohne Druck
- ▶ Vermeiden Sie die Defensive, agieren Sie proaktiv
- ▶ Geben Sie die Richtung vor
- ▶ Demonstrieren Sie Informationsführerschaft
- ▶ Kommunizieren Sie nur bestätigte Informationen
- ▶ Demonstrieren Sie Handlungsfähigkeit
- ▶ Berichten Sie über Zwischenstände



Es muss nicht immer eine Lawine mit Toten sein oder ein Jahrhunderthochwasser. In einem Bergland wie Österreich lauert die Gefahr an fast jedem Hang. Das Beispiel Gmunden ist leider kein Einzelfall.

Die geologischen Verhältnisse in Zusammenspiel mit den hohen Niederschlägen (bis 2600 mm pro Jahr und 260 mm pro Tag) sind dafür verantwortlich, dass Rutschungen in großen Teilen Vorarlbergs den Siedlungsraum und die Infrastruktur bedrohen. Der Schutz der Bevölkerung vor Rutschungen liegt im Aufgabenbereich der Wildbach- und Lawinenverbauung, welche seit 125 Jahren flächendeckend in ganz Österreich tätig ist und deren Kernkompetenzen in den Bereichen Beratung und Sachverständigentätigkeit, Gefahrenzonenplanung, Maßnahmenplanung und Maßnahmenumsetzung sowie Förderungsabwicklung liegen. Durch eine Kombination passiver und aktiver Maßnahmen wird die Restgefährdung auf ein gesellschaftlich akzeptierbares Maß reduziert. Im Gefahrenzonenplan der Wildbachverbauung werden die durch Rutschungen



Katastrophenschutz in der Praxis – Hilfe durch „die.wildbach“

# Die Katastrophe beginnt mit der ersten Hangrutschung

bedrohten Hänge dargestellt. Hier ist das Gutachten eines geologischen Sachverständigen einzuholen, wodurch gewährleistet werden soll, dass keine Neubauten in stark gefährdeten Bereichen entstehen und Bauten in weniger stark gefährdeten Bereichen so konzipiert werden, dass keine bestandsgefährdenden Schäden auftreten. Um den Altbestand an Gebäuden und Infrastruktur in rutschgefährdeten Gebieten zu schützen, werden von der Wildbachverbauung in Vor-

Nach Auftreten der ersten Rutschungsanzeichen wurde ein Beobachtungssystem eingerichtet und in Folge die Evakuierung bedrohter Gebäude durchgeführt.

arlberg jährlich rund 1,6 Millionen Euro mit einer Finanzierung von 60 Prozent Bund, 20 Land und 20 Prozent Interessenten in biologische und technische Maßnahmen investiert. Am Beispiel der Rutschung Rindberg in der Gemeinde Sibratsgfall sollen die Möglichkeiten für Maßnahmen bei Großrutschungen aufgezeigt werden. Im Frühjahr 1999 wurde der rund zwei-Quadratkilometer große Rindberghang in der Gemeinde Sibratsgfall durch langanhaltende ungünstige Witterungsverhältnisse massiv beschleunigt. Durch die Bewegungen, die in Summe mehrere Meter bis mehrere hundert Meter betragen, kam es zur

Im Frühjahr 1999 wurde der rund zwei Quadratkilometer große Rindberghang in der Gemeinde Sibratsgfall durch langanhaltende ungünstige Witterungsverhältnisse massiv beschleunigt.

Zerstörung bzw. starken Beschädigung von 19 Gebäuden, 1100 Laufmeter Landesstraße, 5000 lfm Güter- und Forstwege, Stromleitungen, Wasserleitungen und Abwasserleitungen auf diesem Hang. Nach Auftreten der ersten Rutschungsanzeichen wurde ein Beobachtungssystem eingerichtet und eine interdisziplinäre Untersuchung der Ursachen und möglicher Sicherungsmaßnahmen begonnen. Durch Messung der Öffnungsgeschwindigkeit von Zerrspalten mittels Spionen und kurze Zeit später durch tägliche Vermessung ausgewählter Punkte vom Gegenhang wurde die Entwicklung der Hangbewegungen beobachtet. Basierend auf den Ergebnissen dieser Messungen und auf Beobachtungen durch Begehung des Hanges wurde während des sukzessiven Fortschreitens der Bewegungen vom Oberhang Richtung Unterhang die Evakuierung der betroffenen Gebäude vorbereitet und durchgeführt.

Bereits in dieser Phase wurde versucht, das natürliche Entwässerungssystem des Hanges provisorisch aufrechtzuerhalten. Bei einem Gebäude, welches durch oberflächliche Sekundärrutschungen bedroht wurde, konnte das Gebäude durch Abtransport der herannahenden Rutschmassen erhalten werden. Nach Abklingen der Hauptbewegungen wurde das total zerstörte Entwässerungssystem (ca. 30 km offene Gerinne) wiederhergestellt, Quellen gefasst und geordnet dem Vorfluter zugeführt und durch Schließen der zum Teil sehr tiefen Spalten das unkontrollierte Eindringen des Niederschlagswassers in den Untergrund verhindert. Die Bewegungen kamen durch diese Maßnahmen im größten Teil des Hangbewegungsareales zum Stillstand oder bewegten sich im mm-Bereich pro Jahr. Lediglich im Oberhang und einem bereits vor der Beschleunigung 1999 stärker bewegten Teilsystem im Mittel- und Unterhang treten noch Bewegungen im cm-Bereich pro Jahr auf. Infos über die Leistungen der Wildbachverbauung in Östereich auf [www.die-wildbach.at](http://www.die-wildbach.at)

Durch die Bewegungen in Sibratsgfall, die in Summe mehrere Meter bis mehrere hundert Meter betragen, kam es zur Zerstörung beziehungsweise starken Beschädigung von 19 Gebäuden ...





## Die Wahrscheinlichkeit, dass man in einen Rechtsstreit gerät, ist größer als vermutet

# Rechtsschutz deckt finanzielles Risiko

Wer verzichtet schon gerne auf sein Recht? Und das im Bewusstsein, damit vielleicht auch finanziell den Kürzeren zu ziehen? Kaum jemand streitet gerne, schon gar nicht vor Gericht, jedoch im täglichen Leben sind Auseinandersetzungen unvermeidbar. Mit einer Rechtsschutzversicherung lässt sich das finanzielle Risiko einfach absichern, was gerade in der aktuellen wirtschaftlichen Situation eine wichtige Überlegung ist.

### Absicherung vom Rechtsschutz-Spezialisten

ARAG Österreich ist seit Jahrzehnten Spezialist in Sachen Rechtsschutz und bietet auf die Bedürfnisse

der Kunden zugeschnittene Versicherungslösungen an, wie den neuen Privat-Rechtsschutz. ARAG Kunden können jetzt ihren individuellen Rechtsschutz-Bedarf aus einem umfassenden und flexibleren Leistungskatalog wählen. Neben dem einschließbaren Verkehrsbereich besteht die zusätzliche Möglichkeit, neue Leistungsarten wie „Eltern in Pflege“ und „Bauherrnrisiko“ als Zusatzbausteine mitzuversichern. Der bisherige modulare Produktaufbau Basis – Komfort – Premium bleibt erhalten. Es besteht ab sofort die Möglichkeit, auch einzelne Leistungsarten verbunden mit einem Prämienabzug auszuschließen. Mit dieser erweiterten Flexibilität im neuen ARAG Privat-Rechts-



schutz wird nur das versichert, was auch wirklich im Sinne des Kundenbedarfs nötig ist.

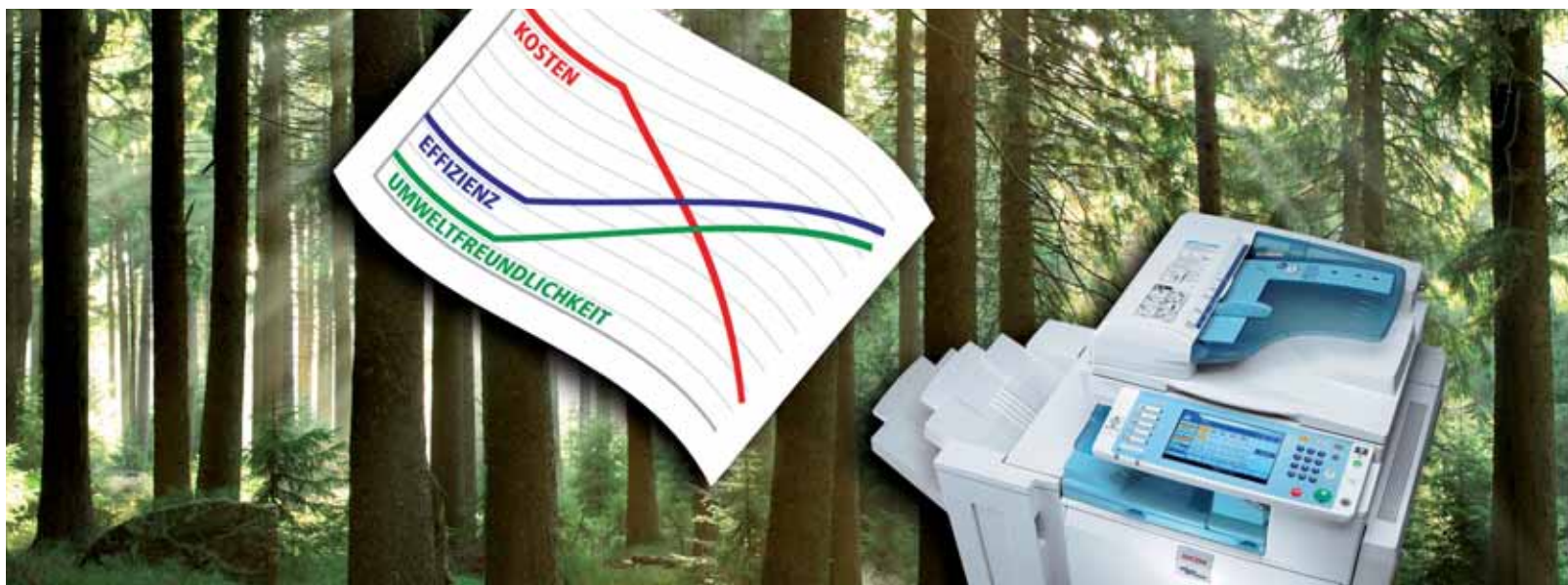
ARAG bietet mit einer Versicherungssumme von 120.000 Euro pro Versicherungsfall eine der höchsten Standard-Versicherungssummen in Österreich, die gegen geringe Aufzahlungen auch weiter erhöht werden kann. Die Prämien sind attraktiv und es gibt

auch Nachlässe für Jugendliche, Singles, Alleinerzieher sowie die Generation 60plus. Nähere Infos: [www.arag.at](http://www.arag.at)

### Information

ARAG Österreich  
Favoritenstraße 36  
A-1041 Wien  
Tel.: (01) 531 02-0  
Fax: (01) 531 02-1923  
[info@arag.at](mailto:info@arag.at)  
[www.arag.at](http://www.arag.at)

E.E.



## Effizienzsteigerung + Kostensenkung + Umweltfreundlichkeit = MDS

Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten ist es wichtig, Kosten zu senken. Da ist die Anschaffung modernster Druck- und Kopiersysteme nur scheinbar ein Widerspruch. Im Rahmen von Ricoh Managed Document Services haben wir mehr als 40.000 Unternehmen aller Branchen und Größen und etwa 4 Millionen Druck-, Kopier- und Faxsysteme analysiert. Unsere Prozessanalysten deckten dabei ungeahntes Kostensenkungspotential bei gleichzeitiger Effizienzsteigerung des Dokumentenflusses in Unternehmen auf. Nicht zuletzt sind gerade jetzt unsere Energieersparnissimulationen und die hohe Umwelt- und Energiefreundlichkeit unserer Druck- und Kopiersysteme die Benchmark für den Wettbewerb.





IMMORENT – ein bewährter Partner für Gemeinden

# Liegenschaftsentwicklung mit Gesamtkompetenz

Vorhandene Liegenschaften bergen oft vielfältige Möglichkeiten für eine Gemeinde. Wie diese genau aussehen, wissen die Experten der IMMORENT. Sie entwickeln rentable Konzepte für die effektive Nutzung einer Liegenschaft.

Mit der Liegenschaftsentwicklung der IMMORENT können Gemeinden, gemeinsam mit einem starken Partner, ihre infrastrukturellen Maßnahmen optimal vorbereiten. Dabei werden ihnen verschiedene Varianten angeboten: In der Regel kauft die IMMORENT – in Abstimmung mit der Gemeinde – Liegenschaften Dritter und entwickelt daraus Wohn- oder Gewerbegebiete. Möglich ist aber auch der Ankauf der Liegenschaft von der Gemeinde. Dadurch kann diese zusätzliche liquide Mittel lukrieren. Bei entsprechender Größe bzw. entsprechendem Wert einer Liegenschaft kann darüber hinaus die Abwicklung in einer Einzelprojektgesellschaft angeboten werden. Auch die Koppelung mit einem Ausgliederungsmodell ist möglich. In ihrer Behördenfunktion kann die Gemeinde auf die Gestaltung und Bebauung des Areals Einfluss nehmen. Darüber hinaus wird die Gemeinde durch IMMORENT über den aktuellen Projektstand regelmäßig informiert.

## Sichere Investitionen in wirtschaftlich turbulenten Zeiten

Gemeinden werden durch die jüngsten ökonomischen Entwicklungen vor große Herausforderungen gestellt. Unabhängig von der wirtschaftlichen Situation ist es wichtig, Investitionen zu tätigen, um für eine gesicherte Zukunft zu sorgen. So



Entwicklungsmodelle sind sowohl für Wohn- als auch für Gewerbegebiete möglich. Hier ein Beispiel aus Eferding.

kann durch die Entwicklung von attraktiven Gewerbeflächen zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung beigetragen werden. Josef Sulzberger, Bürgermeister der Gemeinde Perwang, bestätigt: „Die Betriebsbaugelände der IMMORENT bieten beste Voraussetzungen für die Neuansiedlung von Firmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.“

## Für diese Gemeinden rentiert es sich bereits

Die IMMORENT hat bereits für zahlreiche Gemeinden als Betriebsansiedlungsgebiet wichtige Flächen erworben und die

komplette Infrastruktur errichtet. Zusätzlich steht die Tochter der Erste Group Bank AG den Gemeinden bei der Verwertung ihrer Liegenschaften unterstützend zur Seite. Darüber hinaus bietet der Immobilien- und Leasingexperte den anzusiedelnden Betrieben auch die Realisierung ihrer Bauvorhaben an – bis zur schlüsselfertigen Übergabe. Folgende Gemeinden konnten bereits von den Liegenschaftsentwicklungsmodellen der IMMORENT profitieren:

- ▶ Marktgemeinde Pöggstall: rd. 25.000 m<sup>2</sup> für dienstleistungsorientierte Gewerbe und kleine Verbrauchermärkte – gemeinsam mit der Sparkasse Niederösterreich Mitte West AG
- ▶ Eferding: rd. 58.000 m<sup>2</sup> für Produktions- und Dienstleistungsunternehmen
- ▶ Meggenhofen: rd. 22.000 m<sup>2</sup> für Gewerbe, Handwerk, Industrie, Handel, Produktion und Dienstleistungen
- ▶ Perwang am Grabensee: rd. 50.000 m<sup>2</sup> für Produktions- und Dienstleistungsunternehmen. Darüber hinaus ist die IMMORENT auch im Bereich Wohnbau tätig: Für die Gemeinden St. Martin im Mühlkreis, Bad Goisern sowie Bad Fischau entwickelte die IMMORENT Liegenschaften zu Wohngebieten.

## Information

IMMORENT  
Aktiengesellschaft  
Windmühlgasse 22-24  
1060 Wien  
Tel.: +43 (0)5 0100 - 27000  
[www.immorent.at](http://www.immorent.at)

Was Membranspezialist Gore alles für GORE-TEX® Produkte tut

# Unsere Produkte halten, was wir versprechen

Feuerwehrleute und Arbeitnehmer, die auf dauerhaft funktionierende Schutzbekleidung angewiesen sind, wissen, was sie an GORE-TEX® Produkten haben. Die Leistungsfähigkeit und Haltbarkeit der Markenprodukte ist sprichwörtlich – und Gore verspricht bewusst auch das, was die Produkte halten. KOMMUNAL hat sich die Tests angesehen.

Damit Gore seine Versprechen stets halten kann, haben sie entlang der gesamten Wertschöpfungskette eines GORE-TEX® Kleidungsstücks oder Schuhs ein einzigartiges System entwickelt und implementiert. Gore ist der einzige Funktionstextilhersteller, der sich nicht nur um die Leistungsfähigkeit der von ihm hergestellten Bekleidungskomponente kümmert, sondern auch um die Funktionalität des gesamten Endproduktes. Der

Gore ist der einzige Funktionstextilhersteller, der sich nicht nur um die Leistungsfähigkeit der von ihm hergestellten Bekleidungskomponente kümmert, sondern auch um die Funktionalität des Endproduktes.

außergewöhnlich hohe Nutzen von GORE-TEX® Bekleidung erklärt sich vor allem dadurch, dass Gore bereits weit vor der tatsächlichen Entwicklung eines GORE-TEX® Lamintes intensiv die Anforderungen an das spätere Kleidungsstück ebenso untersucht wie die zur Verfügung stehenden Rohmaterialien und Produktionstechnologien auswertet. Gore selbst besitzt ein in der Branche einzigartiges Entwicklungslabor, wo Produkte mit großem Aufwand gemäß dem Anforderungsprofil entwickelt und auf ihre Funktionsfähigkeit wie Wasserdichtigkeit, Winddichtheit und Brennverhalten geprüft werden. Gore ist weltweit auch der einzige Anbieter von hochwertigen schützenden Funktionstextilien,

der neben den Membranen auch die darauf aufbauenden Textilverbunde (= Lamine) sowie die darauf abgestimmten Verarbeitungstechnologien selbst entwickelt und herstellt.

## Eine Membran ist das Kernstück

Kernstück eines jeden GORE-TEX® Bekleidungsstückes ist die GORE-TEX® Membran. Sie ist wasser- und winddicht, hoch atmungsaktiv, knickstabil, temperatur- und chemikalienbeständig. Doch das reicht nicht für ein wasserdichtes Bekleidungsstück: Für kritischen Stellen wie Stoffübergänge und Nähte hat Gore über 40 Nahtversiegelungsbänder und ein spezielles Nahtversiegelungsverfahren entwickelt. Neben der reinen Nahtversiegelung achtet Gore auf eine dauerhaft wasserdichte Bekleidungskonstruktion. Spezielle Kragenlösungen, wasserdichte Taschen, Frontverschlüsse, Schnürsenkel und Säume mit extrabreiten Saugsperrern sorgen dafür, dass wirklich nirgendwo Wasser durchdringen kann. Gore Performance Standards





In der Gore-Klimakammer lassen sich unterschiedlichste Klimatas mit unterschiedlichsten Temperaturen, Luftfeuchten und Windstärken erzeugen: Von arktischer Kälte, über feuchtkaltes Nieselwetter über mediterrane Hitze bis hin zu tropischen Stürmen. Je nach späterem Einsatzbereich der Funktionsbekleidung werden bekleidungsphysiologische Untersuchungen durchgeführt und wissenschaftlich ausgewertet.

(GPST) definieren die Leistungsfähigkeit von GORE-TEX® Technische Bekleidung für die Arbeitswelt. Sie sind europaweit einheitlich definiert und ein zentrales Mittel, um die Bekleidungssteile „fit for use“ zu machen. Die Auswahl des jeweiligen Gore Performance Standards hängt von den Einsatzbedingungen (Tätigkeit, Wetterbedingungen, Betätigungszeitraum, Arbeitsbelastung und spezielle Anforderungen an das Bekleidungsdesign) ab.

### Strenge Produktionsbestimmungen

Es dürfen nur solche Unternehmen GORE-TEX® Bekleidung herstellen, die von Gore zertifiziert werden. Das heißt, dass sich der Verarbeiter dazu verpflichtet, GORE-TEX® Lamine nur für Bekleidungssteile zu verwenden, deren Design und Konstruktion die vorgegebenen Gore Performance

Standards erfüllen. Zertifizierte Verarbeiter für GORE-TEX® Bekleidung werden durch ein spezielles Produktions-Service-Team betreut, das das Management der Betriebe berät und deren Produktionspersonal schult. Nahezu alle in Europa eingesetzte GORE-TEX® Technische Bekleidung wird von europäischen Verarbeitungsbetrieben gefertigt.

### Revolution in der Bekleidungsbranche

Mit seinen GORE-TEX® Funktionstextilien hat Gore in den vergangenen über zwei Jahrzehnten

Heute sind ständig über 100 Millionen GORE-TEX® Produkte im Gebrauch – in Anwendungsbereichen wie Feuerwehren, Rettungsdiensten, Militär, Polizei und der Industrie.

Herzstück jeder GORE-TEX® Technischen Bekleidung ist die hauchdünne und sehr leichte, mikroporöse GORE-TEX® Membrane auf der Basis des Kunststoffes PTFE (Polytetrafluorethylen) mit rund 1,4 Mrd. Mikroporen/cm<sup>3</sup>. Die Poren sind ca. 20.000 mal kleiner als ein Wassertropfen, aber 700 mal größer als ein Wasserdampfmolekül. Dadurch ist sie gleichzeitig wasserdicht und atmungsaktiv. Zudem ist sie winddicht, knickstabil, chemikalienbeständig und thermostabil von -250°C bis +280°C.

wie bei Sport- und Freizeitkleidung auch die Bekleidung der Arbeitswelt revolutioniert. Heute sind weltweit ständig über 100 Millionen GORE-TEX® Produkte im Gebrauch und werden in den unterschiedlichsten Anwendungsbereichen – auch in der Arbeitswelt – eingesetzt, ob bei Feuerwehren, Rettungsdiensten, Militär, Polizei und der Industrie. Dabei ist das Spektrum ihrer Schutzfunktionen ungewöhnlich breit: Es reicht von Schutz vor Nässe, Auskühlung, Hitze, Keimen und Chemikalien bis zu elektrostatischer Ableitung. GORE-TEX® Bekleidungssysteme haben dazu beigetragen, das Bewusstsein für Funktionalität und gleichzeitigem Komfort bei Schutzkleidung, Sicherheitsschuhen, Handschuhen und Kopfbedeckung in der Arbeitswelt zu verbreitern.

### Informationen

W. L. GORE & Associates GmbH,  
D-85636 Putzbrunn  
Tel. + 49/89/4612-2773  
Fax DW 2329  
E-Mail: [mhaag@wlgore.com](mailto:mhaag@wlgore.com)  
[www.gore-workwear.com](http://www.gore-workwear.com)

Neue Ansätze in der Gemeinde- und Regionalentwicklung gefragt

# Zusammenlegung versus Zusammenarbeit

Schwierige Finanzsituationen, Landflucht und Sicherung der kommunalen Qualität verlangen nach neuen Ansätzen in der Gemeinde- und Regionalentwicklung. Gemeindezusammenlegungen sind dabei nicht als Allheilmittel anzusehen. Aus diesem Grund gewinnt interkommunale Zusammenarbeit immer mehr an Gewicht. Doch diese muss auch nachhaltig sein.

Die kommunale Wirtschafts- und Finanzkraft stellt für viele Städte und Gemeinden ein kontinuierliches Problemfeld dar. Ohne wirtschaftliche Aktivitäten – zumindest im mittelbaren kommunalen Umfeld – verlieren Kommunen ihre Attraktivität und Anziehungskraft und mutieren, wenn überhaupt, zu reinen Schlafgemeinden – „sie rinnen einfach aus“. Damit stehen vor allem ländliche Gemeinden vor der Herausforderung einer kontinuierlichen kommunalen Standortsicherung. Dies umso mehr, als die demografische Entwicklung der kommenden Jahre eine Überalterung von ländlich strukturierten Gemeinden befürchten lässt. Vor allem kleinere Kommunen sind mit diesen Ansprüchen überfordert. Es fehlen die personellen Ressourcen, die fachliche Expertise und nicht zuletzt auch die finanziellen Mittel.

## Potenziale der Gemeinden nutzen

Damit scheint auf den ersten Blick den Zentralisten und „Gemeindezusammenlegern“ das Wort geredet. Gemeindezusammenlegungen sind ein sehr sensibel und differenziert zu behandelndes Thema. Sie mögen von Fall zu Fall opportun sein, dürfen jedoch nicht als Allheilmittel definiert werden. In der gängi-



Dr. Gerald Mathis ist Geschäftsführer des ISK Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung und lehrt an der Fachhochschule Vorarlberg Standort- und Regionalmanagement.

gen Praxis wird vor allem den standortsoziologischen Potenzialen von Kommunen als historisch gewachsene Kollektive zu wenig Bedeutung beigemessen. Hier liegt jedoch ein großes Potential an Sozialkapital, welches sich im Engagement für die Gemeinschaft und einer hohen Standortidentifikation niederschlägt. Ressourcen, welche für unsere Gesellschaft auf der untersten Ebene unseres pluralistischen Systems – den Kommunen – von hohem Wert sind. Nicht zuletzt auch darum, weil sie als Gegenpol zu immer größer werdenden Verwaltungseinheiten (EU) die Eigenverantwortung und die Entscheidungskompetenz auf einer noch überschau-

baren Ebene sicherstellen. Dieses Potenzial gilt es zu erhalten. Ein Lösungsweg sind neue Ansätze und Formen der Regionalentwicklung auf interkommunaler Basis.

## Interkommunale Zusammenarbeit und subsidiäre Regionalentwicklung

Eine nachhaltige interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) muss gewisse Mindeststandards erfüllen. Wichtig ist, dass dieses Zusammengehen als Prozess verstanden wird, der gemeinsam eingeleitet und auch gemeinsam entwickelt werden muss und nicht von oben aufoktroiert ist. Bevor man einen Geschäftsführer einstellt und eine Entwicklungsgesellschaft gründet, sollte man die anstehenden Ziele und Aufgaben gemeinsam erarbeiten. Dabei gilt es, die Stärken, Chancen und Potenziale der einzelnen Gemeinden zu nützen und auch dafür Sorge zu tragen, dass in den Gemeinden selbst optimale Rahmenbedingungen für eine ideale standortwirtschaftliche Entwicklung herrschen, in dem die IKZ nicht nur zentral agiert, sondern auch die Gemeinden selbst betreut und weiterentwickelt. Dieses Vorgehen sollte von einem Fachmann begleitet werden, der auch über das notwendige Know-how betreffend Gemeinde- und Regionalentwicklung verfügt.

## Information

Institut für Standort-,  
Regional- und Kommunal-  
entwicklung ISK  
J.G.-Ulmer-Straße 21  
A-6850 Dornbirn  
Tel.: +43 5572/372 372  
Fax: +43 5572/372 372-24  
[office@isk-institut.com](mailto:office@isk-institut.com)  
[www.isk-institut.com](http://www.isk-institut.com)



13. bis 14. Mai 2009 in der Stadthalle Graz

## ÖVGW-Kongress und Fachmesse Gas Wasser

Die Murstadt Graz ist im Mai für zwei Tage die erste Adresse der Branchen Gas und Wasser. Sie versammelt Verantwortliche von Gasnetzbetreibern und Wasser-versorgungsunternehmen, Behördenvertreterinnen und -vertreter sowie Interessierte der Branchen und fachspezifischen Industrien.

### Aktuelle Themen-Schwerpunkte

Auf dem Programm des von der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) organisierten Fachkongresses steht eine Vielzahl interessanter Vorträge, u. a. zu den Themen Erdgasspeicherung, Erdgasfahrzeuge und Biogaseinspeisung, Trinkwasser-Benchmarking, Was-



Foto: Graz Tourismus

Die Murstadt Graz ist von 13. bis 14. Mai die erste Adresse der Branchen Gas und Wasser.

serverluste und Water Safety Plans. Der einleitende Festvortrag wirft aus aktuellem Anlass einen Blick auf das Stimmungsklima vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise. Die Tagung dient aber nicht nur Branchen-Insidern als Gesprächsplattform, sondern

bietet auch Behörden und Politik die Möglichkeit, sich am Diskurs der österreichischen Versorgungswirtschaft zu beteiligen.

### Große Fachmesse

Begleitet und ergänzt wird der Kongress durch die

größte österreichische Fachmesse im Gas- und Wasserbereich. Mehr als 60 in- und ausländische Firmen sind vertreten, die auf rund 1100 m<sup>2</sup> Ausstellungsfläche bewährte und neue Produkte und technische Verfahren präsentieren.

Der Besuch dieser Fachmesse ist übrigens nicht an die Teilnahme am Kongress gebunden und kann auch mit einer kostenfreien Tageskarte erfolgen.

### Information

ÖVGW  
Beate Röhrling  
Tel.: +43/1/513 15 88-20  
[roehrling@ovgw.at](mailto:roehrling@ovgw.at)  
[www.ovgw.at](http://www.ovgw.at)

E.E.

KUHN präsentierte sich eindrucksvoll auf der MAWEV Show 2009 in Kottingbrunn

## Weltpremiere beim größten Demonstrations-Event

Es wurde jedem Fachbesucher die einmalige Gelegenheit geben, vor Ort die neuesten Geräte auszuprobieren. So konnten viele Kunden von KUHN und Fachbesucher den realistischen Einsatz der Maschinen hautnah miterleben und testen.

### Neuheiten präsentiert

Ausgestellt wurden als Weltpremiere auch die neuen Modelle der Kranreihe in der 13–18 mto-Serie sowie in der Großkranreihe, das neue Flaggschiff der PK 50002; dieses Modell ist der perfekte Einstieg in die Schwerlastklasse. KUHN – in Kooperation mit Firma PALFINGER – zeigte dies auch in einer beeindruckenden Liveshow im



Idee, Know-how, Innovation, Verwirklichung ergaben die neue Produktlinie der „HIGH PERFORMANCE Serie“ von KUHN.

Rahmen einer Produktvorführung. Hier wurden die Neuheiten bei der 13–18 mto HIGH PERFORMANCE-Serie präsentiert: Der um

15° noch oben abwinkelbare Knickarm zeichnet sich durch eine hervorragende Bewegungsgeometrie aus. Selbst unter ungünstigen

Platzverhältnissen können schwere Kranarbeiten problemlos durchgeführt werden. Mit dem wartungsfreien Ausschubsystem an Kran und Zusatzsystem wird ein deutliches Zeichen in Richtung Servicefreundlichkeit und auch im Umweltschutz durch Chrom-VI freien Leitungen gesetzt.

### Information

KUHN-Ladetechnik GmbH  
Peter-Anich-Straße 1  
A-4840 Vöcklabruck  
Tel.: 43(0)7672-725 32-0  
Fax: 43(0)7672-725 32-290  
[office-1t@kuhn.at](mailto:office-1t@kuhn.at)  
[www.kuhn-gruppe.com](http://www.kuhn-gruppe.com)

E.E.

Der leistungsstarke Universal-Depotdünger für das öffentliche Grün

## Basacote Plus

Basacote Plus ist eine universell einsetzbare Depotdüngerserie, deren verschiedene Typen eine Wirkdauer von drei, sechs neun und zwölf Monaten haben. Mit einem Angebot von allen Haupt- und Spurennährstoffen ist Basacote Plus der ideale Dünger zur langfristigen Versorgung von:

- ▶ Bäumen und Gehölzen
- ▶ Stauden und Rabatten
- ▶ Mobilem Grün

Eine einmalige Gabe mit der Pflanzung oder im Frühjahr und die Düngung ist für mindestens ein Jahr kein Thema mehr! Das schafft freie Kapazitäten für andere Aufgaben.

Mit der neuen kaliumbetonten Formel von Basacote Plus können besondere Standortbedingungen



Mit der neuen kaliumbetonten Formel von Basacote Plus können besondere Standortbedingungen und Kulturansprüche berücksichtigt werden.

und Kulturansprüche berücksichtigt werden. Die innovative Produktionstechnologie sorgt für optimale Produktqualität. Die Nährstoffe werden kontrolliert freigesetzt, sodass eine bedarfsgerechte, an den Wachstumsverlauf der Kulturen angepasste Nährstoffanlieferung gesichert ist.

### Information

COMPO GmbH & Co. KG  
Gildenstraße 38  
D-48157  
Münster/Germany  
info@compo.de  
[www.compo.de](http://www.compo.de)

E.E.

Einbruchschutz in Zeiten hoher Kriminalitätsraten

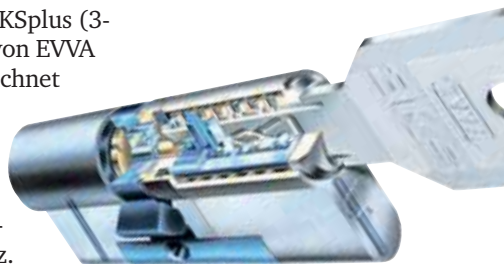
## Verdoppelte Einbruchszahlen

2009 fängt für Diebe leider gut an. Die Zahlen sind erschreckend: Die Einbrüche in Wiener Einfamilienhäuser sind in den ersten beiden Monaten um 100 Prozent gestiegen. Auch Wohnungen und Gewerbebetriebe sind stark gefährdet. Alarmierend auch die Ergebnisse einer österreichweiten repräsentativen Umfrage vom Sicherheitsanbieter EVVA und Forschungsinstitut INTEGRAL: Die meisten Österreicher verbessern erst dann ihren Einbruchschutz, wenn bei ihnen oder Bekannten eingebrochen wurde.\* Prävention ist das Gebot der Stunde, um es Einbrechern so richtig schwer zu machen. Das hat auch die Poli-

\* Landesweite repräsentative Umfrage des Forschungsinstitutes INTEGRAL im 2. Halbjahr 2008.

tik erkannt und setzt erste Schritte: In Wien werden Sicherheitstüren mit 20 Prozent gefördert (bis zu 800 Euro). Viele Hersteller und Sicherheitsfachgeschäfte bieten Ihnen Sicherheitstüren mit einem integrierten hochwertigen EVVA-Schließzylinder an. Denn was nützt die beste Sicherheitstür, wenn Einbrecher den Zylinder leicht entfernen können? Der beliebte Schließzylinder 3KSplus (3-Kurven-System) von EVVA beispielsweise zeichnet sich durch sehr hohen Einbruchschutz aus – dank Aufbohr-, Abtast-, Kernzieh- und Pickingschutz. Ein Einbruch verletzt Ihre Privatsphäre empfindlich

und nimmt Ihnen das wichtige Gefühl der Sicherheit. Ein EVVA-Partner informiert persönlich und ausführlich über den idealen Einbruchschutz. Einen EVVA-Partner in der Nähe finden Interessierte sofort unter [www.evva.at/partner](http://www.evva.at/partner) Wichtige Sicherheitsinformationen und -videos hält die Sicherheitsseite [www.mein-sicheres-zuhause.at](http://www.mein-sicheres-zuhause.at) bereit.



Das besonders sichere und langlebige mechanische Schließsystem 3KSplus von EVVA.

### Information

EVVA ist ein österreichisches Familienunternehmen (gegründet 1919) und europaweit einer der führenden Hersteller von Schließ- und Sicherheitstechnik – sowohl im mechanischen als auch elektronischen Bereich. Die weltweit bewährten Sicherheitsprodukte von EVVA bieten optimalen Schutz und mehr Komfort für Unternehmen, öffentliche Institutionen und Privathaushalte. Unsere über 800 Mitarbeiter in 13 Niederlassungen sorgen für individuell abgestimmte Lösungen mit hoher Investitionssicherheit. [www.evva.at](http://www.evva.at)





Tiroler Gemeinde Seefeld setzt auf Biomasse und Energiecomfort

# Gemeinde Seefeld denkt um

Die Tiroler Gemeinde Seefeld hat vorausschauend im Sinne des Klimaschutzes gehandelt und schon 2006 mit dem Projektpartner Energiecomfort Energie- und Gebäudemanagement die Projektplanung und -entwicklung für eine umweltfreundliche, komfortable Wärmeversorgung aus Biomasse begonnen.

Der Seefelder Bürgermeister Mag. Werner Frießer berichtet im Interview aus seiner Erfahrung:

**Welche Beweggründe waren für Ihren Entschluss, ein Bio-Ortswärmenetz zu errichten, entscheidend?**

**Bürgermeister Frießer:**

Diese Erfolgsgeschichte hat mit der Suche nach einer alternativen Heizmöglichkeit für unser Schwimmbad begonnen. In weiterer Folge war auch angedacht, die Tennishalle und ein Hotel, das damals noch im Besitz unserer Gemeinde war, mit alternativer Wärme zu versorgen. Die Idee wuchs und heute liefert die Bio-Ortswärme Seefeld 55% des Wärmebedarfes unseres Ortes.



Dank ihrer Biomasse-Anlage kann die Gemeinde Seefeld jährlich etwa 7,200.000 kg CO<sub>2</sub> und rund vier Millionen Liter Heizöl einsparen.

Heizwerkes in der Gemeinde Tannheim lernten wir unseren heutigen Partner kennen. Mein Bürgermeisterkollege erzählte mir von der kompetenten und freundschaftlichen Partnerschaft mit Energiecomfort – seine Aussagen überzeugten uns.

**War es für Sie als Bürgermeister schwierig, einen breiten Konsens für diese strategische Entscheidung zu bekommen, und auf welche Weise wurden Sie dabei von Energiecomfort unterstützt?**

Unsere Gemeinderätinnen und -räte konnten schon bei der ersten Projektvorstellung überzeugt werden. Der Ökologiedanke stand für unsere Tourismusgemeinde sofort an erster Stelle. Dieser wurde auch von Energiecomfort hervorragend und eindrucksvoll präsentiert. Energiecomfort unterstützte durch Info-Veranstaltungen und war in der gesamten Projektphase auch Ansprechpartner für alle Fragen aus der Seefelder Bevölkerung.

**Wie hat Energiecomfort es aus Ihrer Sicht geschafft, die 6-monatige Bauzeit für eine Tourismusgemeinde wie Seefeld schonend durchzuführen?**

Bei einem so großen Bauvorhaben ist der Begriff „schonend“ schwierig. Jedoch konnten wir auch die Bevölkerung von diesem Projekt sofort überzeugen, und somit realisierten wir ohne große Beschwerden das Baulos in dieser rekordverdächtigen Bauzeit.

**Welche positiven Veränderungen fallen Ihnen ein, seit Seefeld durch Biomasse versorgt wird? Welches Feedback bekommen Sie von Ihren Bürgern und Bürgerinnen?**

Viele alte Heizanlagen sind nun nicht mehr in Betrieb. Teilweise waren diese 45 Jahre alt und belasteten natürlich unsere Luft in erhöhtem Maße. Neben diesem Umweltaspekt war für unsere Kunden natürlich auch der günstige und konstante Preis ausschlaggebend. Der massive Anstieg der Preise für Öl und Gas im letzten Jahr verstärkte diese positive Stimmung in der Bevölkerung noch zusätzlich.

**Wie bewerten Sie als Bürgermeister im Rückblick Ihre Entscheidung pro Biomasse und pro Energiecomfort?**

Wir haben im richtigen Moment eine gute und nachhaltige Entscheidung getroffen. Ich würde diese jederzeit wiederholen und wieder mit Energiecomfort umsetzen.

Wir haben im richtigen Moment eine gute und nachhaltige Entscheidung getroffen. Ich würde diese jederzeit wiederholen und wieder mit Energiecomfort umsetzen.



Mag. Werner Frießer,  
Bürgermeister Seefeld, Tirol

**Was hat Sie bewogen, das Projekt gerade mit Energiecomfort, einer Wien-Energie-Tochter, zu realisieren und die juristische Gesellschaft Ortswärme Seefeld zu gleichen Teilen mit Energiecomfort zu errichten?**

Wir waren auf der Suche nach einem Know-how-Partner, der solche Projekte schon erfolgreich umgesetzt hatte. Durch eine Besichtigung des Biomasse-

## Information

ENERGIECOMFORT  
Energie- und Gebäudemanagement GmbH  
1020 Wien  
Tel. +43/1/313 17-0  
Fax: +43/1/313 17-3636  
office@energiecomfort.at  
www.energiecomfort.at

## Frühjahrsputz in den Gemeinden

# Bürgerbeteiligung ist alles andere als „billige Arbeitskraft“

Mit dem Frühjahr und damit mit den steigenden Lufttemperaturen und dem Wunsch, sich wieder mehr im Freien aufzuhalten, kommt auch der Wunsch nach „aufräumen“, „instand setzen“, „in Schwung bringen“ oder „reinigen“. Dieser Wunsch herrscht nicht nur für Haus und Garten vor, sondern auch für die Gemeinde, den Ort oder das Dorf.

DI Walter Kirchler

Viele Aktionen, wie Flurreinigung, Sperrmüllsammmlung werden zu dieser Zeit in den Gemeinden durchgeführt. Und so, wie die Reinigung für die vier Wände geplant werden muss, so muss sie auch für die Gemeinde geplant werden, denn allein eine schriftliche Einladung im Briefkastl, dass eine Aktion durchgeführt wird

Gemeinsame Beratung durch einen Fachmann, gemeinsame Ausschreibung und gemeinsame Auftragsverteilung. Bei der Fassadenneugestaltung kann sich jeder damit nicht nur viel Geld und Nerven ersparen ...

und jeder mitmachen soll oder kann, ist zu wenig. Es stellt sich also die Frage, wie sollen die ersten Schritte erfolgen, worauf muss geachtet werden, wenn man mehrere Aktionen gleichzeitig durchführen will.

## 1. Schritt – Bestandsaufnahme:

Bildung einer Kern-Arbeitsgruppe mit dem Ziel, den eigenen Ort „von oben bis unten“ oder von „vorne bis hinten“ genau unter die Lupe zu nehmen und alle Besonderheiten, die geändert werden sollten, aufzuschreiben. Natürlich ist es hilfreich, eine außenstehende Person, die sich mit der Gestaltung und Planung von Orten und Gemeinden aus-



DI Walter Kirchler  
ist Geschäftsführer  
der NÖ Dorf- und  
Stadterneuerung

einandersetzt, bei den Ortsbegehungen einzubinden, denn die eigenen Personen werden oft betriebsblind, und viele Bereiche fallen diesen Personen nicht mehr auf, weil sie den Anblick schlicht und einfach schon seit Jahren gewohnt sind. Maßnahmen, die aufgrund der Bestandsaufnahme entstehen können:

### ► *Reinigung öffentlicher Grünflächen*

Hier geht es nicht nur um die Entfernung von Streusplitt, Düngung des Bodens mit Kompost und Neupflanzung (sofern Pflanzen über den Winter abgestorben sind), sondern auch um die Kontrolle von Windwurfpflocken (ob sie noch notwendig sind, ob sie besser verankert werden müssen ... sowie um die Kontrolle der Vitalität und Sicherheit von älteren Bäumen und deren Gefahren für die MitbürgerInnen. (Die Kontrolle der Vitalität der Gehölze sollte auf jeden Fall durch eine/n Fachfrau/mann durchgeführt werden – diese/r bestimmt dann auch die notwendigen Maßnahmen.)

### ► *Kontrolle- und Instandsetzung von Sport- und Freizeitanlagen wie Spielplätze, Fußballplatz, Beachvolleyplatz usw.*

Kaputte Geräte, kaputte Tore, Papierkörbe, Bodenflächen, die neu mit Rasensamen ausgesät werden sollten bzw. deren Böden ausgeglichen werden müssen, weil sich Mulden, Unebenheiten usw. gebildet haben.

► *Kontrolle des Freizeitmobiliars*  
Welche Papierkörbe, welche Anschlagtafeln, welche Beleuchtungskörper, welche Sitzbänke u. a. m. müssen erneuert werden, welche müssen neu verankert werden, welche brauchen einen frischen Anstrich, und wo fehlt ein Teil völlig.

► *Auspflanzung neuer Gehölze*  
Wo gibt es Flächen – nicht nur im Ortsgebiet, sondern auch in der Flur oder im Übergangsbereich zwischen Siedlung und Flur, wo neue Baum- und Strauchpflanzungen in Form von Baumreihen, Alleen oder einfach Hecken durchgeführt werden können.

### ► *Sperrmüll*

Unterstützung der Privatpersonen bei der Räumung von Sperrmüll im eigenen Garten. Bei welchen Flächen ist Hilfe notwendig – weil die Trümmer zu groß sind oder einfach die Personen zu alt sind und sie es alleine nicht mehr schaffen können.

### ► *Fassaden*

Fassaden bei Haupt- und Nebengebäuden können genauso ein Thema sein. Bildung einer eigenen Gruppe mit jenen Personen, die die Fassade neu gestalten wollen. Gemeinsame Beratung durch einen Fachmann, gemeinsame Ausschreibung und gemeinsame Auftragsverteilung. Jeder kann sich damit nicht nur viel Geld und Nerven ersparen, er ist nicht allein sondern hat Mitstreiter und fühlt sich damit besser und sicherer.

## 2. Schritt – Kategorisierung

Aufgrund der Bestandsaufnahme erfolgt die Zuteilung der einzelnen Bereiche in Kategorien, die ohne fachliche Unterstützung geändert, gereinigt, erneuert werden können, bzw. in Kategorien, wo unterschiedliche fachliche Hilfe notwendig ist. Diese Hilfen können von Hand-





Oben: Nach der Kategorisierung gilt es kleine Arbeitsgruppen zu bilden, die mit den Vorbereitungsarbeiten betraut werden.

Rechts: Danach geht es auf die Suche nach jenen Personen, die die notwendigen Kenntnisse für die Durchführung der Arbeiten haben.

werkern genauso erfolgen wie von Planern, die für eventuelle Um- bzw. Neugestaltungen Unterstützung bieten.

### 3. Schritt – Bildung der Arbeitsgruppen für die Umsetzung

Aufgrund der Kategorisierung gilt es kleine Arbeitsgruppen für jede Maßnahme/Aktion zu bilden, die mit den Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung betraut werden. Jetzt geht es auf die Suche nach jenen Personen, die die notwendigen Kenntnisse für die Durchführung der Arbeiten haben. Organisiert werden diese Gruppen durch die Kerngruppe. Natürlich müssen die gesuchten Personen aus dem Ort persönlich angesprochen werden und natürlich sollte das unterschiedliche Können und Wissen der Personen angesprochen werden, denn gerade dafür werden sie für dieses Projekt gesucht. Es gilt also mit Wertschätzung die Personen anzusprechen, ob sie bei der Aktion mitmachen.

### 4. Schritt – Organisation der Umsetzung

Die Umsetzung der jeweiligen Maßnahme muss genauso geplant werden. Dies passiert in der jeweiligen Arbeitsgruppe. Ist Hilfe durch den Bauhof notwendig, entstehen Kosten dabei,



Fotos: NO Dorf- und Stadterneuerung

muss Material eingekauft werden, welche Geräte stehen zur Verfügung, welche müssen neu gefunden werden usw. usw. Wenn alle Fragen geklärt sind, bis hin zur Übernahme von den Kosten durch die Gemeinde oder durch einen Verein (sofern Kosten entstehen), kann mit der Umsetzung begonnen werden. Natürlich macht es mehr Spaß, wenn viele Personen mithelfen. Delegieren heißt das Zauberwort. Wird die Suche nach Helfern auf mehrere Personen delegiert gelingt es eher, viele Mithelfer/innen zu finden, als wenn sich nur der Arbeitsgruppenleiter alleine auf die Suche begibt. (Hat eine Gruppe 5 Mit-

Selbstverständlich soll in regionalen Medien und besonders in der Gemeindezeitung über die Aktionen berichtet werden.

Dabei gilt auch der Spruch „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte“.

glieder, und jeder versucht 5 Personen für die Umsetzung der Aktion zu gewinnen, so sind in der Summe 25 Personen bei der Umsetzung aktiv beteiligt. – Die Einzelperson wird sich sehr schwer tun, 25 Personen zusätzlich zu finden.)

### 5. Schritt – Arbeiten und dann feiern

Es gilt aber nicht zu arbeiten und die Aktion, das Projekt umzusetzen, sondern es gilt auch den Erfolg zu feiern. Die Jause nach der Arbeit ist genauso wichtig wie die Arbeit selbst. Auch der Dank und das Lob durch die Gemeindevertreter dürfen nicht fehlen. (Alle Menschen freuen sich über ein Dankeschön, über ein Lob für eine Tätigkeit, die nicht selbstverständlich ist.)

### 6. Schritt – Öffentlichkeitsarbeit „Tue Gutes und rede darüber“ – viele kennen diesen Spruch und einige handeln danach.

Selbstverständlich soll in regionalen Medien und besonders in der Gemeindezeitung über die Aktionen berichtet werden. Dabei gilt auch der Spruch „Ein Bild sagt mehr als Tausend Worte“. Schreiben Sie keine Romane, versuchen Sie eher mit Bildern die Stimmung einzufangen. Bedanken Sie sich als Bürgermeister/in bei den Aktivistinnen und rufen sie zu weiteren Aktionen auf.

Für die genannten Aktionen werden sehr oft Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung gesucht. Dabei steht oft die „billige Arbeitskraft“ im Vordergrund. Dies sollte jedoch nicht sein.

### Bürgerbeteiligung und Patenschaften

Bürgerbeteiligung in der Gemeinde sollte nicht auf die eine oder andere Aktion beschränkt werden – sie sollte als Prozess gesehen werden. Gemeinsam mit aktiven Personen an der Entwicklung der Gemeinde und damit des eigenen Lebensraumes arbeiten, gemeinsam planen und gemeinsam umsetzen. Damit entsteht ein hoher Grad an Identifikation mit den verschiedenen Aktionen – und vor allem auch ein hoher Grad an Ver-





Wenn alle Fragen geklärt sind, bis hin zur Übernahme von den Kosten durch die Gemeinde oder durch einen Verein (sofern Kosten entstehen), kann mit der Umsetzung begonnen werden.

ständnis für politisches Handeln (Bürgerbeteiligung versus Politikverdrossenheit).

Will man Bürgerbeteiligung ehrlich und ernsthaft betreiben, sind folgende Maßnahmen unter anderem notwendig:

- ▶ Festsetzen der Regeln am Beginn des Beteiligungsprozesses (wer bereitet Entscheidungen vor, wie wird zwischen den Gruppen kommuniziert, wer entscheidet ...)
- ▶ Festlegen des finanziellen Rahmens für die einzelnen Maßnahmen
- ▶ Transparenz in den verschiedenen Vorgaben und Realisierungsschritten

Wenn sich Menschen in einer Gruppe einbringen können, wenn sie ernst genommen werden, wenn sie mitreden können, wenn ihre Fähigkeiten geschätzt werden, dann entsteht Wohlgefühl – und dies ist die Voraussetzung, dass sich die Menschen auch für einen längeren Zeitraum engagieren.

Patenschaften sind bewährte Methoden, Bürger/innen für verschiedene Aufgaben zu gewinnen. Patenschaften für Baumpflanzungen, Patenschaften für Amphibien, Patenschaften für die Pflege verschiedener Grünflächen und vieles andere

mehr. Patenschaften können aber auch für Menschen ins Leben gerufen werden. Jung hilft alt – und umgekehrt.

In vielen Bundesländern gibt es die Aktionen Dorferneuerung, Gemeindeentwicklung, Stadterneuerung oder LA 21 – Nachhaltige Gemeindeentwicklung.

In den meisten Bundesländern gibt es in der Zwischenzeit auch erfahrene Prozessbegleiter/innen für die Abwicklung dieser Aktionen in den Gemeinden. So gibt es in Niederösterreich den Verband für Dorf- und Stadterneuerung, der mit 40

Für die „Frühjahrsputz“-Aktionen werden meist Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung gesucht. Dabei steht oft die „billige Arbeitskraft“ im Vordergrund. Dies sollte jedoch nicht sein.

MitarbeiterInnen den Gemeinden zur Unterstützung – auch für die oben angeführten Aktionen – dient. Informieren Sie sich in Ihrem Bundesland, welche Unterstützungsmöglichkeiten es gibt und nehmen Sie diese auch in Anspruch, damit die Umsetzung des „Frühjahrsputzes“ erfolgreich wird.

## „Dorferneuerungsvereine“

in den Bundesländern

- ▶ NÖ Dorf- und Stadterneuerung – Verband für Landes-, Regional- und Gemeindeentwicklung

Tel.: 02952/48 48

Fax: 02952/48 48 5

office@

dorf-stadterneuerung.at

www.dorf-stadterneuerung.at

- ▶ Burgenländische Dorferneuerung

Tel.: 057/600-2631

Fax: 057/600-2936

www.burgenland.at/

buergerservice/  
dorferneuerung

- ▶ Dorferneuerung Tirol

Tel.: 0512/508 3802

Fax: 0512/508 3805

bodenordnung@tirol.gv.at

- ▶ Dorferneuerung Kärnten Fördertechnische Abwicklung:

Dr. Kurt Rakobitsch, Amt der Kärntner Landesregierung, 9021 Klagenfurt;

Tel.: 050 536 DW 32061

- ▶ Die Landentwicklung Steiermark – Landesbüro:

Tel.: 0316/82 48 46

Fax: DW 4

office@landentwicklung.com

- ▶ Land Salzburg:

www.salzburgerbildungswerk.at

Viele Links zu diversesten Themen [www.gemeindeentwicklung.at](http://www.gemeindeentwicklung.at)

- ▶ Amt der oö. Landesregierung – Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung

Tel.: 0732/77 20-125 29

Fax: 0732/77 20-21 27 89

ro.post@ooe.gv.at

- ▶ Gemeindeentwicklung Vorarlberg

raumplanung@vorarlberg.at

Tel.: 05574/511-27105

Fax: 05574/511-27195

Quelle : Internet

Angaben ohne Gewähr



# Ein Feuerwerk an Neuheiten.



Mit Nilfisk geht ein neuer Stern am Maschinenhimmel von bösch auf. Nilfisk ist weltweit führender Hersteller hochwertiger Markenprodukte für die professionelle Reinigung. Das Nilfisk-Produktsortiment ergänzt perfekt das hochwertige bösch-Programm. Diese Kombination bildet die ideale Grundlage für die Lösung all Ihrer Reinigungsprobleme. Vertrauen Sie auch weiterhin auf bösch reinigung: Denn auf Qualität und Service ist Verlass!

## Ein Feuerwerk an Neuheiten:

- Gewerbesauger mit durchdachten Details
- Industriesauger für jeden Anwendungsfall
- Scheuersaugmaschinen für alle Flächenleistungen
- Kehrsaugmaschinen in jeder Größenordnung
- Einscheibenmaschinen für glänzende Ergebnisse

Jetzt  
Neu im  
Sortiment

nora Kautschukbodenbeläge in der Veranstaltungshalle Baden bei Wien

# Umweltfreundlich, resistent und brandbeständig

Dank nora® Bodenbelägen mit Umweltzeichen UZ 56 war es möglich, innerhalb kürzester Zeit die Veranstaltungshalle in Baden bei Wien mit einem neuen Boden auszustatten.

Mehr als 2500 m<sup>2</sup> Norament Serra in einem gedeckten Grau wurden von der ortsansässigen Fachfirma Gaster aus Traiskirchen zur vollsten Zufriedenheit der Bauherrschaft termingerecht verlegt. Die Oberfläche dieses Kautschukbelags von nora wurde abgestimmt auf die in der Veranstaltungshalle ständig wechselnden Belastungen, vom Popkonzert bis hin zu Messen bzw. Ausstellungen, Sportevents und last but not least befindet sich dort auch die größte Greenbox Österreichs.

## Resistente Schiefer-Oberfläche

Der norament 925 Belag ist resistent gegen höchste Beanspruchung und setzt gleichzeitig deutliche Akzente durch seine Schiefer-Oberfläche. „Die nora Beläge haben sich in den vergangenen Monaten bewährt“, zeigte sich der Nutzer sehr zufrieden. „Die Leute fühlen sich wohl, und die wirtschaftliche Reinigung der Kautschukbeläge senkt unsere Betriebskosten.“ „Wir tragen Verantwortung für die Besucher. Die guten Brandschutzeigenschaften haben zur Entscheidung beigetragen, das Objekt mit nora Belägen auszustatten.“



Die Oberfläche dieses Kautschukbelags von nora wurde abgestimmt auf die in der Veranstaltungshalle ständig wechselnden Belastungen.

## Brandbeständig

Die Beläge sind als schwer entflammbar (B1/Q1) nach DIN 4102 eingestuft. Im Brandfall entstehen keine Chlorwasserstoffgase, keine Salzsäure, keine Dioxine oder Furane. Weiters entscheidend war die absolute Zigarettenglutbeständigkeit.

## Geringe Emissionen

Der kürzlich verliehene blaue Umweltengel „weil emissionsarm“ attestiert neben dem Umweltzeichen ZU 56 zudem, dass die geringen Emissionen aus den nora Belägen für die Nutzer vorteilhaft sind. Grundlage sind die ausgesuchten Rohstoffe: Die Basis bilden hochwertige Industrie- und Naturkautschuke. Da-

zu kommen Mineralien, die aus natürlichen Vorkommen gewonnen werden, sowie umweltfreundliche Farbpigmente. nora Beläge sind damit frei von PVC, Weichmachern (Phtalate) und Halogenen (z. B. Chlor).

## Information

nora flooring systems GmbH  
Rablstr. 30/1  
4600 Wels  
Tel. 07242/74001  
Fax 07242/74003  
[reinhold.mayer@nora.com](mailto:reinhold.mayer@nora.com)  
[www.nora.com/at](http://www.nora.com/at)





Die Spezialisten von Drizoro dichten „kleine“ kommunale Zisternen genauso perfekt ab wie Staudämme oder Hochdruckbehälter.

Spezialputze von Drizoro isolieren jedes Leck

## Das sind „wasserdichte Lösungen“

Drizoro Waterproofing ist auf die Herstellung von hochqualitativen Isolierputzen auf Zementbasis spezialisiert. Diese können sowohl innen als auch außen angewandt werden und garantieren eine wirkungsvolle Abdichtung. Die wasserdichten Spezialputze können zur Abdichtung von feuchten Mauer oder Flachdächern, aber auch für Springbrunnen oder Zisternen verwendet werden. Drizoro kann auf umfangreiche Erfahrung bei der Abdichtung von Brunnen zurückgreifen. So wurde etwa auch der größte Brunnen der Welt in Abu Dhabi, der eine Höhe von 40 Meter hat, von Drizoro abgedichtet.

Eines der Vorzeigeprojekte von Drizoro Austria ist die Renovierung des Brunnens im Haupthof des Stiftes Zwettl. Dabei waren strenge Auflagen des Bundes-

denkmalamtes zu erfüllen, und das Erscheinungsbild durfte nicht verändert werden. Zunächst wurden die Granitblöcke gereinigt und saniert und die Fugen mit dehnbarem Drizoro-Material abgedichtet. Als besondere Herausforderung erwiesen sich Auswaschun-



Die wasserdichten Spezialputze dichten nicht nur feuchte Mauern ab.



Drizoro-Vorzeigeprojekt: Der 250 Jahre alte Brunnen im Stift Zwettl, wo die Fugen mit dehnbarem Drizoro-Material abgedichtet wurden. (Bilder oben und links)

### Information

Drizoro Austria-Dom  
Rechte Wienzeile 37  
1040 Wien  
Tel.: 01/586 65 25 oder  
01/587 43 81  
Fax: 01/587 89 49  
Web: [www.drizoro.at](http://www.drizoro.at)

gen, die im Lauf der Zeit unter dem Brunnen entstanden waren. Sie wurden mit Drizoro-Spezialzement aufgefüllt.



**Wohl nicht ganz dicht?**

Nur DRIZORO Spezialzemente ermöglichen Ihnen sowohl positive als auch negative druckwasserfeste Abdichtung – und das bis 4 bar Wasserdruck! Unerlässlich im gesamten Bauwesen vom Keller bis zum Schwimmbad.

Näheres unter  
01 / 586 65 25  
[www.drizoro.at](http://www.drizoro.at)



... alles andere ist nicht ganz dicht!

## Über die gemeinsame Nutzung von Geodaten

# Investitionen zum Sparen

In den Gemeindeämtern liegen wertvolle Schätze – Begehungsunterlagen, Feldskizzen und (Bau)Akte – also Daten im weitesten Sinne. Diese Daten liegen in vielfältiger Form, häufig analog, aber auch zum Teil bereits digital, in den verschiedensten Formaten und auf zahlreichen Datenbanken verteilt vor. KOMMUNAL sieht sich an, wie diese Daten gewinnbringend verwendet werden können.

Bgm. Mag. Josef Wallner

Das Bestreben jeder Gemeindeverwaltung muss es sein, diese Daten einerseits aktuell zu halten, andererseits sie möglichst effizient zusammenzuführen, um die vielfältigen und teilweise kostenintensiven Aufgabenstellungen der Kommunen zu bewältigen. Das ist in der Praxis ein wahrlich schwieriges Unterfangen, da neu erhobene Datensätze mit bestehenden Daten zu-

Die meisten in der gesamten österreichischen Verwaltung benötigten Daten werden vor Ort in den Gemeinden erfasst und in der Folge auf unterschiedlichste Art und Weise an Landes- und Bundesstellen weitergeleitet.

einen eingeschränkten, nicht genau abgestimmten Zweck

formationen nicht mehr nur analog für einen Anwender vor, sondern stehen aktualisiert in digitaler Form auch für vielfältigste weitere Anwendungsfälle zur Verfügung. Diese von der Stadt Deutschlandsberg und ihren Partnern beauftragte Naturbestandsvermessung ist meiner Ansicht nach ein gutes Beispiel, wie eine Erhebung von Geodaten sowohl für alle Belange dieser konkreten Gemeinde, aber auch anderer Institutionen und letztlich auch für Zwecke der Länder und des Bundes sinnvoll genutzt werden kann. Wenn nämlich bereits bei der Auftragserteilung klar definiert ist, wem diese Informationen in weiterer Folge zur Verfügung stehen sollen. In diesem Fall dienen Naturbestandsdaten sowohl der Gemeinde als auch den beteiligten Leitungsträgern für die Zwecke des eigenen Wirkungsbereiches,

## Unser Gemeinde-Sparprogramm: Mehr Druckleistung, weniger Druckkosten!

Kostensparnis-Info unter Tel. 02233/57 550  
Berolina Österreich, 3021 Pressbaum, Hauptstraße 2

sammenzuführen und bereits bestehende Datenbestände laufend zu aktualisieren und zu ergänzen sind.

Die meisten in der gesamten österreichischen Verwaltung benötigten Daten werden vor Ort in den Gemeinden erfasst und in der Folge auf unterschiedlichste Art und Weise an Landes- und Bundesstellen weitergeleitet. Manchmal liegen die von anderen Dienststellen benötigten Daten in ähnlicher Form dort bereits vor – aber leider nur in ähnlicher Form, was bedeutet, dass mit erheblichem Ressourcenaufwand Daten für

nochmals neu erhoben bzw. neu adaptiert werden.

Allein im Bereich der Hoheitsverwaltung der Stadt Deutschlandsberg und deren Verbände wurden in den letzten Jahren mehr als 300.000 Euro investiert, um Ver- und Entsorgungsleitungen, aber auch die dazugehörige Infrastruktur (wie Schieber etc.) einzumessen. Im Zuge dieser Arbeiten wurden auch die in der Katastralmappe fehlenden Gebäude vermessungstechnisch exakt aufgenommen und dem zuständigen Vermessungsamt digital zur Einarbeitung in den Kataster übergeben. Nunmehr liegen diese In-

die ebenso beauftragte Gebäudeeinmessung dient aber auch gleichzeitig der Aktualisierung der digitalen Katastralmappe, also eines öffentlichen Registers, welches durch den Bund (konkret das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen) geführt wird.

Die in der Katastralmappe eingetragenen Gebäude sind wiederum wesentliche Grundlage für den räumlichen Bezug (Geocodierung) der Adressen der Gemeinden. Diese Geocodierung ermöglicht nicht nur die automatische Zuweisung der Gebäude zu Ortschaften und zu Postleitzahlen, sondern auch die Zu-



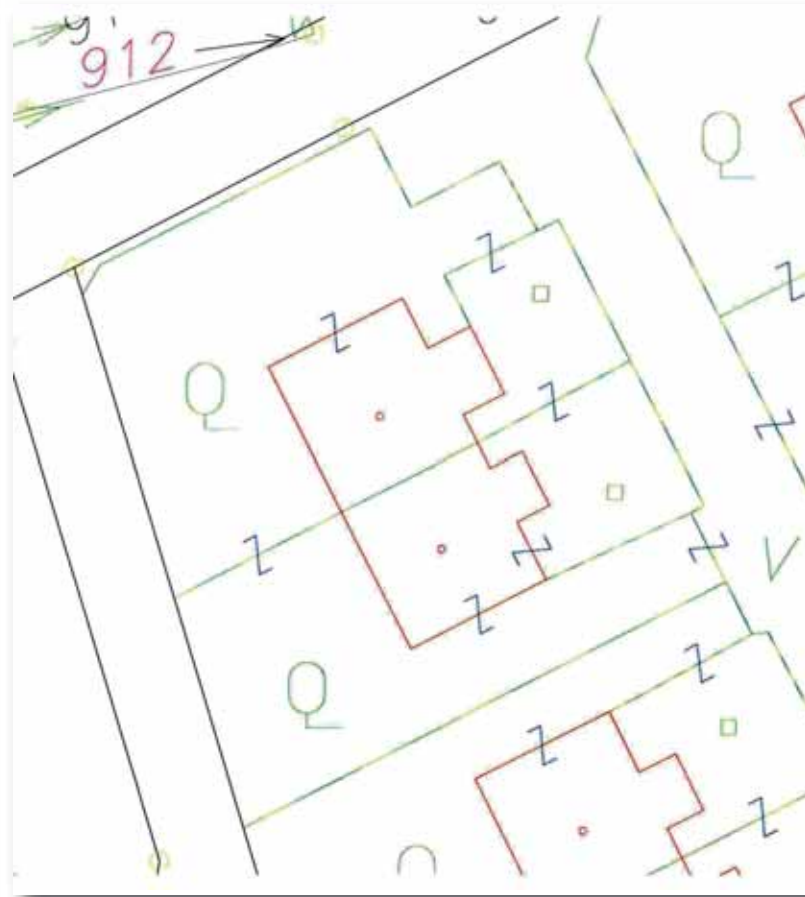
Ing. Mag. Josef Wallner ist Bürgermeister der Stadt Deutschlandsberg (Steiermark)



## Naturbestandsaufnahme mit Leitungen und Bauwerken



## Digitale Katastralmappe nach Bauwerksergänzungen



ordnung der Bürger zu Wahl- und Zählsprengeln. Änderungen in den Abgrenzungen (zum Beispiel durch Schaffung neuer Postleitzahlen für Ortschaften) schlagen so sofort auf alle anderen vernetzten Datenbestände

Meiner Meinung nach macht es aus Sicht der österreichischen Gemeinden Sinn, einmal landesweit festzulegen, welche Behörden und Institutionen welche Daten in einem gemeinsam definierten Umfang benötigen.

durch. Im Zeitalter von e-Government eine wesentliche Voraussetzung zum Umsetzen der Ideen der Verwaltungsvereinfachung und Automatisierung. Meiner Meinung nach macht es aus Sicht der österreichischen Gemeinden Sinn, einmal landesweit festzulegen, welche Behörden und Institutionen welche Daten in einem gemeinsam definierten Umfang benötigen, um damit ähnliche Anforderungen besser aufeinander abzustimmen und unbedingt erforderliche Minimalstandards festzulegen. Diese Basisdaten werden dann vom jeweiligen Dateneigner in seinem Bereich laufend

aktuell gehalten und stehen den anderen öffentlichen Bedarfsträgern, aber auch der Wirtschaft unter vorher vereinbarten Bedingungen gegenseitig zum Austausch zur Verfügung. Minimalstandards bei Geobasisdaten gemeinsam mit Partnern aus Bund, Ländern und Gemeinden zu definieren hilft den Städten und Gemeinden, aber auch den Ländern und dem Bund zukünftig Geld zu sparen und die gesetzlichen Aufgaben trotzdem noch effizienter erfüllen zu können.

**Reisepässe:** Fingerabdruck ist seit 30. März im Pass

## Höchste Fälschungs- und Datensicherheit garantiert

**WIEN**

Österreichs Reisepässe werden in Zukunft noch sicherer und Fälschungen durch die Speicherung von Fingerabdrücken auf dem integrierten Sicherheits-Chip faktisch unmöglich, ist Innenministerin Maria Fekter in einer Aussendung überzeugt. „Gemeinsam mit Ländern, Städten, Passbehörden und der Staatsdruckerei ist das Innenministerium bestrebt, den ÖsterreicherInnen einen Reisepass nach höchsten internationalen Sicherheitsstandards auszustellen“, so die Innenministerin. Der

neue Sicherheitspass ist mit einem Chip ausgestattet, auf dem auch Fingerabdrücke gespeichert werden. Durch diese Fingerabdrücke wird die Fälschungssicherheit erhöht. Das ermöglicht eine eindeutige Zuordnung des Passes zu seinem Besitzer (siehe auch den Bericht in KOMMUNAL 5/2008, Seite 26 f). Der Sicherheitspass mit Fingerabdruck kann, wie schon der Reisepass bisher – unabhängig vom Wohnsitz – bei den Bezirkshauptmannschaften, den Magistraten sowie den dazu ermächtigten Gemeinden beantragt werden. Die Gü-



Ein integrierter Chip des neuen Reisepasses enthält neben den üblichen Daten auch die digitalisierte Fingerabdrücke.

tigkeitsdauer beträgt weiterhin zehn Jahre, bei Kindern werden die Fingerabdrücke erst ab zwölf Jahren erfasst.

Die Kosten für die Ausstellung der Reisepässe bleiben unverändert. Die Gebühr für die Ausstellung eines gewöhnlichen Reisepasses beträgt 69,90 Euro. Auf Grund einer EU-Verordnung

ist Österreich verpflichtet, Reisepässe mit Fingerabdruck bis spätestens 28. Juni 2009 einzuführen. Österreich hat diese europäische Vorgabe bereits ab 30. März 2009 umgesetzt.

**Tourismus:** Gemeinde Kukmirn startet Großprojekt

## Größter Apfel der Welt

**KUKMIRN**

Das „Apfelparadies Südburgenland“ will bis 2012 mit zahlreichen Attraktionen seine Region in Szene setzen. Als eine der „ARGE Genussregionen“ wurde für das Südburgenland ein Konzept entwickelt, das Touristen und Einheimische in die Gegend locken soll.

In Kukmirn soll etwa der größte Apfel der Welt, mit einer Höhe von etwa 20 Metern, errichtet werden. Die Kosten dafür werden mit 320.000 Euro beziffert. Geplant sind u. a. auch eine Apfelaussichtswarte, ein Schaugarten in Neusiedl und eine Volgelwarte in Eisenhüttel.

**NÖ Wettbewerb**

## „Creative Industries“ 2009

**ST. PÖLTEN**

Noch bis zum 30. Juni können Projekte von Gemeindegemeinschaften oder Kleinregionen in Zusammenarbeit mit nö. Unternehmen und Bildungsinstitutionen eingereicht werden. Mehr Infos auf [www.rm-waldviertel.at](http://www.rm-waldviertel.at)

**Abwasserbeseitigung**

## Millionen-Finanzspritze für Ländle

**BREGENZ**

Die Vorarlberger Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Gemeinden stärker zu entlasten. Zu diesem Zweck wurde nun die Betriebskostenförderungen 2009 für kommunale Abwasserbeseitigungsanlagen für das Jahr 2007 beschlossen. Dies soll den Gemeinden etwa 1,9 Millionen Euro einbringen. Mehr auf [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at)

**Aebi Kommunaltechnik: die beste Wahl für jede Jahreszeit!**

**AEBI**  
Swiss Quality



Viatrec Aebi VT450 mit Schneepflug



Combicut Aebi CC66 mit Schlägelmäher



Terratracc Aebi TT240 mit Sichelmäher



**Zum Beispiel die Strassenkehrmaschine Aebi MFH2500**

- » Wirtschaftlich und effizient
- » Koanda-Blas-Saug-System gegen Feinstaub
- » 2m<sup>2</sup> Fassungsvermögen
- » Kompakte Breite von 1,29 m
- » Komfortable und grosszügige Kabine
- » Allradlenkung

**AESH** AEBI SCHMIDT AUSTRIA

**Aebi Rasant GmbH**  
Land- und Kommunaltechnik  
Aichegg 20, AT – 8541 Schwanberg  
Tel. +43 (0) 3467 7511- 0  
Fax +43 (0) 3467 7511- 11  
office@aebi-schmid.at

[www.aebi-schmid.at](http://www.aebi-schmid.at)



**Jugendtaxi:** Schon 41 Gemeinden sind dabei

## Komm gut nach Haus'

### EISENSTADT

Das burgenländische Jugendtaxi als Erfolgsmodell – neu dabei ist die südburgenländische Gemeinde Badersdorf. Damit vertrauen schon 41 Gemeinden auf dieses Angebot, das Jugendlichen den kostengünstigen, flexiblen und vor allem sicheren Transport von und zur Disco ermöglicht. Das Projekt wurde im Jänner 2007 von der Wirtschaftskammer mit Unterstützung des Landes gestartet. Träger der Aktion sind u. a. die burgenländischen Taxler, die vom Erfolg be-



Die Gemeinden fördern die TaxiSchecks und ermöglichen so ihren Jugendlichen die günstigen Fahrtarife.

geistert sind: „Es ist uns gelungen“, freut sich Patrick Poten, Obmann der burgenländischen Taxiinnung, „die Akzeptanz bei den Jugendlichen ist enorm.“ Aber auch den Jugendtaximeinden gebührt Dank, so

Poten, denn die Gemeinden übernehmen die finanzielle Förderung der Taxi-Schecks und ermöglichen so ihren Jugendlichen erst die kostengünstigen Fahrtarife. Mehr Infos zum Projekt auf [www.jugendtaxi.eu](http://www.jugendtaxi.eu)

**Wirtschaftsingenieur**

## Studieren in Waidhofen

### WAIDHOFEN/THAYA

Studieren in Waidhofen/Thaya, das soll im September 2009 in der Stadtgemeinde möglich sein. Die Fachhochschule Wr. Neustadt bietet gemeinsam mit der Waldviertel-Akademie den Studiengang „Wirtschaftsingenieur“ an. Bis zu 30 Waldviertler können an dem Studiengang teilnehmen. Sie werden berufsbegleitend eine 6-semestrige Ausbildung in Technik und Wirtschaft erhalten und mit einem Bachelor abschließen. Nähere Informationen und Anmeldung auf [www.fhwn.ac.at](http://www.fhwn.ac.at)

**Solarenergie:** Österreichs Kommunen setzen Zeichen

## Gemeinden: „Tag der Sonne“

### WIEN

In den letzten Jahren ist die Solarenergie zu einer immer stärkeren Alternative zu Öl und Gas geworden. Der „Europäische Tag der Sonne“ soll unter anderem Gemeinden dazu motivieren, stärker auf Solarenergie zu setzen und findet in insgesamt neun europäischen Ländern statt. In Österreich begehen die Gemeinden am 15. und 16.

Mai 2009 den „Tag der Sonne“. Die Veranstaltung bietet den Menschen in zahlreichen Gemeinden die Möglichkeit, sich über thermische Solaranlagen zu informieren. Die teilnehmenden Gemeinden, Betriebe und Informationsstellen bieten unter anderem Informationsstände, Vorträge, Ausstellungen oder Werksführungen. Nähere Infos auf [www.solarwaerme.at](http://www.solarwaerme.at)



Hier zu sehen ist der Einsatz von MOSES zur Überwachung der Rutschung Eggstraße in Vorarlberg.

**Technik:** MOSES–Mobiles Sicherheits-Einsatzsystem

**Wettbewerb:** Herausragende Jugendarbeit in Kommunen

## Jugendfreundlichste Gemeinde

### ST. PÖLTEN

Das Land NÖ sucht die jugendfreundlichste Gemeinde 2009. Durch die Auszeichnung als „NÖ Jugend-Partnergemeinde“ wird offiziell bestätigt, dass die Kommune eine intensive Jugendarbeit mit hoher

Qualität aufweist. Außerdem erhalten die Gemeinden eine eigene Zusatzortstafel mit der Aufschrift „Jugend-Partnergemeinde“. Schwerpunkt wird das Thema „Jugend und Gesundheit“ in der Gemeinde sein. [www.no.e.gv.at](http://www.no.e.gv.at)

## Frühwarnsystem entwickelt

### WIEN

Das Einsatzspektrum von MOSES umfasst neben der Baustellensicherung das vorübergehende Monitoring gefährdeter Bereiche. Das System besteht aus einer zentralen Datenerfassungseinheit in einem transportablen Gehäuse, das mittels Batterieakku und mobilem Solarpanel

weitgehend energieautark auch im unwegsamsten Gelände eingesetzt werden kann. Daran können verschiedenste Sensoren zur Naturgefahrenüberwachung angeschlossen werden. Die gespeicherten Messwerte können mittels Funk und Modem vom PC fernabgefragt werden. [www.die-wildbach.at](http://www.die-wildbach.at)

Neuer Verein „Gemeinsam für die Nahversorgung“ in Vorarlberg

# Dörfliche Lebensqualität braucht Nahversorgung

Fast die Hälfte aller Vorarlberger Gemeinden schlossen sich im Frühjahr 2008 zum Verein „Dörfliche Lebensqualität und Nahversorgung“ zusammen. Mit diesem Verein „Dörfliche Lebensqualität und Nahversorgung“ wurde ein Instrument geschaffen, mit dem wirksam Impulse gesetzt werden, um die dörfliche Lebensqualität zu gewährleisten sowie den Bürgern zu neuem Bewusstsein zu verhelfen und das Dorf neu zu beleben. KOMMUNAL hat sich den Verein angesehen.

Der Verein versteht sich als Initiator und Motor und wird von deren Mitgliedern – das sind die betroffenen Gemeinden Vorarlbergs – getragen. Als Drehscheibe für alle Aktivitäten im Netzwerk der Nahversorgung ist der Verein prädestiniert, Lösungsmodelle zur nachhaltigen

Als Drehscheibe für alle Aktivitäten im Netzwerk der Nahversorgung ist der Verein prädestiniert, Lösungsmodelle zur nachhaltigen Sicherung zur Nahversorgung zu entwickeln und zu initiieren.

Sicherung zur Nahversorgung zu entwickeln und zu initiieren. Über die einzelnen Bürgermeister wird der Verein „Dörfliche Lebensqualität und Nahversorgung“ mit verschiedenen Problemsituationen von einzelnen Nahversorgern konfrontiert. Für diese werden dann Problemanalysen und konkrete Hilfeleistungsvorschläge erstellt. Um der drohenden Sperrung des einzelnen Geschäftes entgegen zu wirken, bedarf es konkreter Dienstleistungsinstrumente, die kurzfristig, gezielt und punktgenau zum Einsatz kommen. Einige Instrumente sind vorrangig: Die Einrichtung eines Personalpools für temporäre, stun-

denweise und qualifizierte Geschäftsführung bei Genossenschafts- beziehungsweise auf Vereinsbasis geführten Läden. Im Weiteren wird in personellen Notlagen temporär qualifiziertes Verkaufspersonal zur Verfügung gestellt. Individuelle, bedarfsgerechte Schulungsangebote für MitarbeiterInnen in den Geschäften verbessern das fachliche Know-how. Best practise Anwendungsmodule und betriebswirtschaftliche Handlungsempfehlungen werden ebenfalls für die Betriebe erarbeitet. Abgestimmt auf ein überregionales Kommunikationskonzept verbessert der Betrieb mit geeigneten Kommunikationsmitteln die Aufmerksamkeit und Kundenbindung. Als mittelfristiges, großes Projekt entwickelt der Verein „Dörfliche Lebensqualität und Nah-

Als mittelfristiges, großes Projekt entwickelt der Verein „Dörfliche Lebensqualität und Nahversorgung“ gemeinsam mit allen Akteuren der Nahversorgung sowie unter Miteinbeziehung einer breiten Kundenschicht den Dorfladen der Zukunft.

versorgung“ gemeinsam mit allen Akteuren der Nahversorgung sowie unter Miteinbeziehung einer breiten Kundenschicht den Dorfladen der Zukunft. Gleichzeitig werden in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer exklusive Vermarktungsprodukte über die örtlichen Nahversorger entwickelt.

## Globalisierung versus dörfliche Nähe

Globalisierung – Flexibilisierung – das sind die großen Herausforderungen unserer Zeit. Je mehr diese gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Forderungen in den Alltag der Menschen einziehen, desto größer wird die Notwendigkeit nach ge- und erlebter Nähe, Überschaubarkeit, Solidarität, Nachbarschaft, Heimat – all jene Dinge, die in einer funktionierenden Dorfgemeinschaft erlebt werden. Das Leben im ländlichen Raum wurde lange Zeit durch eine große räumliche Nähe bestimmt: In der Dorfgemeinschaft wurde der überwiegende Teil von Versorgung und Infrastruktur aus dem Dorfe selbst gestellt, sowohl durch die zahlreichen Handwerker, als auch durch verschiedene Läden. Diese waren nicht nur eine wichtige Versorgungsstelle im Dorf, sondern auch ein Mittelpunkt der Kommunikation. Doch das traditionelle Dorfleben hat sich seit 30 Jahren gewandelt. Durch den Rückgang der Landwirtschaft sind heute viele Dorfbewohner zu Pendlern geworden, auch die dörfliche Infrastruktur, bestehend unter anderem aus Gastwirtschaft, Laden und Schule, ist auf dem Rückzug. Dörfer veröden und drohen zu reinen Wohn- und Schlafsiedlungen zu



Foto: Verein Nahversorgung



werden, die dörfliche Gemeinschaft droht zu zerfallen. Man kann beobachten, dass sich die Situation der einzelnen kleinen Dorfläden wirtschaftlich permanent verschlechtert, obwohl die verantwortlichen Akteure immer mehr Einsatz bringen.

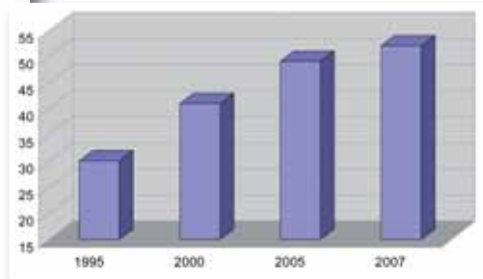
Aktuell bestehen in Vorarlberg 220 Lebensmittelgeschäfte, die auf einer Verkaufsfläche von 108.850 m<sup>2</sup> ein Lebensmittelvollsortiment anbieten. Seit 1970 ist die Anzahl der Geschäfte von 578 auf 220 gesunken, was einem Rückgang um 60 Prozent entspricht. Die Verkaufsfläche ist gleichzeitig von 43.000 auf 108.850 m<sup>2</sup>, also um ca. 250 Prozent der damaligen Fläche, gewachsen.

Sehr gravierende Veränderungen sind zwischen 1970 und 1990 erfolgt. Die Verkaufsfläche hat sich verdoppelt, während sich die Anzahl der Geschäfte halbiert hat. Der noch im Jahre 1990 unangefochten dominierende Betriebstyp mit einer Verkaufsfläche von 150 bis 399 m<sup>2</sup> wird sukzessive schwächer und wurde im Jahre 2003 von Supermärkten mit einer Größe von 400 bis 999 m<sup>2</sup> überholt.

Zum Stichtag sind insgesamt neun Gemeinden ohne Lebensmittelgeschäft, in weiteren 42 Gemeinden besteht nur noch ein Lebensmittelgeschäft. Fast alle dieser Geschäfte können nur durch einen Zuschuss durch das Land Vorarlberg und die Standortgemeinde am Leben erhalten werden.

Daneben gibt es noch eine Anzahl von Gemeinden, die aus mehreren Orten bestehen, die teilweise weit entfernt liegen und nicht beziehungsweise nur durch ein Geschäft versorgt werden. Aber auch Städte – wie zum Bei-

Über die einzelnen Bürgermeister wird der Verein „Dörfliche Lebensqualität und Nahversorgung“ mit verschiedenen Problemsituationen von einzelnen Nahversorgern konfrontiert. Für diese werden dann Problemanalysen und konkrete Hilfeleistungsvorschläge erstellt.



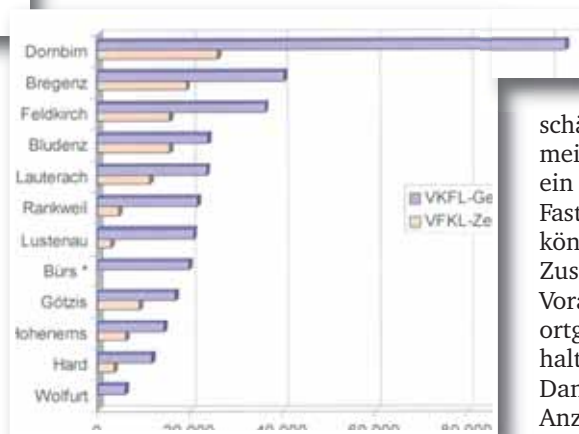
Entwicklung der Betriebskostenzuschüsse durch das Land Vorarlberg.

wurde im Jahre 2003 von Supermärkten mit einer Größe von 400 bis 999 m<sup>2</sup> überholt.



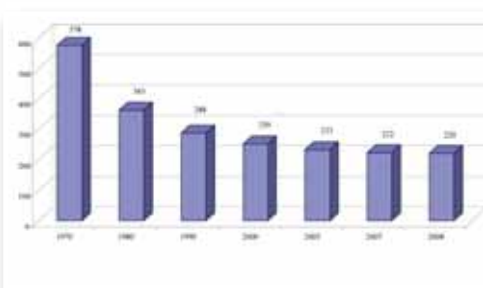
Grafik & Quelle: Land Vorarlberg, Abt. Vllia Raumplanung.

Die regionale Verteilung der Betriebskostenzuschüsse in Vorarlberg.

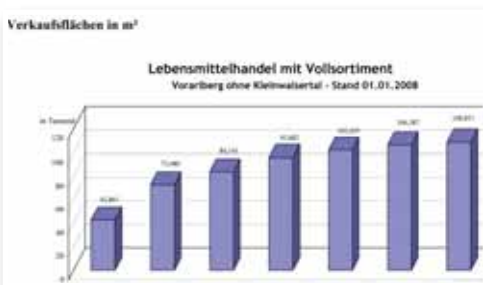


Immer mehr Gemeinden (Orte) ohne Handel; leere Geschäfte in Stadtzentren (auch erste und zweite Lage): Verkaufsf lächen im Überblick.

bestehen, die teilweise weit entfernt liegen und nicht beziehungsweise nur durch ein Geschäft versorgt werden. Aber auch Städte – wie zum Bei-



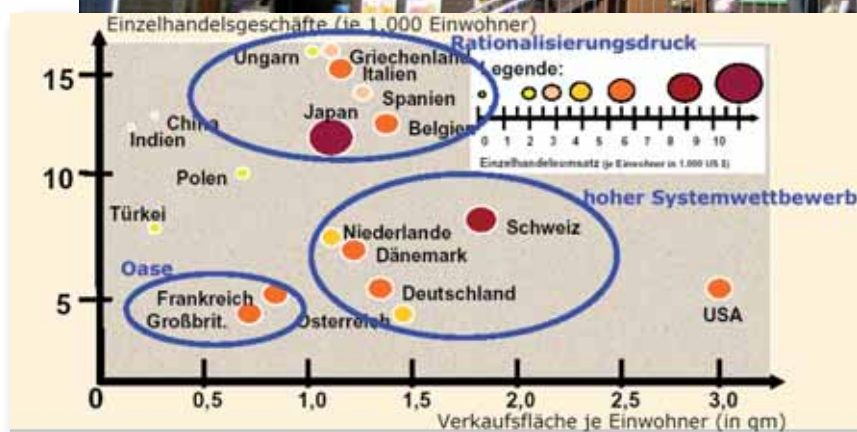
Die gesamte Entwicklung läuft dem Dorfladen zuwider: Die Anzahl der Geschäfte sinkt, ...



... die Verkaufsflächen in Quadratmetern steigt (Beispiel lebensmittelhandel mit Vollsortiment; Vorarlberg ohne Kleinwalsertal, Stand 1. 1. 2008).

Quelle WKÖ-Vorarlberg, Dr. Manfred Fiel

Zum Stichtag sind insgesamt neun Gemeinden ohne Lebensmittelgeschäft, in weiteren 42 Gemeinden besteht nur noch ein Lebensmittelgeschäft.



Obige Tabelle zeigt, dass in Österreich pro 1000 Einwohner fast die wenigsten Einzelhandelsgeschäfte vorhanden sind, dass aber bei „Verkaufsfläche je Einwohner“ Österreich an der Spitze ist, wobei die USA sowie die Schweiz als atypisch nicht mitgezählt werden sollten. Im Verhältnis zu Österreich sind die Daten für Vorarlberg noch besorgniserregender, da das Ländle sicherlich noch mehr Verkaufsfläche je Einwohner hat, was auf die Bedeutung des Fremdenverkehrs in Vorarlberg und den derzeitigen Kaufkraftzuwachs aus der Schweiz zurückzuführen ist. Bereinigt um diese Daten dürfte Vorarlberg aber auch hier über dem österreichischen Durchschnitt liegen.

spiel Dornbirn – sehen sich mit der Problematik fehlender oder abwandernder Nahversorgung in ihren Randparzellen wie Ebnit oder Watzenegg konfrontiert.

### Initiativen des Landes zur Erhaltung der Nahversorgung

Die Initiativen des Landes haben zum Ziel, die Attraktivität von Stadt- und Ortskernen zu stärken und einen Beitrag zur nachhaltigen Sicherung der Lebensmittelversorgung zu leisten. Das Land fördert Betriebe des Gremiums „Einzelhandel mit Lebens- und Genussmitteln“, die:

- ▶ ein Vollsortiment an Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs führen
- ▶ deren Jahresumsatz maximal zwei Millionen Euro netto nicht übersteigt, und
- ▶ deren Verkaufsfläche maximal 400 m<sup>2</sup> beträgt

Auch Städte wie zum Beispiel Dornbirn sehen sich mit der Problematik fehlender oder abwandernder Nahversorgung in ihren Randparzellen wie Ebnit oder Watzenegg konfrontiert.

und zwar in Form von Betriebskostenzuschüssen unter folgenden Voraussetzungen:

- ▶ Letzter „Vollsortimenter“ der Gemeinde oder in weit entferntem Ortsteil
- ▶ Bei Mischbetrieben getrennte Buchhaltung
- ▶ Standortgemeinde muss zur Förderung beitragen.
- ▶ Standortgemeinde sollte Eigenbedarf der kommunalen Einrichtungen
- ▶ im Nahversorgungsbetrieb decken und auch Vereine mit Gemeindeförderung dazu anhalten

- ▶ Berücksichtigung der Ertragslage
- ▶ Maximal 12.500 Euro im Jahr

### Zusammenfassung – eine Zwischenbilanz

Die Entwicklung in einigen Kernpunkten:

- ▶ Fortgesetzte Flächenexpansion
  - neue Einkaufszentren, Erweiterungen
  - qualitativer Ausbau – an höher frequentierte Standorte
  - mehr Parkplätze
- ▶ Bedeutungszunahme agglomerativer Standorte durch Verdichtung
- ▶ Vordringen der Systemvertriebsformen
  - Rückgang der familiengeführten Betriebe
  - Filialen
  - Franchise-Systeme
- ▶ Anteilgewinne des sekundären Netzes
  - Direktvertrieb
  - Internet, Teleshopping
  - Factory-Outlets
- ▶ Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten (2008 Lebensmittel rund zehn Prozent)
- ▶ Rückgang von Kunden aus der Schweiz / Abwanderung?

Die Folgen werden sein:

- ▶ Mehrere Gemeinden (Orte) ohne Handel
- ▶ Rückgang des Handels in Stadtzentren und größeren Orten
- ▶ Leere Geschäfte in
  - Stadtzentren (1. und 2. Lage)
  - Peripherie
- ▶ Stärkere Dominanz der Filialen
- ▶ Alternativen zum stationären Handel
  - Tankstellen
  - Gastronomie betreibt Handel
  - Zustelldienste

### Fact-Box

Verein „Dörfliche Lebensqualität und Nahversorgung“  
 Geschäftsstelle:  
 6800 Feldkirch, Berggasse 2  
 Obmann: Bgm. Ludwig Mähr  
 Geschäftsführer:  
 Betr. oec Julius Schedel  
 E-Mail: [office@schedel.at](mailto:office@schedel.at)  
 Tel. 0664 300 2724  
 Web: [www.nahversorgung.org](http://www.nahversorgung.org)



Pernkopf: „Gemeinden leisten großen Beitrag zum Schutz des Wassers“

# Fünf neue „NÖ Wassergemeinden“ ausgezeichnet

Am 31. März konnte Umweltlandesrat Stephan Pernkopf mit den Gemeinden Droß, Moorbad Harbach, Neidling, Wiener Neudorf und Yspertal fünf neue „NÖ Wassergemeinden“ auszeichnen.



Die Stadtgemeinde Amstetten nimmt den ersten Platz des Wettbewerbs „NÖ Wassergemeinden“ entgegen.

Nummehr gibt es bereits 15 „NÖ Wassergemeinden“, die im verantwortungsvollen Umgang mit Wasser eine landesweite Vorreiterrolle eingenommen haben. Landesrat Stephan Pernkopf: „Eine gesicherte Trink- und Nutzwasserversorgung, eine ordnungsgemäße Abwasserentsorgung und ein weitreichender Schutz vor Hochwässern sind Kernaufgaben jeder Gemeinde. Die NÖ Wassergemeinden stellen sich diesen Herausforderungen in besonders verantwortungsvoller Weise und leisten damit einen großen Beitrag zum Schutz der Lebensgrundlage Wasser.“

## Wasserentwicklungsplan

Die Aktion „NÖ Wassergemeinden“ ist ein Gemeinschaftsprojekt des Landes Niederösterreich mit dem Umweltdachverband und „die umweltberatung“. Gemeinden, die eine „NÖ Wassergemeinde“ werden wollen, erstellen einen Wasserentwicklungsplan, in dem sie sich mit allen Wasserthemen, die in der Gemeinde wichtig sind, auseinandersetzen und dabei die Bevölkerung aktiv mit einbeziehen: Wo steht die Gemeinde derzeit im Umgang mit Wasser?

Welche Ziele hat sie und welche Maßnahmen sind nötig, um diese Ziele zu erreichen. Der thematische Bogen spannt sich von der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung über den Grundwasser- und Fließgewässerschutz bis hin zum Schutz vor Hochwasser. Quer durch alle Themen zieht sich die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung für den Wert des Wassers.

Gerhard Heilingbrunner, Präsident des Umweltdachverbandes, betont die Bedeutung eines gestärkten Wasserbewusstseins: „In den Wassergemeinden soll das Wasser zum Thema werden. Denn der Schutz dieser kostbaren Ressource kann nur funktionieren, wenn jede und jeder Einzelne sorgsam mit dieser einzigartigen Ressource umgeht.“

## Maßnahmen prämiert

In einem eigenen Wettbewerb der NÖ Wassergemeinden wurden konkrete Umsetzungsmaßnahmen prämiert. Sieger des Wettbewerbes ist die Stadtgemeinde Amstetten für den Aus-

bau des Ybbsbegleitweges. Platz 2 ging an die Gemeinde Moorbad Harbach für die Sanierung des Holzmühlbadeteiches und Platz 3 an die Gemeinde Sitzenberg-Reidling für einen Biodiversitätslehrpfad am Schlossteich. Von den Gemeindevertreterverbänden von ÖVP und SPÖ wurde ein Sonderpreis für ein besonders gemeinschaftsförderndes Projekt gestiftet. Diesen Preis konnten GVV-Präsident LAbg. Bgm. Alfred Riedl und GVV-Vizepräsident Bgm. Matthias Stadler der Marktgemeinde Krumbach übergeben, die für ihr Hochwasserschutzprojekt im Ortskern ausgezeichnet wurde.

## Information

Amt der NÖ  
Landesregierung  
DI Martin Angelmaier  
Abt. Wasserwirtschaft  
Tel.: 02742/9005-14775  
**martin.angelmaier**  
**@noel.gv.at**  
**www.wasseristleben.at**

Kuratorium für Verkehrssicherheit: Jedes fünfte Kind ist im Auto ungesichert

# Lebensretter Kindersitz

Die richtige Sicherung im Auto kann Leben retten. Für nicht gesicherte Kinder ist das Risiko, bei einem Unfall im Pkw getötet oder verletzt zu werden, rund viermal höher als für gesicherte Kinder. Dennoch herrschen rund um das Thema Kindersicherung Unwissenheit und Nachlässigkeit.

Eine Erhebung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit aus dem Jahre 2007 zeigt: Jedes fünfte Kind ist nicht gesichert. Besonders erschreckend ist, dass vor allem Babys oftmals nicht ausreichend geschützt sind. Gurte in den Babyschalen sind häufig zu locker eingestellt, verdreht oder den Kleinen gelingt es, sich ganz aus den Gurten zu befreien. Wie gefährlich eine derart mangelnde Sicherung werden kann, zeigt das Ausmaß der Kräfte, die bereits bei geringer Geschwindigkeit auf den Körper wirken. Schon ein Aufprall mit nur 30 km/h entspricht einem Sturz aus dem dritten Stock. Bei einem Frontalzusammenstoß mit 50 km/h wird eine ungesicherte Person mit dem 30-fachen Körpergewicht nach vorne geschleudert – dementsprechend gering ist die Überlebenschance der

Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht haben oder noch nicht 150 Zentimeter groß sind, benötigen eine geeignete Sicherung im Pkw.



Verantwortlich für die Ausrüstung und Verwendung der Kindersicherungseinrichtungen ist grundsätzlich der Lenker des Fahrzeugs.

kleinsten Mitfahrer. Richtige, dem Alter und der Größe des Kindes angemessene Kindersicherung im Auto ist unerlässlich.

## Gesetzliche Regelungen

Kinder, die das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht haben oder noch nicht 150 Zentimeter groß sind, benötigen eine geeignete Sicherung im Pkw. Für jedes Kind muss im Auto ein eigener Sitz zur Verfügung stehen. Verantwortlich für die Ausrüstung und Verwendung der Kindersicherungseinrichtungen ist grundsätzlich der Lenker des Fahrzeugs. Wer mit der Gesundheit und dem Leben von Kindern leichtfertig umgeht, riskiert seit 1. Juli 2005 eine Vormerkung im Führerscheinregister. Außerdem droht eine Geldstrafe bis zu 5000 Euro. Hat bei einem Verkehrsunfall die unzureichende Sicherung eine Verletzung des Kindes zur Folge, kann es zu einem gerichtlichen Strafverfahren kommen. Verkehrsministerin Doris Bures plant darüber hinaus zusätzliche Konsequenzen für Kraftfahrer, die gegen die Kindersicherungspflicht verstoßen. Ab der zweiten Vormer-

## Welcher Kindersitz ist der richtige?

Beim Kauf eines Kindersitzes ist es wichtig, fachkundige Beratung einzuholen und sich genau über die fehlerfreie Montage zu informieren. Die Bedienungsanleitung am besten genau studieren, damit der Sitz richtig benutzt wird und die Kleinen auch wirklich geschützt sind. Der Kindersitz muss auf Größe und Gewicht des Kindes abgestimmt sein. Je nach Gewicht gibt es fünf verschiedene Kategorien:

- ▶ **Gruppe 0:** bis zehn Kilogramm; Alter: bis ca. neun Monate
- ▶ **Gruppe 0+:** bis 13 Kilogramm; Alter: bis ca. 15 Monate
- ▶ **Gruppe 1:** neun bis 18 Kilogramm; Alter: von einem bis vierinhalb Jahre
- ▶ **Gruppe 2:** 15 bis 25 Kilogramm; Alter: von vier bis sieben Jahre
- ▶ **Gruppe 3:** 22 bis 36 Kilogramm;

Alter: von sechs bis zwölf Jahre

Weiters muss der Sitz getestet sein und mindestens der Norm ECE R 44.03 oder höher entsprechen. Ist der Pkw mit einem aktiven Beifahrer-Airbag ausgestattet, darf ein rückwärts gerichteter Kindersitz niemals auf dem Beifahrersitz, sondern nur auf dem Rücksitz verwendet werden. Das KfV empfiehlt, dass auch andere Kindersitze generell von aktiven Beifahrer-Airbags ferngehalten werden. Nicht jeder Kindersitz passt in jedes Auto, deshalb sollten immer die Empfehlungen der Fahrzeughersteller beachtet werden. Für weitere Informationen steht der Folder „Lebensretter Kindersitz“ kostenlos unter [www.kfv.at](http://www.kfv.at) zum Download zur Verfügung.



„Aktion Känguru“: Mitarbeiter des KfV besuchen Kindergärten, Vorschulen und erste Klassen der Volksschule und bearbeiten gemeinsam mit den Kindern das Thema Kindersicherung.

kung sollen Autofahrer künftig ein Kindersicherseminar besuchen müssen. Die Kosten werden zwischen 150 und 180 Euro liegen und sind vom Fahrzeuglenker selbst zu bezahlen. Der dafür notwendige Gesetzesbeschluss soll noch vor dem Sommer erfolgen. In dem vierstündigen Training soll Fahrzeuglenkern vor Augen geführt werden, was bei einem Aufprall passiert und welche Kräfte auf die Kinder wirken. Außerdem wird die korrekte und konsequente Kindersicherung thematisiert.

### Aktion Känguru

Um bei Kindern das Bewusstsein für die Sicherung beim Autofahren zu stärken, hat das Kuratorium für Verkehrssicherheit die „Aktion Känguru“ entwickelt. Mitarbeiter des KfV besuchen Kindergärten, Vorschulen und erste Klassen der Volksschule und bearbeiten gemeinsam mit den Kindern das Thema Kindersicherung. Anhand des Puppenspiels „Sicher wie in Kängurus Bauch“ und der Demonstration, wie Kindersitze richtig benutzt werden, wird den Kleinen das Angurten im Kindersitz als selbstverständlich vermittelt. Die Kinder lernen nicht nur darauf zu achten, dass sie selbst gut gesichert sind, sondern auch, dass Erwachsene den Sicherheitsgurt verwenden. Denn dass Erwachsene als gutes Beispiel vorangehen und sich selbst immer anschnallen, ist mindestens genauso wichtig wie die richtige Kindersicherung. Damit die Kinder das Thema Kindersicherung in der darauf folgenden Zeit vertiefen, bleiben in jeder Gruppe bzw. Klasse Känguru-Schlüsselanhänger, Malbücher, Folder und ein Informationsheft mit Bastel- und Spielvorschlägen.

Informationen rund um die Aktion Känguru erhalten Sie in den Landesstellen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit. Kontakt-hinweise unter [www.kfv.at](http://www.kfv.at)

Kommen Sie mit einer Gruppe und holen Sie sich Ihr Geschenk!

## Wegweiser zu den kulinarischen Schätzen

„So ein Ausflug der ist lustig, so ein Ausflug der ist schön ...“ – dieses Gefühl vermittelt der Gruppenreise-Prospekt, der zu den Themen „Genussland

„Gut gewürzt mit feinen Kräutern“, wo neben dem Besuch der Landesausstellung „Mahlzeit“ im Stift Schlierbach eine geführte Wildkräuterwanderung in der

Region, eine Mostverkostung mit Käse-Speckhäppchen und Süßes zum Most sowie lustige Geschichten vom Genussland-Mostsommelier am Programm stehen. Dieses Tagesprogramm kostet pro Person 39,80 Euro und ist ab 15 Teilnehmern buchbar.

Als besonderer Anreiz wartet der neue Gruppenreise-Prospekt mit einem Gutschein für den Ausstellungskatalog zur Landesausstellung oder für das Kochbuch „Die kleine Oberösterreichische Küche“ auf. Zusätzlich wird bei einem Gewinnspiel als Hauptpreis ein Gruppenreise-Ta-

gesprogramm für 20 Personen inkl. Fotograf und persönlicher Fotodokumentation verlost.



Oberösterreich“ und Landesausstellung „Mahlzeit“ druckfrisch beim Oberösterreich Tourismus erhältlich ist. Der 24-seitige Angebotsfolder versteht sich als Wegweiser zu den kulinarischen Schätzen des Landes und bezieht die Landesausstellung 2009 im Stift Schlierbach zum Thema „Mahlzeit“ mit ein. Wer einen Ausflug mit der Familie, Freunden oder Arbeitskollegen plant, der oder die kann mit dem neuen Gruppenreise-Prospekt aus einer Fülle an Angeboten auswählen. 18 Genussland-Kurzreiseangebote und 21 Angebote rund um die Landesausstellung „Mahlzeit“ werden hier als Tages- bzw. Zweitageprogramme übersichtlich dargestellt. Da heißt es dann zum Beispiel

### Information

Oberösterreich Tourismus  
Information  
Freistädter Straße 119  
4041 Linz  
Tel.: 0732/22 10 22  
Fax: 0732/72 77-701  
[info@oberoesterreich.at](mailto:info@oberoesterreich.at)  
[www.genussland.at](http://www.genussland.at)  
[www.landesausstellung.at](http://www.landesausstellung.at)  
Buchungs-Hotline:  
06132/24000-50 bei der  
Salzkammergut Touristik

## Burgenland

Burgenland sucht insgesamt 17 Postpartner

### Hohe Nachfrage nach Postpartnerstellen

#### EISENSTADT

Die Post, die bereits mit allen betroffenen Bürgermeister Gesprächstermine vereinbart hat, zeigt sich optimistisch, dass sich demnächst die 17 benötigten Postpartner finden werden. Insgesamt wurden bereits 15 Kandidaten für Postpartnerschaften gefunden, so der für das Filialnetz zuständige Postvorstand Herbert Götz. Die hohe Nachfrage nach Postpartnerstellen begründet er damit, dass die Post die Verdienstmöglichkeiten von Postpartnern attraktiver gemacht hat. Auch die Raiffeisenlan-



desbank Burgenland hat angeboten, Postpartneragenten in den Bankfilialen zu übernehmen. Die Post zeigt sich jedoch skeptisch über das Angebot der Raiffeisenbank. „Postpartner vertreiben auch Bankdienstleistungen der BAWAG/PSK, dies wäre mit Raiffeisen als Partner nicht denkbar“, erklärt Herbert Götz die Skepsis vonseiten der Post.

Oberpullendorf setzt Zeichen für Umweltschutz

### Wieder neue Klimabündnisgemeinde

#### OBERPULLENDORF

Die burgenländische Gemeinde Oberpullendorf wurde am 21. März von Umweltminister Niki Berlakovich als neue Klimabündnisgemeinde ausgezeichnet. Der Bürgermeister von Oberpullen-

dorf, Rudolf Geißler, möchte damit langfristig das Bewusstsein für Umweltschutz in der Bevölkerung stärken. Zudem werden Privathaushalte, die ihre Heizsysteme auf Alternativenergie umstellen, werden von der Gemeinde gefördert.

Finanzielle Nöte wegen Seniorenzentrum in Strem

### Seniorenzentrum nicht ausgelastet

#### STREM

Die finanziell angeschlagene Gemeinde Strem sorgt nach wie vor für Schlagzeilen: Das Pflegeheim, das die Verantwortung für die finanzielle Situation der burgenländischen Gemeinde

trägt, ist nicht ausgelastet. Es verfügt über 60 Plätze, 52 davon sind derzeit belegt, so LR Peter Rezar. Nun will das Land sieben zusätzliche Tagesplätze übernehmen.



## Kärnten

Arbeitspapier des Kärntner Gemeindebundes

### Aufgabenschwerpunkt ländlicher Raum

#### KLAGENFURT

Der Kärntner Gemeindebund hat am 27. März ein Arbeitspapier beschlossen, welches die Hauptanliegen der Kärntner Städte und Gemeinden für die kommende Gesetzgebungsperiode des Kärntner Landtages beinhaltet. Den Schwerpunkt bilden dabei u. a.

- ▶ Masterplan für den ländlichen Raum
- ▶ Finanzierung des Sozialbereiches
- ▶ Ausbau der Kinderbetreuung
- ▶ Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum
- ▶ Förderung der interkom-



Kärntner Gemeindebund-Präsident Dr. Alfred Ferlitsch

munalen Zusammenarbeit Ziel soll auch die Chancengleichheit der Bürger im ländlichen Raum sein. Mehr auf [www.kaerntner-gemeindebund.at](http://www.kaerntner-gemeindebund.at)

Nur noch drei Bürgermeisterinnen in Kärnten

### Mangel an Frauen in der Kommunalpolitik

#### KLAGENFURT

Politikerinnen sind rar geworden in Kärnten. Künftig wird keine einzige Frau in der Landesregierung vertreten sein. Ähnlich spielt es sich in den Gemeinden ab: Nach den Wahlen im März gibt es nur noch drei Bürgermeisterinnen. Laut LR Nicole Cernic sind die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Frauen „katastrophal“. Die Reduktion der zur Verfügung stehenden Funktionen geht vor allem auf Kosten der Frauen, sagt die ehemalige Landesrätin. Cernic fordert mehr Initiative vonseiten junger

Frauen. Einer der drei Bürgermeisterinnen Kärntens ist Sonya Feinig, Ortschefin von Feistritz im Rosental. Feinig erklärt den Frauenmangel in der Kärntner Kommunalpolitik damit, dass das Bürgermeisteramt sehr zeitintensiv und mit einer Familie nur schwer zu vereinbaren sei. Zudem sei die Belastung für weibliche Bürgermeister höher als für die männlichen Kollegen. Eine Frau müsse sich doppelt anstrengen, um nicht zu versagen, sonst heißt es nicht selten: „Typisch Frau“, so Feinig.





## Niederösterreich

LR Pernkopf: Sicherung der ländlichen Infrastruktur

### 12 Millionen Euro für Wasserwirtschaft

#### ST. PÖLTEN

Die Kommission für Wasserwirtschaft hat kürzlich insgesamt für 50 Wasserversorgungsanlagen bzw. für 100 Abwasserbeseitigungsanlagen Förderungsmittel in der Höhe von rund 12,1 Millionen Euro bewilligt. Diese Unterstützung löst ein Investitionsvolumen von mehr als 74,3 Millionen Euro aus. „Durch diese Genehmigungen werden bis zu 1000 Arbeitsplätze im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft abgesichert, was in wirtschaftlich bewegten Zeiten einen wesentlichen Impuls für die

heimische Bauwirtschaft darstellt“, betont dazu LR Dr. Stephan Pernkopf. Weiters konnten finanzielle Beihilfen für durch die Hochwässer der vergangenen Jahre in Mitleidenschaft gezogene Gemeinden, Verbände und Genossenschaften gewährt werden. Für 66 errichtete Einzelanlagen im Wasser- und Abwasserbereich wurden zudem Pauschalförderungen in der Höhe von 255.000 Euro an eine Vielzahl von Fördernehmern zugesagt, die Gesamtinvestitionen von bis zu 670.000 Euro auslösen.

1. Tagung der nö. „Fairtrade“-Gemeinden

### Baden ist dreizehnte „Fairtrade“-Kommune

#### ST. PÖLTEN

Mit dem Projekt „Fairtrade-Gemeinde – Unsere Gemeinde handelt fair“ sollen möglichst viele österreichische Gemeinden dabei unterstützt werden, den fairen Handel zu verankern und auf die Beschaffung fair gehandelter Produkte umzustellen. Mittlerweile tragen 13 Gemeinden in NÖ und mehr als 630 Gemeinden weltweit diese Auszeichnung. Im Rahmen der ersten Tagung der nö. „Fairtrade“-Gemeinden am 25. März wurde Baden als 13. „Fairtrade“-Gemeinde in NÖ ausgezeichnet. Bei der



Tagung wurden zudem das Engagement des Landes NÖ für den fairen Handel, die Ergebnisse einer Evaluierung sowie Service- und Bildungsangebote für Gemeinden präsentiert.



## Oberösterreich

Land Oberösterreich fördert lokale und effiziente Energiekonzepte der Gemeinden

### Förderungen für Energiespargemeinden

#### LINZ

Mit dem Programm „Energiespargemeinde“ (EGEM) will das Land OÖ Gemeinden fördern, die aktiv zum Energiesparen beitragen.

#### Wer wird gefördert?

Förderungswerber können alle Gemeinden in OÖ sein.

#### Was wird gefördert?

Gegenstand der Förderung sind lokale, ganzheitliche Energiekonzepte zur Forcierung von Energieeffizienz und Ökoenergie auf lokaler Ebene. Es können auch Planungs- und Informationsmaßnahmen für diese Projekte gefördert werden.

**Förderbare Kosten:** Förderbar sind Kosten zur Erstellung und Planung der Umsetzung von lokalen Ener-



Wollen auch Sie Energiespargemeinde werden? Alle Details zum Programm und zur Anmeldung finden Sie im Internet unter [www.land-oberoesterreich.gv.at/Themen/Foerderung/Umwelt](http://www.land-oberoesterreich.gv.at/Themen/Foerderung/Umwelt)

giekonzepten und Energieeffizienzstrategien. Sachkosten können ebenso gefördert werden wie Personalkosten.

#### Nicht förderbare Kosten:

Investitionen in Anlagen, bauliche Maßnahmen und Infrastruktur. Maßnahmen, soweit im 10.000-Euro-Sonderförderprogramm der Klimarettung für Gemeinden abgedeckt. Personalkosten von öffentlichen Körperschaften. Abgaben und Gebühren jeglicher Art.

#### Art und Höhe der Förderung:

Die Förderung erfolgt in Form von Zuschüssen, die Obergrenze beträgt zwischen 25 und 75 Prozent der Kosten.

Einheitliches Datennetz

### Neues Datennetz für Gemeinden

#### LINZ

Derzeit präsentiert sich Oberösterreich als eine Art „Datennetz-Fleckerlteppich“ – jede Gemeinde hat ihr eigenes Datennetz. Bereits 2010 soll aus diesem Fleckerlteppich ein einheitliches Kleid werden. Sozusagen die Nähte dieses Kleides sind die Hochgeschwindigkeits-Glasfaserleitungen, so Energie-AG-Vorstand Werner Steinecker zu orf.at. Das Glasfasernetz stellt eine Tochterfirma der oö. Energieversorger zur Verfügung. Jede Gemeinde soll für den Anschluss pauschal 15.000 Euro investieren.



## Salzburg

Land und Bund fördern thermische Sanierung

### Bis zu 8000 Euro Sanierungszuschuss

#### SALZBURG-STADT

Im Februar präsentierte LR Sepp Eisl den neuen SanierungsCheck des Landes Salzburg. Bis zu 3000 Euro Direktzuschuss erhalten Besitzer von Ein- und Zweifamilienhäusern in Salzburg für thermische Sanierungs-

maßnahmen. Bei der Bundesförderung zur thermischen Sanierung können Private eine Förderung bis zu 5000 Euro erhalten. Insgesamt bis zu 8000 Euro erhalten Salzburgs BürgerInnen bei einer thermischen Sanierung.

Gesundheitsförderung: Ramingstein macht auch mit

### Bereits 31 „Gesunde Gemeinden“

#### SALZBURG-STADT

Mit der Gemeinde Ramingstein hat Salzburg nunmehr die bereits 31. „Gesunde Gemeinde“ im Land. Mehr als 25 Prozent der Salzburger Kommunen sind somit schon aktiv bei der Initiati-

ve dabei – Tendenz stark steigend. Die Aktivitäten der „Gesunden Gemeinde“ reichen von Info-Veranstaltungen über spezielle Gesundheits-, Bewegungs- oder Aktionstage für Jung und Alt. [www.avos.at](http://www.avos.at)



Die Jüngeren und Älteren zusammenbringen – das plant Goldegg.

Seniorenheim zu klein: Kommune will neues Haus

### Gemeinde Goldegg plant Generationenhaus

#### GOLDEGG

Die Gemeinde Goldegg im Pongau will die Jüngsten und die Ältesten in ihrer Region mehr zusammenbringen – in Form eines Generationenhauses, das neben dem Seniorenheim entstehen soll. Da das Seniorenheim zu klein geworden ist, plant die Gemeinde schon seit längerem an ihrem Generationenhaus.

In dem neuen Gebäude soll es auch einen gemeinsamen Raum zum Mittagessen für

die Goldegger Kindergartenkinder und die Senioren geben. Außerdem soll eine betreute Wohngemeinschaft für Senioren untergebracht werden. Bürgermeister Hans Mayr möchte noch mit allen Betroffenen und den Mietern des Nachbarhauses des Seniorenheims reden. Bis zu den Wahlen im Jahr 2014 soll das Generationenhaus in Goldegg aber auf jeden Fall fertig sein.



## Steiermark



Bis zum Jahr 2017 soll laut Landesstatistik die Zahl der Privathaushalte ansteigen. Die Zahl der Familien wird immer kleiner.

Zahl der Privathaushalte steigt, aber weniger Familien

### Bevölkerungszuwachs in Steiermark

#### GRAZ

Laut Landesstatistik Steiermark wird die Bevölkerung während der nächsten Jahre weiter anwachsen. Interessante Ergebnisse lieferte die Analyse der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Bezirken. So geht etwa

die Bevölkerungszahl im Bezirk Graz-Umgebung stetig nach oben. Auch in den Bezirken Leibnitz und Weiz kann in dieser Periode ein Anstieg der Bevölkerungszahl gemessen werden. Mehr Fakten auf [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at)

Krise und sinkende Einwohnerzahlen kratzen an Finanzen

### Steirische Gemeinden stehen unter Druck

#### GRAZ

Die Krise könnte sich nunmehr direkt auf die Finanzen der steirischen Gemeinden auswirken: die Ertragsanteile aus dem Steuertopf des Bundes ist für die ersten vier Monate nur noch 0,5 Prozent höher als 2008. Im Gesamtjahr 2009 bekommen die Kommunen aus dem allgemeinen Steuerbeutel sogar um fast vier Prozent weniger überwiesen, so Gerhard Lehner, führender Experte für öffentliche Finanzen, zur „Kleine Zeitung“. Schon jetzt haben rund 200 der 540 steirischen Gemeinden ein Budgetdefizit. Eine

Zahl, die schnell größer werden könnte, betont Dietmar Pilz, Finanzexperte des Gemeindebundes. Nicht nur die Wirtschaftskrise ist schuld daran. Im Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist heuer eine neue Automatik wirksam. Steigende oder schrumpfende Einwohnerzahlen schlagen jetzt viel schneller durch als bisher. Kündigung Gemeinden als letzten Ausweg etwa den Stabilitätsvertrag, der sie verpflichtet, kein Defizit zu machen, kann das der Auftakt zum Schuldenmachen sein.





## Tirol

Weniger Unfälle dank Initiative von Tirols Gemeinden

### Schutzwegaktion ist voller Erfolg

#### INNSBRUCK

Ein Blick auf die vorläufige Unfallstatistik 2008 zeigt bereits einen ersten Erfolg der Schutzwegaktion für Tirols Gemeinden. „Die Schutzwegunfälle sind um sieben Prozent zurückgegangen“, so LR Bernhard Tilg. Seit dem Jahre 2007

wurden bei der Schutzwegaktion bereits 180 Schutzwege saniert und dafür 220.000 Euro aufgewendet. Diese erfolgreiche Aktion soll jetzt verlängert und nochmals mit 100.000 Euro aus dem Verkehrssicherheitsfonds Tirol gefördert werden.

Programm zur Optimierung der Sterbebegleitung

### Bessere Betreuung für Sterbende

#### INNSBRUCK

Das Land Tirol will die Betreuung für Sterbende deutlich verbessern. Dazu haben ÖVP und SPÖ ein Programm vorgestellt. Modellprojekte in den Bezirken Lienz und Reutte sind angeordnet. Das Programm soll

nicht nur den Gesundheitsbereich, sondern auch das Sozialwesen, und die psychologische Betreuung mit einbeziehen. 15.000 Euro stehen für das Projekt zur Verfügung.

Schulprojekt in Marktgemeinde Telfs gestartet

## Telfs ist künftig dreidimensional im Netz

#### TELFs

Die vierten Klassen des BRG/BORG Telfs haben ein schulübergreifendes Projekt gestartet: Sie wollen die Gebäude ihrer Heimatgemeinde dreidimensional im Internet, für Google Earth, darstellen. Der Tourismusverband Tirol findet an dem Vorhaben Interesse und plant das Projekt eine Nummer größer. Der Verband hat mit der Schule in Telfs eine Kooperation vereinbart und das Projekt mit den nötigen Daten sowie finanziell unterstützt. Das Internet-Projekt wurde inzwischen auf den Raum zwi-



Das BRG/BORG Telfs überzeugt mit seinem Innovativ-Projekt.

schen Inzing und Silz ausgeweitet. Erste Ergebnisse sehen Sie auf [www.telfs-3d.net](http://www.telfs-3d.net). Derzeit werden noch weitere Sponsoren gesucht, Kontaktaufnahme läuft über dieselbe Website.



## Vorarlberg

Erfolgs-Aktion in Rankweil

### Gegen Jugend- arbeitslosigkeit

#### RANKWEIL

Bereits seit 2005 kämpft die Gemeinde Rankweil mit ihrer Aktion „j.o.b. – Jugend offensiv begleiten“ gegen Jugendarbeitslosigkeit. Neben der Jobsuche und der individuellen Beratung hat man sich zum Ziel gesetzt, das Image der Ausbildungsberufe zu stärken. Und das mit Erfolg. Allein im Februar 2009 wurden an die 100 Lehrstellen in Rankweil angeboten. Seit 2009 hat die Gemeinde ihr Beratungsangebot nochmals ausgeweitet. Für Interessierte bietet die Website [www.bifo.at/berufe](http://www.bifo.at/berufe) detaillierte Beschreibung aller Berufe eingeteilt nach Berufsgruppen und Ausbildung.

Gemeinden schätzen Profi-Beratung im Naturschutz

### In jeder Gemeinde ein Naturjuwel

#### HOHENEMS

Kürzlich fand das erste Treffen zwischen Profirepresentern aus insgesamt 14 Vorarlberger Gemeinden, die alle seit letztem Jahr eine professionelle Naturschutzberatung in Anspruch genommen haben, und den Verantwortlichen der Naturschutzberatung in Hohenems statt. Gemeinsam mit einem der sieben Naturschutzberaterinnen und -berater, die jeweils unterschiedliche fachliche Zugänge aufweisen, installierten diese 14 Gemeinden sogenannte Naturschutzteams, erstellten einen Überblick über die ortseigenen Naturwerte und gingen



ein Umsetzungsprojekt an. „Das Treffen hat aufgezeigt, dass die Gemeinden das Angebot der begleitenden Naturschutzberatung abseits jeglicher Parteipolitik schätzen und aus der Zusammenarbeit wertvolle Erkenntnisse gewinnen“, so LR Erich Schwärzler zu den „Vorarlberger Nachrichten“.

Initiative gestartet

### Bürgermeisterin will Frauenquote

#### WEILER

Die Bürgermeisterin von Weiler, Mechthild Bawart, fordert eine 40-prozentige Frauenquote in Politik und Wirtschaft. Dadurch könnten die Anliegen der Frauen besser umgesetzt und Benachteiligungen vermindert werden. Frauen seien in Entscheidungsgremien und Führungspositionen nach wie vor zu selten vertreten, kritisiert Bawart. Das Erreichen der 40-Prozent-Quote solle mit zusätzlichen finanziellen Förderungen belohnt werden. Die Weilerin hat eine Initiative unter den österreichischen Bürgermeisterinnen gestartet, um Unterstützung zu bekommen.



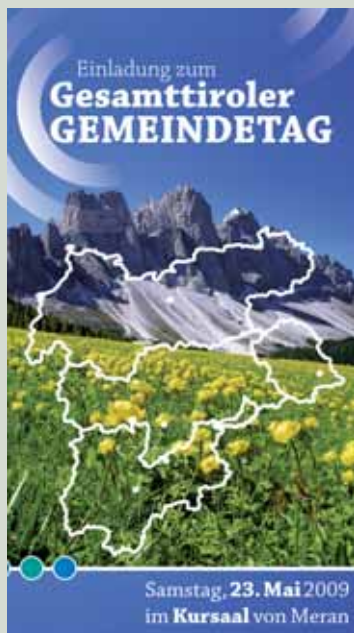
Am 23. Mai 2009 im Kurhaus von Meran

## Gesamttiroler Gemeindetag 2009

### BOZEN

Der Südtiroler Gemeindenverband lädt gemeinsam mit dem Tiroler und Trentiner Gemeindeverband am 23. Mai 2009 zum Gesamttiroler Gemeindetag ins Kurhaus von Meran. Bei der Veranstaltung, die anlässlich des diesjährigen Andreas Hofer-Gedenkjahrs 2009 stattfindet, werden Bürgermeister und Politiker aus allen drei Regionen des ehemaligen Altirols erwartet.

Der Einzug in das Kurhaus von Meran wird musikalisch von den Musikgruppen der Bürgermeister aus Tirol, aus Südtirol und aus dem Trentino und der Stadtkapelle von Meran begleitet. Auch der Bürgermeisterchor wird während der Veranstaltung Musikstücke vortragen. Das Festreferat mit dem Thema „Freiheit kommt von unten – Die Gemeinden in der Geschichte Tirols“ wird vom Historiker und Buchautor Dr. Michael Forcher gehalten. Die historische Entwicklung der Gemeinden steht dabei im Vordergrund. Die heutige Situation wird in eindrucksvollen Bildern und Impressionen aus den Regionen dargestellt. Im Anschluss an das gemeinsame Mittagessen im Kursaal von Meran lädt der Südtiroler Gemeindenverband zu einem interessanten Rahmenprogramm. So werden Führungen auf Schloss Tirol, im Landesmuseum für Kultur- und Landesgeschichte organisiert. Weiters wird den Teilnehmern der Besuch des Museums Passeier - beim Sandhof in St. Leonhard –



Der Gemeindetag des Südtiroler Gemeindenverbandes steht heuer ganz im Zeichen des Andreas Hofer Gedenkjahrs.

dem Geburtsort des Freiheitskämpfers Andreas Hofer, ermöglicht. Wer die Kurstadt Meran etwas näher kennen lernen möchte, kann dies bei der geführten Themenwanderung durch Meran tun.

Der Südtiroler Gemeindenverband freut sich, mit dieser Veranstaltung einen kleinen Beitrag zum Gedankenaustausch der Gemeindeverwalter aller drei Länder leisten zu können.

### Kontakt

Südtiroler Gemeindenverband Genossenschaft, Kanonikus-Michael-Gamper-Straße 10, I-39100 Bozen  
Tel 0039-0471-304655,  
Fax 0039-0471-304625  
Email: [info@gvcc.net](mailto:info@gvcc.net)



## Burgenländischer Gemeindebund

VP-Gemeindeverbandspräsident begeht Jubiläum

### Leo Radakovits feiert 50er

Nachdem der burgenländische Gemeindebund erst Ende des Jahres 2008 sein 60-jähriges Bestehen feierte, begeht nunmehr auch Burgenlands VP-Gemeindebund-Präsident Leo Radakovits ein Jubiläum: Am 7. April ist der gebürtige Oberwarther 50 Jahre geworden. Seine politische Karriere begann Radakovits im Gemeinderat der Gemeinde Güttenbach. 1992 wurde der Familienvater Bürgermeister von Güttenbach. Von 1998 bis 2003 war er Vizepräsident des Burgenländischen Gemeindebundes und ab 2003 schließlich Präsident. Seit 2004 ist er



Bgm. Leo Radakovits

ebenfalls ÖAAB Bezirksobmann des Bezirks Güssing. Wir gratulieren herzlich zum 50. Geburtstag.

## Für Verdienste um die Republik

### Ehrungen des Bundes

**Mit Entschliebung vom 18. März 2009 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:**

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an  
► **Wolfgang Lammel**, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Mining in Oberösterreich.

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an  
► **Karl Mayrhofer**, ehem. Bürgermeister der Berg bei Rohrbach in Oberösterreich.

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an  
► **Gerhard Perneckner**, ehem. Leiter des Stadtamtes Altheim in Oberösterreich.

**Mit Entschliebung vom 26. März 2009**

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an  
► **Friedrich Koll**, Bürgermeister der Gemeinde Eidenberg in Oberösterreich.

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an  
► **Karlheinz Mayer**, Bürgermeister der Gemeinde Mürzsteg in der Steiermark.

**Mit Entschliebung vom 26. März 2009**

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an  
► **Efrem Kriechbaumer**, Bürgermeister der Gemeinde Schönau im Mühlkreis in Oberösterreich.



## Neu im Amt

### Rochaden in den Gemeinden

#### ► WOLFURT

Nach 24 Jahren tritt der Bürgermeister der Vorarlberger Gemeinde Wolfurt, **Erwin Mohr**, zurück. Der bisherige Vizebürgermeister **Christian Natter** wurde als Nachfolger nominiert.

#### ► ST. VALENTIN

Die niederösterreichische Gemeinde St. Valentin erhält mit **Wilhelm Wimmer** einen neuen Bürgermeister. Der 54-Jährige ist seit 1995 im Gemeinderat vertreten, ab dem Jahr 2005 war er als Vizebürgermeister tätig. Wimmer folgt **Manfred Mießner** nach, der im Alter von 65 Jahren in den Ruhestand geht.

#### ► UNKEN

Die Gemeinde Unken in Salzburg erhält mit **Hubert Lohfeyer** einen neuen Bürgermeister. Der 43-jährige Jurist war seit 2004 Vizebürgermeister von Unken. Er folgt **Franz Esinger** im Amt nach, da der 60-jährige Gastwirt in den Ruhestand

geht.

#### ► SEEKIRCHEN

Nach dem Rücktritt des 67-jährigen Landwirt **Johann Spatzenegger** wurde **Monika Schwaiger** im März 2009 zur neuen Bürgermeisterin gewählt. Die 53-Jährige ist seit 2005 in der Gemeindevertretung tätig.

#### ► ST. PETER/AU

Der neue Bürgermeister von St. Peter in der Au heißt **Gerhard Wieser**. Der 60-jährige Lehrer ist seit 1985 Gemeinderat in St. Peter und Nachdem **Johann Heuras** nach zwölf Jahren sein Amt zurückgelegt hat, nunmehr Bürgermeister. Der 51-jährige Heuras wird ab sofort als Landesrat für Bildung tätig sein (KOMMUNAL hat berichtet).

#### ► NIEDERSILL

Der neue Bürgermeister der Salzburger Gemeinde Niedersill heißt **Günther Brennstener**. Der 48-Jährige folgt **Johann Höllwerth** im Amt nach.

## Tiroler Gemeindeverband

Tirols Langzeit-Gemeindeverbandspräsident geht

### Hubert Rauch legt Amt zurück

#### INNSBRUCK

Hubert Rauch tritt aus gesundheitlichen Gründen als

Präsident des Gemeindeverbands in Tirol zurück. Rauch stand seit 1995 an der Spitze des Tiroler Gemeindeverbands. Gleichzeitig hat Rauch auch auf seine Funktionen im Österreichischen



Bgm. Hubert Rauch

Gemeindebund verzichtet, wo er Mitglied des Präsidiums und Obmann des Finanzausschusses war. Schon zuletzt haben aufgrund der gesundheitlichen Probleme die drei Vizepräsidenten Bgm. Ernst Schöpf, Bgm. Günter Fankhauser und Bgm. Edgar Kopp die Amtsgeschäfte im Gemeindeverband geführt. Ein neu-

er Präsident soll im Rahmen des Tiroler Gemeindetags im Juni gewählt werden.

Tirols Landeshauptmann Günther Platter bedauert Rauchs Rückzug aus der Politik und bedankt sich für dessen „großes Engagement“ und die „stets konstruktive Zusammenarbeit“.

Platter weiter:

„Als erfahrener Bürgermeister hat er sein Wissen stets zum Wohle der Tiroler Gemeinden eingebracht. Er war eine starke Stimme für die Tiroler Gemeinden.“ Und das wird er auch bleiben:

Denn sein Bürgermeisteramt in der Gemeinde Steinach am Brenner wird der 62-Jährige nicht zurücklegen.

## In memoriam

Verlust eines Urgesteins

### Alois Walder verstorben

#### TRISTACH

Der Bürgermeister der Tiroler Gemeinde Tristach, Alois Walder, ist am 31. März völlig unerwartet verstorben. Seit mehr als 23 Jahren hatte Walder sein Amt inne. Er war zudem Obmann des Abfallwirtschaftsverbandes Osttirol und Gründer des Sozialsprengels Lienz-Land. Der 61-Jährige hinterlässt eine Frau und zwei Kinder.



## Kärnten

Job des Gemeindereferenten nach langer Durststrecke wieder in schwarzer Hand

### Josef Martinz ist neuer Gemeindereferent

#### KLAGENFURT

Mit LR Dr. Josef Martinz haben Kärntens Kommunen einen neuen Gemeindereferenten an ihrer Seite. Martinz erhielt zu seinen bisherigen Agenden Landwirtschaft, EU und Gewerbe die Bereiche Tourismus, Wirtschaft und Gemeinden. Der 50-jährige Unternehmer ist seit 1980 politisch tätig. Von 1997 bis 2004 war er Bürgermeister der Gemeinde Ossiach. Ab 2001 war der VP-Politiker Bezirksparteibeamann von Feldkirchen und ist seit 2004 Landespartei-vorsitzender der ÖVP-Kärnten. Martinz sieht es in sei-

ner Funktion als neuer Gemeindereferent als seine Kernaufgabe, die Autonomie der Gemeinden zu stärken, Gemeindebürger in den Mittelpunkt zu stellen und die Verwaltung in den Gemeinden zu vereinfachen. Außerdem will Martinz die Abwicklung der Bedarfszuweisungen entbürokratisieren. „Die Gemeinden sollen Sicherheit für mehrere Jahre erhalten und keine Bittgänge absolvieren müssen. Mehr Autonomie bedeutet für die Gemeinden aber auch mehr Verantwortung im Umgang mit den Bedarfszuweisungen“, so Martinz.



Landesrat Josef Martinz

## Termine

11. FLGÖ Bundesfachtagung 2009 in Zell am See

# Gemeinden mit Zukunft

### ZELL AM SEE

Der FLGÖ veranstaltet am 15. und 16. Juni 2009 im Ferry Porsche Congress Center in Zell am See (Salzburg) wieder eine Bundesfachtagung. Zum Hauptthema „Gemeinden mit Zukunft – Was können

Führungskräfte dazu beitragen“ gibt es auch in diesem Jahr aufschlussreiche Vorträge. Die Tagungsteilnehmer erwarten Vorträge wie „Erfolg ist keine Glückssache“ von Felix Gottwald, Doppel-Olympiasieger, oder „Es soll uns allen gut gehen – Lebensmotto für Gemeinden“ von Prior Pater Dr. Johannes Pausch vom OSB-Kloster Gut Aich. Als Abschluss der Tagung findet eine Podiumsdiskussion zum Tagungsthema mit Referenten, Bürgermeistern, Amtsleitern und Vertretern der Wirtschaft statt. Nähere Infos und Anmeldung auf [www.flgö.at](http://www.flgö.at)



Thema der Diskussion: Wie können sich Führungskräfte für die Gemeinden einsetzen?

3. „Schwaigen-Reigen“ Volksmusikfestival

# Aufblühendes Land

Am 13. Juni 2009 findet heuer zum 3. Mal der „Schwaigen-Reigen“, das Volksmusikfestival auf den Almhütten und Schwaigen des niederösterreichischen und steirischen Wechselgebiets, statt. Zahlreiche Musikanten, Sänger und Tänzer werden die Besucher über die Ruhe verströmenden, runden Urgesteinskuppen begleiten und in gemütlichen Hütten – bei lokalen Köstlichkeiten und herrlichem Wasser – zum Verweilen einladen. Die Veranstaltung wird erstmals in Kooperation mit dem „Tourismusverband Wechseland Steiermark“ durchgeführt. Genießen Sie – eine Woche nach dem Almauftrieb



auf die größte „grenzüberschreitende“ Alm- und Weidelandchaft Österreichs – ein verlängertes Wochenende von 11. bis 14. Juni 2009, um von Hütte zu Hütte auf beiden Seiten des Wechsels zu wandern, und nützen Sie – mit dem „Schwaigen-Reigen“-Eintrittsbutton – die Sonder-Übernachtungstarife auf den Schwaigen. Infos und Buchung auf [www.schwaigen-reigen.at](http://www.schwaigen-reigen.at)

## Termine

Kurs für Gemeinden

# Mobilitäts-Management

Am 18. und 19. Mai veranstaltet „die umweltberatung“ einen Kurs für Gemeindebedienstete mit dem Schwerpunkt Mobilitätsmanagement. Die Ausbildung zum/zur kommunalen Mobilitätsbeauftragten findet in der Landesakademie in St. Pölten statt und schließt mit einem Zertifikat ab. Infos und Anmeldung unter [www.gemeinde.umweltberatung.at](http://www.gemeinde.umweltberatung.at)

OÖ Akademie-Programm

# Von Artenvielfalt bis Zukunft

Im Jahr 2009 bietet die OÖ. Akademie für Umwelt und Natur mit ihrem neuen Programm wieder eine Fülle an Wissen und Information. Am 9. Mai findet in Schlierbach das „B-Fair-21-Fest: Globale Fairness in Agenda 21-Gemeinden“ und am 14. Juli in Wels die Veranstaltung „Wege zur Natur in kommunalen Freiräumen“ statt. [www.umweltakademie.at](http://www.umweltakademie.at)

Europas Mobilitätswoche

# Autofreier Tag 2009

Im September 2009 ist es wieder soweit – das Klimabündnis ruft alle österreichischen Städte und Gemeinden zur Teilnahme an der Europäischen Mobilitätswoche von 16. bis 22. September auf. Höhepunkt dieser Woche ist der autofreie Tag am 22. September. Die Initiative will klimafreundliche Mobilität im Alltag etablieren. [www.mobilitaetswoche.at](http://www.mobilitaetswoche.at)

## Kommentar

Körperschaftsteuergesetz

# Zahlreiche Eckpunkte

Das Körperschaftsteuerrecht ist einer der Kernbereiche des Unternehmenssteuerrechts. Seiner Rechtsgrundlage, dem Körperschaftsteuergesetz (KStG), kommt daher in der von Kapitalgesellschaften wesentlich geprägten Unternehmenslandschaft Österreichs eine besondere Bedeutung zu. Der vorliegende Kommentar soll der Bedeutung des Körperschaftsteuerrechts durch eine vollständige und aktuelle (Stand 1. 1. 2009) Gesamtkommentierung des KStG Rechnung tragen. Es bietet eine für Praxis und Lehre gleichermaßen geeignete, umfassende Kommentierung des Körperschaftsteuergesetzes und versucht die wissenschaftliche Aufarbeitung des Rechtsstoffs mit der Eignung für die steuerliche Praxis zu verbinden. Die Herausgeber und Autoren vereinen praktische Erfahrung und wissenschaftliche Expertise aus ihrer Forschungstätigkeit am Institut für Österreichisches und Internationales Steuerrecht der Wirtschaftsuniversität Wien.



## Das Buch

Lang, Schuch, Staringer, „Körperschaftsteuergesetz. Kommentar“, 784 Seiten, ISBN 978-3-7073-0496-1 Linde Verlag Wien Tel.: +43/1/24 630-0 [office@lindeverlag.at](mailto:office@lindeverlag.at) [www.lindeverlag.at](http://www.lindeverlag.at)





Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll mit dem Buch „Finanzmarktstärkung in Europa“ und Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank Ewald Nowotny (links), o. Univ.-Prof. Heinz Krejci (2. v. re.) sowie der Autor des Buches, Stefan Eder, Partner bei DLA Piper (re.).

## Kommentar

Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte

### Finanzmarktstärkung in Europa

„Ich habe aufs Tempo gedrückt: Wir befinden uns mit der Umsetzung der österreichischen Finanzmarktstärkungsmaßnahmen in der Zielgeraden“, so Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll anlässlich der Buchpräsentation des Kommentars „Finanzmarktstärkung in Europa“ in der Oesterreichischen Nationalbank. Auch auf internationaler Ebene werde er weiterhin für ein gemeinsames europäisches Vorgehen aufreten, selbst wenn sich manche gefragt haben, was seine Reisen nach Osteuropa sollen. „Die Frage der nationalen Versorgungen von Liquidität ist nicht von

einem Nationalstaat allein lösbar. Wir müssen uns rechtzeitig rüsten, um gemeinsam zu handeln“, unterstrich Pröll seine pro-aktive Linie.

## Dokumentation

Finanzwirtschaft

### Aufgaben- & Verwaltungsreform

Dieses Buch behandelt wichtige Themen der Reformarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden im Bereich Öffentliches Management und Finanzwirtschaft. Referate nationaler und internationaler Experten sind in diesem Band zusammengefasst.



## Das Buch

H. Bauer, H. Pitlik, M. Schratzenstaller, „Reformen der vertikalen Aufgabenverteilung und Verwaltungsmodernisierung im Bundesstaat“ ISBN 978-3-7083-0521-9 Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Tel.: 01/535 61 03-24, E-Mail: [office@nww.at](mailto:office@nww.at) Web: [www.nww.at](http://www.nww.at)

Preis der Kommunen 2009

## Spitzenforschung für Kommunalpolitik

Im Jahre 2009 gibt es eine Neuauflage des Wissenschaftspreises „Preis der Kommunen“, der von Gemeinde- und Städtebund gemeinsam ausgeschrieben wird. Besonders gute Uni- und FH-Arbeiten mit kommunalem Bezug können bis zum 30. Juni 2009 eingereicht werden, den Siegern winkt ansehnliches Preisgeld.

„Für den Gemeindebund ist es unheimlich wichtig, intensive Kontakte zu Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen zu unterhalten“, so Gemeindebund-Generalsekretär Dr. Robert Hink. „Der ‚Preis der Kommunen‘ ist eine Möglichkeit für uns, junge Menschen zu ermutigen, ihre universitären Arbeiten im Bereich der Kommunalpolitik zu schreiben.“ Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass immer mehr junge Menschen im Rahmen ihres Studiums oder der Abschlussarbeiten Themen mit kommunalem Bezug wählen. „Darauf sind wir sehr stolz, weil dies das Ergebnis unserer jahrelangen Bemühungen ist“, so Hink. Auch im Jahre 2009 vergeben der Gemeinde- und der Städtebund gemeinsam den „Preis der Kommunen“, der mit insgesamt 7000 Euro dotiert ist. Arbeiten können aus den Studienbereichen Rechtswissenschaft, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft oder Public Management eingereicht werden. „Wir laden ausdrücklich auch Absolventen von Fachhochschulen ein, ihre Arbeiten einzureichen“, so Hink. „Die Fachhochschulen sind inzwischen aus der Forschungs- und Ausbildungslandschaft nicht mehr wegzudenken, dort entstehen eine Menge Arbeiten mit starkem kommunalem Bezug.“ Die Jury könnte kaum hoch-

karätiger sein und setzt sich aus Mitgliedern der neu gegründeten „Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft“ zusammen, einer Einrichtung, die der Gemeinde- und der Städtebund zusammen mit dem führenden Wissenschaftsverlag Manz gegründet hat. Der Vorsitzende der Gesellschaft ist der Linzer Arbeits- und Sozialrechtler Prof. Reinhard Resch, der damit auch der Jury des Wissenschaftspreises vorstehen wird.



Über den Sommer werden die eingereichten Arbeiten begutachtet, die Preisverleihung erfolgt im Rahmen eines Symposiums des Gemeindebundes, das am 5. November 2009 in Wien stattfindet. „Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie wichtig kommunale Themen inzwischen in Wirtschaft, Recht und Gesellschaft geworden sind“, so Hink. „Ich freue mich auf viele ausgezeichnete Arbeiten, die für diesen Preis eingereicht werden.“ Alle Detailinformationen zum „Preis der Kommunen 2009“ finden Sie im Internet auf [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)

## Das Buch

„Finanzmarktstärkung in Europa/Stabilising the Financial Markets in Europe“, Darstellung der Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte der EU, Österreichs und Deutschlands sowie 14 weiterer europäischer Staaten. ISBN 978-3-7083-0578-3 Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Tel.: 01/535 61 03-24, E-Mail: [office@nww.at](mailto:office@nww.at) Web: [www.nww.at](http://www.nww.at)



## Vorschau auf die Ausgabe 6/2009 (Juni):

## KOMMUNALE BAUTEN



## Kommunale Bauten: Ein 350-Millionen-Posten Wohnraum wird geschaffen und's Rathaus modernisiert

Mehr als **100 Millionen Euro** investieren die Gemeinden Österreichs in den kommunalen Wohnbau. Dazu kommt ein erklecklicher Batzen der

mehr als **250 Millionen Euro**, die die Gemeinden für die Verwaltung ausgeben. Denn darunter fällt auch der Bereich Zu-, Neu- und Umbauten für Amtshäuser. In Zeiten der Krise müssen die Gemeinden auch hier aktiv bleiben, damit die lokale (Bau-)Wirtschaft diese schwierigen Zeiten übersteht.

### DIE BARRIEREFREIE GEMEINDE

Barrierefreie Gemeinde – nicht nur online gefragt



Foto: www.freiraum-europa.org

Was tun, wenn Stufen den Weg verperren? Manchmal gibt es für Menschen mit Behinderung immer noch Sperren, die sie allein nicht überwinden können. Was und wie eine Gemeinde tun kann (und muss), um diese Art der Behinderungen zu beseitigen, zeigen wir in KOMMUNAL auf.

### KONTAKT

#### So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL, Löwelstraße 6  
1010 Wien  
Web: [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)

Mag. Sabine Brüggemann  
Tel: 01/532 23 88 - 12  
[sabine.brueggemann@kommunal.at](mailto:sabine.brueggemann@kommunal.at)

Mag. Alexander Palaschke  
Tel: 01/532 23 88 - 14  
[alexander.palaschke@kommunal.at](mailto:alexander.palaschke@kommunal.at)

Patrizia Poropatits  
Tel: 01/532 23 88 - 30  
[patrizia.poropatits@kommunal.at](mailto:patrizia.poropatits@kommunal.at)

## In dieser Ausgabe:

### Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

- ▶ Amt der NÖ Landesregierung – Wasser  
Abt. Wasserwirtschaft
- ▶ ARAG Allgemeine  
Rechtsschutzversicherung AG
- ▶ berolina Schriftbild Österreich
- ▶ Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
- ▶ COMPO GesmbH VVP Umwelt
- ▶ DEHN + SÖHNE GmbH & Co. KG
- ▶ DRIZORO AUSTRIA DOM GmbH.
- ▶ ENERGIECOMFORT
- ▶ EXTERIOR LICHT „Ideen Manufaktur“
- ▶ Familie & Beruf Management GmbH
- ▶ Forum Qualitätspflaster - Verband  
Österreichische Beton- und Zementindustrie
- ▶ Gesundheit Österreich GmbH,  
Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich
- ▶ Immorent AG
- ▶ ISK Institut für Standort-, Regional- und  
Kommunalentwicklung
- ▶ KOMMUNALKREDIT Austria AG
- ▶ Kuhn Ladetechnik
- ▶ Maler Jell Paradeiser GmbH
- ▶ MÜNZE Österreich AG Medaillen
- ▶ nora flooring systems GesmbH
- ▶ OÖ Tourismus
- ▶ Österreichische Vereinigung des Gas- und  
Wasserfaches
- ▶ Peter Frey Mobile Hochwasserschutzsysteme
- ▶ POLYTAN Sportstättenbau GmbH
- ▶ Unibind Austria GmbH

## Vorschau auf Ausgabe 5/09 (Mai):

### Wasser & Kanal

#### ▶ Wasser und Kanal müssen auch in Krisenzeiten funktionieren

Rund **zwei Milliarden Euro** investieren die Gemeinden jährlich in den Wasserbau. Welche Herausforderungen dabei auf die Gemeinden und ihre Verbände zukommen, welche Förderungen es gibt und wie „Gemeinde da ran kommt“, berichtet KOMMUNAL, das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes, im Mai.

### Abfallwirtschaft & Umwelttechnik

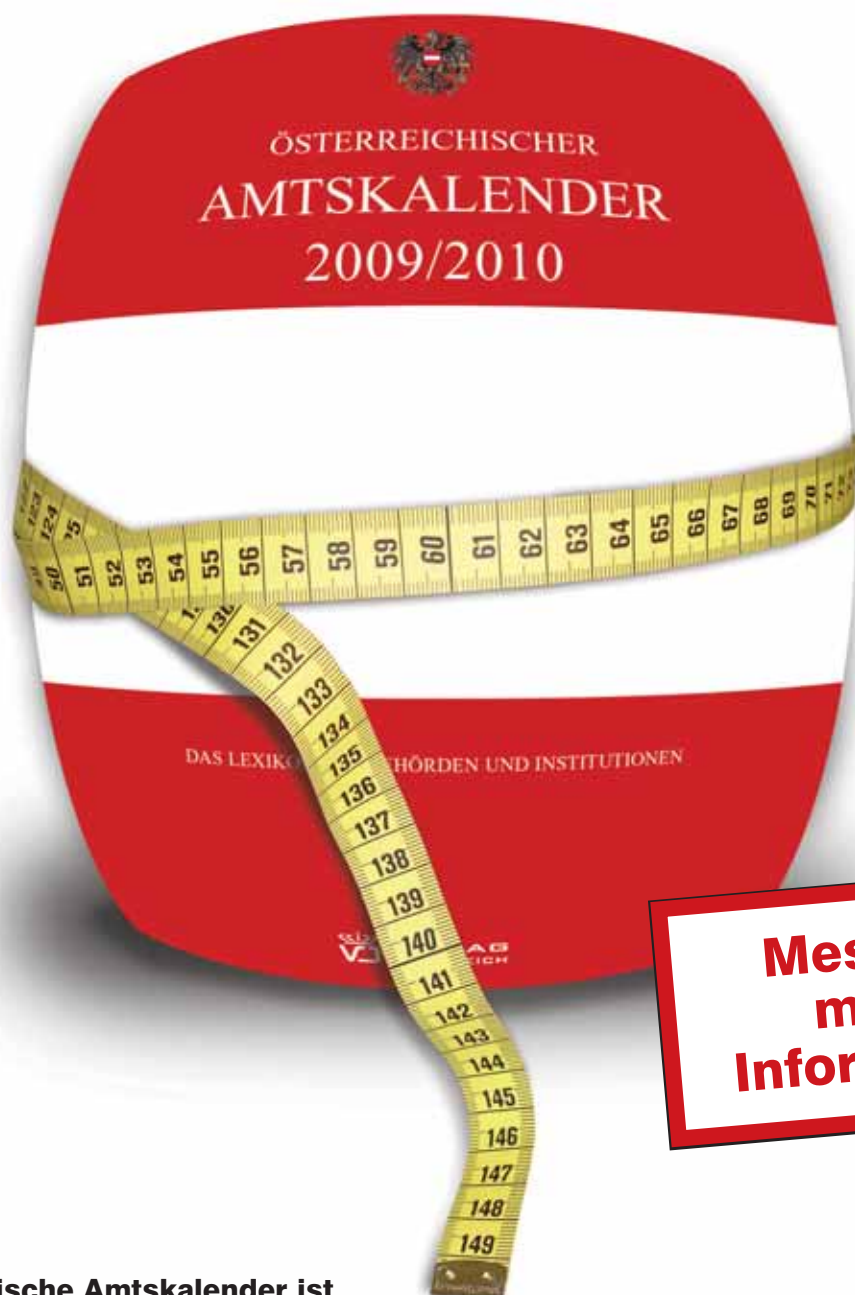
#### ▶ Ist Müll wirklich nur noch Müll?

In Zeiten der Krise haben sich Befürchtungen verdichtet, wonach der Müll „nichts mehr wert ist“. Was das für die hervorragende kommunale Abfallwirtschaft mit ihren rund 300 Millionen Euro schweren Investitionen jährlich bedeutet, zeigen wir in KOMMUNAL auf



# Der Österreichische Amtskalender

## DAS Verzeichnis der Ämter und Behörden!



**Messbar  
mehr  
Information**

### Der Österreichische Amtskalender ist

- unverzichtbares Nachschlagewerk für Unternehmen im Umgang mit Ämtern und Behörden
- wertvolle Informationsquelle für Rundfunk, Presse, Politik, Forschung und Verwaltung
- Verzeichnis rund 25 000 öffentlicher Einrichtungen und rund 150 000 Ansprechpartner
- zusammengestellt auf Basis amtlicher und offizieller Daten
- bedeutende historische Quelle zurückreichend bis 1918

Erscheinungstermin Ende Juni 2009, gebunden, ca. 1900 Seiten, € 158,40  
(Abo- und Subskriptionspreis bis 25. Mai € 152,90)

Auch Online, als CD-ROM sowie in verschiedenen attraktiven Kombi-Paketen erhältlich!

 **VERLAG  
ÖSTERREICH**

[www.amtskalender.com](http://www.amtskalender.com)

# ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRA- STRUKTUR

Seit vielen Jahren ist die Kommunalkredit der kompetente Finanzierungspartner für Städte, Gemeinden und die öffentliche Hand. Infrastruktur-Projekte zu finanzieren, war schon immer unsere Aufgabe, die wir mit großem Engagement meistern. Wir sind stolz darauf, damit Projekte zu ermöglichen, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **AUSBAU DES ÖFFENTLICHEN NAH- UND FERNVERKEHRS**, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung oder Anlagen der Wasserwirtschaft sind für die Allgemeinheit wichtig. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind ein wichtiges Kapital für Städte und Gemeinden, damit sie ihre Vorhaben im Bereich der Infrastruktur erfolgreich umsetzen können. Dieser besonderen Herausforderung werden wir uns auch in Zukunft mit allen Kräften stellen. Wir sind Österreichs führende Bank für Investitionen in öffentliche Infrastruktur.

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR

[www.kommunalkredit.at](http://www.kommunalkredit.at)

